



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Michael G. Festl (Hrsg.): Wilhelm von Humboldts politische Philosophie. Beiträge zu „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“ (1792).

Darmstadt: wbg Academic, 2022, 296 S., ISBN 978-3-534-40613-5

1792 stellte der junge Wilhelm von Humboldt (1767–1835) in Reaktion auf die Französische Revolution von 1789 die Schrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“ fertig, die allerdings erst 1851, also posthum, veröffentlicht wurde. Humboldt hatte 1791 Caroline von Dacheröden geheiratet und lebte mit ihr – nach einem kurzen ersten Intermezzo 1790/1791 im preußischen Staatsdienst im Richteramt – auf den Dacherödenschen Gütern in Thüringen, wo sie sich gemeinsam Studien der altgriechischen Sprache, Kultur, Kunst und Philosophie widmeten.

Schon als Student hatte er sich für die Aufklärung und vor allem die Schriften von Immanuel Kant begeistert. 1789 führte ihn eine Reise in das revolutionäre Frankreich, um – nur zwei Wochen nach Erstürmung der Bastille – in Paris dabei zu sein, wenn Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklicht würden. Allerdings ließ er sich nicht von der Revolutionsbegeisterung mitreißen, sondern trat eher als nüchterner Beobachter auf, der erkennen musste, dass es in Frankreich nicht zu der erhofften Realisierung der Ideale der Aufklärung kommen würde. Er vermutete, dass das Scheitern der Französischen Revolution in der Revolution als solcher begründet lag, weil Revolutionen nicht der richtige Weg seien, um sozialen Fortschritt zu erreichen. Neue Staatsformen fielen nicht vom Himmel, sondern würden durch Reformen über die Zeit erreicht. In Anbetracht der Unzulänglichkeiten der Französischen Revolution wurde Wilhelm von Humboldt derjenige, als der er in die Geschichte eingegangen ist: der große Bildungsreformer. Ziel der Aufklärung war für ihn nicht (mehr) der politische Umsturz, sondern vielmehr die Verwirklichung von Grundrechten wie die Rede-, Meinungs- und Religionsfreiheit (S. 8 f.). „Bevor daran zu denken ist, die Aufklärung politisch zu verwirklichen, müssen die Menschen zu Bürgerinnen und Bürgern erzogen und damit auf die Freiheit vorbereitet werden. Bildung ist der Hebel, mit dem sich die politische Welt Zentimeter für Zentimeter aus ihren feudalen Angeln heben [...] lässt“ (S. 9).

Die Schrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“, die zum Selbststudium für die geeignete Leserin und den geeigneten Leser im vorliegenden Band abgedruckt ist, macht diese Entwicklung im Denken von Humboldt deutlich. In ihr geht er suchend, zum Teil widersprüchlich der Frage nach, „zu welchem Zweck die ganze Staatseinrichtung hinarbeiten und welche Schranken sie ihrer Wirksamkeit setzen soll“ (S. 119). Die Abhandlung ist gleichzeitig durchströmt vom Ideal freier und selbstbestimmter Bürgerinnen und Bürger, für die beispielsweise die Ehe und Religionszugehörigkeit Privatangelegenheit sein sollen, in die sich der Staat nicht einzumischen habe, und



doch erklärt er in ihr die Monarchie zur besten Regierungsform. Insbesondere aber wird in dieser Ju-gendschrift bereits das Bildungsideal Humboldts klar umrissen, bei dem der „wahre Zweck des Men-schen“ als der Versuch definiert wird, „die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen“ zustande zu bringen (S. 125).

Diesem heute noch äußerst lesenswerten und nach 230 Jahren überraschend lesbaren Schlüsseltext stellt Michael G. Festl, Dozent für Philosophie an der Universität St. Gallen, eine Sammlung von Auf-sätzen voran, die anhand der Humboldtschen Überlegungen zu ergründen versuchen, was man mit den historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts und dem Verständnis von Aufklärung als andau-erndem, nicht abgeschlossenem Prozess noch von Humboldt lernen kann.

Den Anfang macht Michael N. Forster, der sich den Brüdern Humboldt und der Frage zuwendet, wie sich die Ideale der Aufklärung und die Erfahrung der gescheiterten Französischen Revolution in Ale-xanders und Wilhelms Lebensweg widerspiegeln. Die Entwicklung von Wilhelm von Humboldt zum Bildungsreformer und Wegbereiter eines liberalen, demokratischen, republikanischen und weltoffen-nen Deutschland wird prägnant nachgezeichnet.

Friederike Kuster greift in ihrem Beitrag Humboldts Gedanken zur Ehe heraus und zeichnet ihn als Ver-treter eines modernen Ehemodells, das er mit Caroline von Dacheröden als eine, heute würde man sagen „offene Ehe“ lebte. Dieses Konzept beruht auf der Ehe als einer Verbindung aus Liebe, geht allerdings im Unterschied zu den meisten anderen romantischen Modellen der Ehe von einer echten Gleichheit der Geschlechter aus. Ob man Wilhelm von Humboldt damit gleich zum Feministen moder-ner Prägung erklären kann, mag dahingestellt bleiben, ein spannendes Schlaglicht auf Humboldt, der seine politisch-philosophischen Überzeugungen auch im Privaten lebte, wirft es allemal.

Einen ungewöhnlichen Blick auf Humboldts Bildungsideal wirft Roland Reichenbach. Er will ihn davon befreien, immer dann erhalten zu müssen, wenn im deutschsprachigen Raum von Bildung die Rede ist. Humboldts Überlegungen reichten nicht aus, um als Leitfaden für die Gestaltung des Alltags in Bil-dungsinstitutionen zu dienen, ihr Wert liege vielmehr in ihrer sprachphilosophischen Grundierung – „dass die Ausbildung des Sinns für das Unsagbare, das nicht Wahrgenommene, vielleicht nicht Wahr-zunehmende und das nicht von allein in Erscheinung tretende von Bedeutung für uns ist“ (S. 74).

In einem erhellenden Beitrag nimmt sich Dieter Thomä Humboldts Theorie der Freiheit an, die zwar in seinen „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“ noch unsys-tematisch, mit Widersprüchen behaftet zutage tritt, aber mit der er seinen Zeitgenossen weit voraus war. Seine Überlegungen können für den heutigen Freiheitsdiskurs fruchtbar gemacht werden, zum Beispiel mit Blick auf ökonomische Belange, und bilden eine Fundgrube origineller Gedankengänge für die der Freiheit zugewandten politischen Philosophie. Am Ende des Bandes weist schließlich der Her-ausgeber Michael G. Festl die Lesart von Humboldt als Libertären zurück und zeichnet ihn vielmehr als Perfektionisten. Dieser Perfektionismus zeige sich in seinem Bildungsideal – die Entwicklung des Selbst zu einem harmonischen Ganzen (S. 107) – und könne eine Neuausrichtung des Liberalismus angesichts der aktuellen Bedrohungen des liberal-demokratischen Verfassungsstaats inspirieren.

So schwierig es mitunter ist, einem so oft und so ausführlich rezipierten Text wie der Schrift Wilhelm von Humboldts eine neue Interpretationsebene hinzuzufügen, so intellektuell erfrischend und vielge-staltig sind die Texte, die Festl zusammen- und der Humboldtschen Schrift vorangestellt hat. Auch wenn sie teilweise recht akademisch und trocken zu lesen sind, da sie auch Nischen in Humboldts Überlegungen sehr gründlich ausleuchten, so entsteht doch das Gesamtbild eines progressiven Den-kers, der sich mit großer Intensität Fragen zugewandt hat, die seine Zeitgenossen (noch) nicht in den Blick genommen oder weit weniger klug und zukunftsweisend beantwortet haben. Die Lektüre zeigt,

dass es sich nicht nur für die politische Philosophie lohnt, Wilhelm von Humboldt als liberalen Reform-
mer immer wieder und immer wieder neu zu lesen.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Friedrich August von Hayek (Hrsg.): Der Kapitalismus und die Historiker.

Neu hrsg. und übersetzt von Hardy Bouillon. Berlin: Duncker & Humblot, 2022 (Hayek-Schriftenreihe zum Klassischen Liberalismus, Bd. 6), 130 S., ISBN 978-3-428-18778-2

So ziemlich jeder, der im Deutschland der letzten Jahrzehnte seine Schulausbildung an einer staatlichen Schule genossen hat, ist wohl mit vorgeblich unumstößlichen, alternativlosen „Wahrheiten“ zur Industriellen Revolution konfrontiert worden. Danach – so die Erzählung – brach sich der Kapitalismus zu Beginn der Industrialisierung Europas ausgehend von Großbritannien, oder präziser gesagt von England aus, Raum und sorgte zunächst für ein unbeschreibliches, nie zuvor dagewesenes Elend. Bekannt wurde dies u.a. unter dem Schlagwort „Manchester-Kapitalismus“. Erst mühsam gelang es – so die Legenden – staatlichen Institutionen, dieses Wildwuchses Herr zu werden und nach entsprechend scharfer Gesetzgebung das Ganze in angemessene Bahnen zu lenken. Soweit die wohlbekannten „Geschichten“, die oft mit einem verklärten Bild vom intakten Landleben im vorindustriellen England einhergehen.



Friedrich von Hayek wäre kein liberaler Denker, wenn er dies nicht aufgreifen und analytisch betrachten würde. Der vorliegende, 2022 neu editierte Sammelband erschien erstmals 1951 im Rahmen eines Treffens der von Hayek 1947 initiierten Mont Pèlerin Society, in der die Mitglieder über „The Treatment of Capitalism by the Historians“ diskutierten. Die im Buch vertretenen Wissenschaftler Thomas Southcliffe Ashton, Louis Morton Hacker, Bertrand de Jouvenel, William Harold Hutt und natürlich Friedrich August von Hayek setzten sich zum Ziel, der Frage nachzugehen, „warum obsiegen Theorien, die den Fakten widersprechen?“. Obwohl die Aufsätze inzwischen über siebzig Jahre alt sind, besitzen sie dennoch eine brisante Aktualität, da etatistische und sozialistische Gedanken wieder en vogue sind. In Deutschland füllen radikale Autoren wie Ulrike Herrmann die Bestsellerlisten an und geben in Talkshows als gern gesehene Gäste ihre sozialistischen Legenden wieder. „Die Freiheit stirbt immer zentimeterweise“, wie Guido Westerwelle so treffend ausdrückte. Der Leser dieses Sammelbandes wird nicht enttäuscht. Vielmehr geht er aus der Lektüre mit einem „Aha-Erlebnis“ heraus und wird sich fragen, wieso offenkundig falsche Darstellungen – wie beispielsweise die zur Lage der Bevölkerung am Beginn der Industriellen Revolution – noch heute die Kapitalismuskritik konstituieren.

Der Sammelband ist thematisch zweigeteilt. Zunächst werden die Haltungen der Historiker (und anderer Intellektueller) analysiert. Teil zwei beschäftigt sich mit der schwierigen Methodologie und Faktenlage. In seinem einleitenden Aufsatz geht Hayek mit der sozialistischen Interpretation der Geschichte ins Gericht: „Gemeint ist die Legende von der Lageverschlechterung der Arbeiter im Zuge des aufkeimenden ‚Kapitalismus‘ (oder des ‚Fabrikwesens‘ bzw. des ‚industriellen Systems‘)“ (S. 24). Viele Dinge,

die man dem „Kapitalismus“ anlastete, seien „in Wirklichkeit Überbleibsel oder Neuauflagen vorkapitalistischer Merkmale, etwa monopolistische Elemente, die entweder direkt das Resultat schlecht durchdachter Staatshandlungen waren oder direkt der Einsicht entsprangen, dass eine gut funktionierende Wettbewerbsordnung ein entsprechendes rechtliches Rahmenwerk voraussetzt“ (S. 34).

Ashton geht in seinem Beitrag noch einen Schritt weiter, indem er die romantische Vorstellung eines „gesunden“ vorindustriellen Landlebens in das Reich der Legenden verweist. Wenn es zu Missständen kam, war dies oft zu einem erheblichen Maße dem staatlichen Interventionismus zu danken, der durch unsinnige Regelungen, z.B. bei der Besteuerung von Fenstern, dafür sorgte, dass neu gebaute Häuser zu dunklen „Bruchbuden“ wurden oder durch massive Besteuerung von Baumaterial die notwendige Abwasserentsorgung erschwerte. Auch die Ersetzung der unproduktiven Kinderarbeit, die auf dem Lande zuvor erschreckende Ausmaße angenommen hatte, durch die ökonomisch rationale Arbeit erwachsener Männer würde nicht hinreichend gewürdigt. In Summe entstand weitgehend spontan eine Ordnung, von der die Bewohner Englands profitierten.

Wenn sich Hacker in seinem Aufsatz auch den Verhältnissen in den USA widmet, gehen seine Gedanken in eine ähnliche Richtung: Das Leben der großen Mehrheit sei vor dem 19. Jahrhundert „tierisch, ekelhaft und kurz“ gewesen (S. 53). Die Industrialisierung habe dann für einen bemerkenswerten Anstieg der Lebensqualität durch einen „erstaunlichen Anstieg der Reallöhne“ (ebd.) gesorgt. Sämtliche marxistischen Stufen- und Entwicklungsmodelle weist er in das Reich der Legenden. Interessant ist bei Hacker die Erweiterung der Argumentation um die spezifisch US-amerikanischen Diskussionslinien einer Stärkung oder Schwächung der Zentralgewalt (Jefferson vs. Hamilton). Hacker merkt zum Schluss an, dass Karl Marx und Friedrich Engels zehn Jahre nach ihren Publikationen zur „Lage der arbeitenden Klasse“ und dem „Manifest“ sicher zu anderen Schlussfolgerungen gekommen wären.

De Jouvenel dringt mit seinem Beitrag dann tiefer in die Geistesgeschichte ein und stellt bei den Intellektuellen eine „bemerkenswerte Ähnlichkeit mit jener [Haltung] der klerikalen Intelligentsia (sic) des Mittelalters“ (S. 75) fest, die auch kritisch gegenüber dem Weltlichen eingestellt war. Freilich suchten die heutigen weltlichen Intellektuellen nicht die Nähe zu den Armen, sondern hätten es sich wohl als „Begleiter und Bedienstete der Mächtigen“ (S. 77) eingerichtet. Der Autor schreibt dies zwar im Kontext der 1950er Jahre, doch ist dies auch heute aktuell, wenn sozialistisch eingestellte Intellektuelle zur Umsetzung ihrer Ideen nach dem Staat rufen.

In seinem zweiten Aufsatz innerhalb dieses Sammelbandes belegt Ashton anhand empirischer Untersuchungen, dass der Lebensstandard während der Industriellen Revolution in England klar wuchs, auch wenn diese Zunahme nicht immer überall im Land gleich schnell von statten ging und staatliche Aktivitäten (darunter Kriege) für Rückschläge sorgten. Interessant sind auch die Berichte über Kritiker der Industrialisierung, die Einkommenssteigerungen der Arbeiter deswegen beklagten, weil sie mehr Freizeit und damit „unmoralisches Verhalten“, darunter Konsum und Trinken, zur Folge hätten. Vom Wirtschaftswachstum profitierten jedenfalls viele.

Im letzten Beitrag beschreibt Hutt die Situation der Arbeiter im 19. Jahrhundert. Dabei geht er detailliert auf die frühen „fake news“ derjenigen ein, die das Leben der Arbeiter im Vergleich zum vorindustriellen Leben auf dem Lande in den schwärzesten Farben darstellten. Viele Berichte lassen sich ins Reich der Legenden verweisen, wobei deutlich ist, dass im frühen 19. Jahrhundert das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Unzulänglichkeiten und deren notwendige Beseitigung zunahm. Letztlich konstatiert er, dass die Verbesserung der Lebensumstände weniger auf die Gesetzgebung zurückzuführen war, sondern sich eher aus der kapitalistischen Entwicklung der Märkte ergab, die für eine massive Wohlstandssteigerung sorgte.

Nach der Lektüre des vorliegenden Buches wird einmal mehr klar: Anders als vielerorts dargestellt, lebten vor dem Kapitalismus die meisten Menschen auf der Welt in extremer Armut. 1820 betrug die Quote laut Weltbank noch 90 Prozent, heute ist sie unter zehn Prozent gesunken. Es wird Zeit, mit Legenden aufzuräumen und sozialistisch-etatistische Experimente in die Schranken zu weisen. Dazu gehört auch ein vorurteilsfreier Blick auf die Erfolgsgeschichte der Marktwirtschaft. Dieses empfehlenswerte Buch leistet seinen Beitrag dazu.

Hanoi/Vietnam

Andreas Stoffers



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Thomas Biebricher: Die politische Theorie des Neoliberalismus.

Berlin: Suhrkamp 2021, 345 S., ISBN 978-3-518-29926-5

Thomas Biebrichers zentrales Forschungsthema ist der Neoliberalismus, sein deutscher „Sonderweg“, der Ordoliberalismus, und ihre Beziehung zum Staat. Schon in seiner 2017 eingereichten Habilitationsschrift stand die Frage im Mittelpunkt, was der Neoliberalismus eigentlich ist – oder vielmehr, ob er überhaupt existiere oder nur ein „Schreckgespenst“ der Linken sei. Diese Habilitationsschrift wurde aus dem Englischen übersetzt, ergänzt sowie aktualisiert und liegt jetzt unter dem Titel „Die politische Theorie des Neoliberalismus“ vor. Biebricher will die Entstehung des neoliberalen Denkens in seiner Auseinandersetzung mit Staat und Politik, sein Verhältnis zur Demokratie sowie seine (wirtschafts-)wissenschaftliche Fundierung rekonstruieren – auch wenn oder gerade weil er den Neoliberalismus nicht auf die landläufige Definition eines „ungezügelter Kapitalismus“ verkürzt wissen will.



Biebricher geht dabei in zwei Schritten vor: Im ersten Teil der Arbeit kristallisiert er die Variationen neoliberalen Denkens rund um die zentralen Kategorien Staat, Demokratie, Wissenschaft und Politik heraus, während er sich im zweiten Teil dem „real existierenden Neoliberalismus“ (S. 9) zuwendet, wobei er sich auf Europa – genauer die Europäische Union sowie die Wirtschafts- und Währungsunion – konzentriert. Biebricher wendet sich gegen die neoliberale Theorie als dogmatische Lehre von sich selbst regulierenden Märkten; dieses Verständnis würde zu kurz springen, wenn nicht sogar falsch sein. Er zeigt, dass die neoliberale Theorie zutiefst an der Verbindung und den Schnittstellen von Politik, Gesellschaft und Ökonomie interessiert ist. Er will sie als politische Ökonomie ernst nehmen und von diesem Standpunkt aus die Korrespondenzen und Diskrepanzen zur neoliberalen Praxis untersuchen (S. 18). Damit erklärt sich dann auch, warum er der Theorie des Neoliberalismus den „real existierenden Neoliberalismus“ entgegensetzt; dabei schwingt nicht unabsichtlich der „real existierende Sozialismus“ mit, der in der Praxis auch alles andere als die Realisation des theoretischen Heilsversprechens war und ist.

Allerdings kommt hier bei der Lektüre Unwohlsein auf, da der Neoliberalismus mit dieser Analogie gleich ein ideologisches Etikett erhält. Während der Sozialismus marxistischer Prägung tatsächlich ein geschlossenes, ideologisch determiniertes Gedankengebäude aufweist, sind der Liberalismus und damit auch der Neoliberalismus gerade keine klar abgrenzbaren und in sich widerspruchsfreien Denkschulen. Das erkennt und benennt Biebricher auch, lässt sich davon aber nicht beirren, den einmal eingeschlagenen Pfad, den Neoliberalismus als gleichsam ideologisches Projekt, das sich in der Praxis entzaubert, zu beschreiben. Die große Leistung des ersten Teils seiner Habilitationsschrift, den Neoliberalismus als politische Theorie, die über den *Laissez-faire*-Kapitalismus hinausgeht, zu erfassen und

in seinen Widersprüchlichkeiten darzustellen, wird durch dieses *Framing* geschmälert und lässt die Leserin und den Leser mit der Gretchenfrage zurück, wie es der Autor nun selbst mit dem Neoliberalismus hält.

Mit großer Sorgfalt ruft Biebricher die prägenden neoliberalen Denker auf den Plan. Ausgehend von der *Mont Pèlerin Society* und Friedrich August von Hayek beschäftigt er sich entlang der oben genannten Kategorien mit Schriften, Überzeugungen und politischen bzw. politikberatenden Taten von Walter Eucken, James M. Buchanan, Milton Friedman, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Für die politische Praxis kommen neben Margaret Thatcher auch Angela Merkel und Donald Trump zu Wort. Dabei vermag insbesondere die Einordnung Merkels und ihres Amtsvorgängers bzw. ihrer Finanzminister als neoliberale Politiker (von Trump ganz zu schweigen) nicht zu überzeugen, geht sie doch von der eher dünn belegten These aus, die bundesdeutsche Politik der letzten Jahrzehnte beruhe auf der (schlechten) Beratung durch neoliberale Ökonomen und einer geradezu engstirnigen Prinzipientreue, ausgerichtet an politökonomischen, neoklassischen Lehrsätzen. Der Blick auf die wirtschafts-, sozial- und fiskalpolitische Praxis in Deutschland, sei es nun in der jüngsten Krisenzeit oder den staatlichen Interventionen der Vergangenheit, lässt weder eine besonders große Prinzipientreue, noch den ernsten Willen zur Austerität, also einer strengen Spar- und Haushaltskonsolidierungspolitik, erkennen. Vielmehr waren und sind es die liberalen Stimmen, die sich immer wieder gegen die expansive Ausgabenpolitik und den ausufernden Staat der politischen Mehrheiten stemmen – nicht aus ideologischer Verbohrtheit, sondern mit Blick auf die Zukunft und ein Verständnis für das Funktionieren von Wirtschaft und Märkten.

Biebricher attestiert dem Neoliberalismus ein kompliziertes, um nicht zu sagen ablehnendes Verhältnis zur Demokratie. Er kommt zu dem Schluss, dass es sich beim Neoliberalismus um kapitalistische Märkte handelt, die in autoritäre politische Formen eingebettet sind, dass es sich letztlich um ein autoritäres Elitenprojekt handelt. Fest macht er dies vor allem an der deutschen Dominanz in der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik und insbesondere dem Agieren der Troika während der Eurokrise, die unter dem Label der Austeritätspolitik firmierte. Doch da sitzt Biebricher genau jenen Verleumdungen des Neoliberalismus aus dem linken und dem tatsächlich autoritären Lager auf, denen er mit seiner Arbeit entgegentreten wollte. Er erkennt hier – trotz seiner Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideengeschichte – den Kern des Neoliberalismus, nämlich den Liberalismus selbst.

Genau wie diesem geht es dem Neoliberalismus um das freie Individuum und die Gewährleistung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher (!) Freiheit durch einen funktionierenden Rechtsstaat. Auch im Neo- bzw. Ordoliberalismus stellt der Rechtsstaat keinen Selbstzweck zur Wahrung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse dar, vielmehr soll er Freiheit und Gleichheit gewährleisten. Und auch wenn das Verhältnis von Marktwirtschaft und Demokratie nicht reibungsfrei ist, da beide an sich keine herrschafts- und friktionsfreien Räume erzeugen, so ist keines der alternativen „Angebote“, beispielsweise des Sozialismus, demokratischer und freiheitssichernder für das Individuum als die soziale Marktwirtschaft. Auch Demokratie an sich stellt noch keinen Wert dar, sondern zunächst einmal eine vereinbarte Spielregel, die freie und an Rechten gleiche Menschen als Grundannahme hat. Ebenso ist nicht jede politische Entscheidung – zumal von demokratisch und durch Verträge legitimierten Entscheidungsträgern – schon deshalb undemokratisch, weil sich öffentlicher Widerstand dagegen erhebt. Die Politik der Eurorettung, die deutsche Außenhandelspolitik und die mangelhafte europäische Krisenpolitik können vortrefflich – und berechtigt – kritisiert werden, für ihre Analyse taugt aber die Annahme Biebrichers, die europäischen Institutionen würden zunehmend neo- bzw. ordoliberalisiert, weit weniger als das bestehende politik- und wirtschaftswissenschaftliche Instrumentarium von Spiel- und Verhandlungstheorie, Systemtheorie und Institutionalismus in all seinen Facetten.



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Dieter Langewiesche: Vom vielstaatlichen Reich zum föderativen Bundesstaat. Eine andere deutsche Geschichte.

Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 2020, 118 S., ISBN 978-3-520-90005-0

Bei diesem Band des Tübinger Neuzeithistorikers Dieter Langewiesche handelt es sich um ein zwar kleinformatiges, gleichwohl aber gewichtiges Werk. Denn es setzt den monumentalen Meistererzählungen der deutschen Nationswerdung im 19. Jahrhundert von Thomas Nipperdey, Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler, bei denen die deutsche Geschichte geradezu zwangsläufig auf einen „verspäteten“ Nationalstaat hinausläuft, eine starke These entgegen. In einem vor der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gehaltenen und nun erheblich erweitert veröffentlichten Vortrag vertritt Langewiesche ganz konsequent die Ansicht, dass die Staatlichkeit Deutschlands als „entwicklungsoffen“ gesehen werden müsse (S. 1). Das bedeute, dass jenseits des nationalstaatlichen Weges auch immer die Option eines föderativen Nationalstaates bestanden habe und das „föderative Grundmuster der deutschen Geschichte“ (S. 3) über die Jahrhunderte erhalten geblieben sei. Ein „föderativnationales Bewußtsein“, gewachsen in der Frühen Neuzeit, habe sich kontinuierlich gehalten, und der 1871 gegründete Nationalstaat sei nicht logisch gewesen, sondern müsse vielmehr als „Geschichtsbruch“ gewertet werden (S. 2).



Die bereits im Vorwort dargelegte Grundthese wird auf den folgenden rund 100 Seiten näher ausgeführt, begründet und gleichsam erhärtet. Nach 1871 habe es drei Nationsvorstellungen gegeben: die eines nunmehr erreichten kleindeutschen (preußisch geprägten) Nationalstaats, die (großdeutsche) „vielstaatliche Reichsnation“, anknüpfend an das Alte Reich vor dessen Untergang 1806, und schließlich die Kulturnation, die sich auf den deutschen Kultur- und Sprachraum bezog. Ein Hauptmerkmal der deutschen Nationsvorstellungen war dabei, dass sie nicht eindeutige Grenzziehungen ermöglichten, denn die deutschen Territorien wiesen stets „Verflechtungen mit nichtdeutschen Staaten“ auf, nicht nur sprachlich, sondern auch dynastisch durch Personalunionen (mit Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden), die von der Reformation bis in die Zeit des Deutschen Bundes reichten (S. 8). Die deutsche Geschichte war immer eine Variante der europäischen Geschichte, wobei – wie Langewiesche zurecht betont – die deutsche „Föderativnation“ gerade auch im Vergleich nicht als Sonderweg missverstanden werden dürfe (S. 11). Es handelte sich nicht um eine „verspätete Nation“ (Helmut Plessner), allenfalls um einen „verspäteten Nationalstaat“ (S. 12). Die Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert war Langewiesche zufolge durch das Ausscheiden Österreichs und anderer Gebiete (z.B. heute polnischer) von einer territorialen Schrumpfung (so 1866 und 1949) begleitet. Trotzdem habe der deutsche Föderalismus alle staatlichen Umbrüche überlebt und den Nationalstaat auch

im Innern geprägt. Mit Blick auf ihre internationalen Entstehungsbedingungen und föderativstaatlichen Ausformungen ließen sich die Nationalstaatsgründung 1871 und der „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik 1990 durchaus vergleichen.

Allein schon diese Ausführungen verdeutlichen, wie stark Langewiesches Sicht einer konsequent geschichtsoffenen Deutung verpflichtet ist und wie thesenorientiert der Autor verfährt. Vom römisch-deutschen Reich und seinen Territorien ausgehend, verfolgt er im Anschluss an Peter Moraw und Joachim Ehlers das „polyzentrische Gebilde“ des Reiches in seiner „verflochtenen Staatlichkeit“ und seinem „supragentilen Charakter“ (S. 24). Um 1500 habe sich der föderative Charakter des Reiches bei allen sonstigen strukturellen Veränderungen verstetigt, das Reich habe nach Einschätzung der Zeitgenossen zwischen Staat und Staatenbund, Reichs-Staat, überstaatlichem Reichsverband und übernationalem Personenverband geschwankt (S. 27). Dadurch, dass das Reich diesen komplexen föderativen Charakter er- und behielt, blieb es defensiv nach außen und machtgeteilt im Innern; es bildete einen „komplementären Reichs-Staat“ (Georg Schmidt). Es ließ dabei – und hier entsteht spätestens der Bezug zum Liberalismus – Freiräume der Gestaltung zu, die Reformen ermöglichten und Sonderentwicklungen zuließen. „Das föderative Zusammenwirken [im Reich] war zum Teil hierarchisch, zum Teil genossenschaftlich geregelt“ (S. 32).

Langewiesche schließt sich im Folgenden den neueren Forschungen zum Deutschen Bund an, die diesen positiver würdigen als die älteren Darstellungen. Statt ihn als „verpaßte Chance“ zum deutschen Nationalstaat zu bewerten (S. 35), werden seine föderativstaatlichen Aspekte herausgestellt, die über ein halbes Jahrhundert friedensbewahrend wirkten. Restaurativ im Wortsinne habe er zu keiner Zeit agiert, vielmehr seine beiden Großmächte Österreich und Preußen. Zugleich habe der Bund konstitutionelle Schlupflöcher gelassen und sei mit seiner komplexen föderativen Struktur seit den ausgehenden 1850er Jahren zu einem „Motor der inneren Nationsbildung“ geworden (S. 41). Dabei konstatiert Langewiesche zu Recht die wirtschaftspolitische Handlungsunfähigkeit und die Partizipationsfeindlichkeit des Bundes. Was innerhalb des Föderalismus des Deutschen Bundes an Gestaltungsoptionen der Einzelstaaten möglich war, demonstriert der Autor am Beispiel des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach, dessen liberales Staatsoberhaupt Carl August 1816 eine relativ liberale Verfassung erließ. Doch nicht nur das: Vielmehr zeigt sich hier, welche Reformfähigkeit die deutschen Mittel- und Kleinstaaten vor 1866 entfalten konnten. Langewiesche resümiert: „Ohne die kleineren Staaten wäre die deutsche Nationalgeschichte anders verlaufen“ (S. 71).

Die Revolution von 1848 mit ihren massiven unitarischen Tendenzen bedeutete einen Bruch mit der föderativen Tradition in Deutschland. Zwar wurde mit der Beseitigung des Deutschen Bundes nunmehr der Versuch eines „bürgerschaftlich-partizipativen Föderalismus“ unternommen (S. 46), doch das blieb lediglich Episode. Vielleicht war der deutsche Nationalstaat vor 1866/71 unwahrscheinlich, aber er war „zumindest kontingent und keineswegs alternativlos“ (S. 75). In den deutschen Mittel- und Kleinstaaten war er jedenfalls lange unerwünscht, was sich erst durch den „emotionalen Zwang zur Einigkeit im Krieg gegen Frankreich“ änderte (S. 77). Nach 1871 ging es darum, ihn durch eine „innere Nationsbildung“ auszugestalten. Bei der in den 1870er Jahren stattfindenden Verreichlichung des Rechtswesens spielten die Liberalen eine führende Rolle, während sich andere Bevölkerungsgruppen wie Katholiken, Juden, Sozialdemokraten oder ethnische Minderheiten erst über Jahrzehnte mühsam und zum Teil unvollständig in den Nationalstaat integrieren konnten.

Der auch im deutschen Kaiserreich überlebende Föderalismus erwies sich als integrative Kraft, indem nun ein regionales Heimatbewusstsein eine nationale Zusammengehörigkeit unterstützte. Die fortschreitende Unitarisierung hinderte freilich nicht, dass föderative Restbestände bis 1919 blieben: mal eher „charmant“ wie bayerische Briefmarken oder sächsische Eisenbahnwärter, mal relevant wie das

preußische Dreiklassenwahlrecht. Dass politische Teilhabe aber gerade in den Reservaten einzelstaatlicher Parlamente Erfolge feiern konnte, gehört zu den föderativen Erfolgsgeschichten; Langewiesche spricht von einem „Experimentierraum“ für den Föderalismus (S. 86). Insgesamt sei es zu einem „Wettbewerbs- und Konkurrenzföderalismus“ gekommen. Demgegenüber diagnostiziert er auch den Föderalismus als Parlamentarisierungsbarriere, weil der Bundesrat preußisch dominiert war und dem Reichstag keine Befugnisse zur Kontrolle des Reichskanzlers bei fehlender verantwortlicher Reichsregierung zustanden.

Wie sich Liberale zu den Traditionen und den Realitäten des deutschen Föderalismus stellten, wird bei Langewiesche immer wieder thematisiert. Im 19. Jahrhundert befürworteten sie einerseits die durch die territoriale Vielfalt gegebenen Gestaltungsoptionen, andererseits erstrebten sie gleichzeitig die nationale Einigung Deutschlands. Nach 1871 unterstützten sie im Reichstag die Reformen, welche die innere Reichsgründung ermöglichten. Zahlreiche Liberale waren überzeugte Anhänger des Föderalismus, so der badische Jurist Carl Theodor Welcker Mitte des 19. Jahrhunderts oder der Vater der Weimarer Reichsverfassung Hugo Preuß. Langewiesche erwähnt dagegen die Ablehnung der deutschen „Vielstaaterei“ durch den liberalen Staatsrechtler Gerhard Anschütz (S. 99). Besonders aber beißt er sich an dem späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss fest, der den Föderalismus mit Partikularismus gleichgesetzt habe und deshalb für Zentralisierung eingetreten sei, die in einen demokratischen Nationalstaat münden solle.

In einem Ausblick hebt der Verfasser auf die aktuellen Herausforderungen des deutschen föderativen Bundesstaates ab, von denen die bildungs- und gesundheitspolitischen Konsequenzen derzeit wohl am meisten diskutiert werden. Aber auch die Koordinierung von deutschem Föderalismus und europäischem Integrationsprozess stellt sich nach wie vor als schwierig dar.

Langewiesche ist mit seinem Plädoyer für eine föderative Nationalstaatlichkeit als offene Alternative der deutschen Geschichte ein wohlthuender und argumentativ überzeugender Gegenentwurf zu den bisher dominierenden nationalstaatlich ausgerichteten Meistererzählungen gelungen. Dieser Forschungsertrag ist nicht hoch genug einzuschätzen.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Marine Fiedler: Von Hamburg nach Singapur. Translokale Erfahrungen einer Hamburger Kaufmannsfamilie in Zeiten der Globalisierung (1765-1914).

Wien/Köln: Böhlau, 2022, 517 S., ISBN 978-3-412-52433-3

In den inzwischen sechs Jahrzehnten seit dem Erscheinen von Percy Ernst Schramms Familienbiografie „Neun Generationen“¹ ist die Literatur über das hanseatische Wirtschaftsbürgertum kontinuierlich gewachsen. In der auf die globale Einbettung der europäischen Geschichte abzielenden Reihe „Peripherien“ erweitert eine neue Monographie diese bürgertums- und wirtschaftsgeschichtliche Empirie um eine globalgeschichtliche Dimension. Der Zeitrahmen der in Bern und Paris als Dissertation angenommenen Studie ist weitgesteckt. Marine Fiedler folgt den geschäftlichen und privaten Aktivitäten der Kaufmannsfamilie Meyer (ab 1903 auch Lorenz-Meyer) durch eine Zeitspanne von mehr als 150 Jahren.



Der Titel bezieht sich auf das globale Ausgreifen der Meyerschen Handelsbeziehungen nach Asien ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, dem bereits intensive transnationale Verknüpfungen innerhalb Europas vorausgegangen waren: Die Meyers waren ab den 1760er Jahren als Kaufleute in Bordeaux tätig. Sie übten sich also über vier Generationen als selbstverständlich grenzüberschreitende Akteure in die Gepflogenheiten des europäischen Wirtschaftsraums ein, bevor sie ihre Geschäfte weltweit ausdehnten. Man reibt sich die Augen bei der Gesamtschau dieser Reisen und Residenzen: Der durch Einheirat erheblich vergrößerte Familienkreis erstreckte sich bald von Marseille über Liverpool, London, Cadix, Rio de Janeiro, New York, Wellington, Windhuk und Wladiwostok bis nach Batavia (vgl. dazu die diese beeindruckenden „Mobilitätserfahrungen“ visualisierenden Stammbäume und Weltkarten im Anhang ab S. 458).

Während dem ersten Teil über die deutsch-französischen Aktivitäten des Clans („Hamburg, der Atlantik und das Mittelmeer (1765-1840er Jahre)“, S. 45-173) der Charakter einer ausführlichen Hinführung zukommt, schöpft die Verfasserin im Hauptteil des Buches erst so richtig aus dem Vollem. „Das Globale erfassen (1840er bis 1860er Jahre)“ überschreibt sie das folgende Großkapitel (S. 175-327). Die Einzelheiten der darin behandelten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe der deutschen Kaufleute im britischen Singapur (und schließlich wieder in Hamburg), können hier nicht referiert werden.

Die Verfasserin legt weniger Wert auf die klassische Schilderung geschäftlicher Erfolge, als auf die einfühlsame Untersuchung von Mobilitätserfahrungen und von Rezeptionen des außereuropäischen Fremden während des sukzessiven Hineinwachsens der Meyers in die Kreise der kolonialen Eliten.

¹ Percy Ernst Schramm: Neun Generationen. Dreihundert Jahre deutscher Kulturgeschichte im Licht der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie, 1648-1948. 2 Bde. Göttingen 1963.

Fiedler beschreibt den privaten Umgang mit anderen Europäern und die konfessionellen Anknüpfungen der deutschen Expats. Das Engagement im „Teutonia Klub“ war das Eine, dass die Meyers sich in erster Linie als Hanseaten sahen – deren Beurteilung der politischen Entwicklungen in der Heimat im Jahrzehnt der später Reichseinigungskriege genannten Auseinandersetzungen unklar bleibt –, war das Andere. Kleidungskonventionen („stets weiß gekleidet“, S. 256), Mobilitätsverhalten, Wohnraumgestaltung, Freizeitverhalten, Übernahme von Konsulartätigkeiten und philanthropisches Engagement – es bleiben keine Aspekte der Lebenswirklichkeiten in der quellensatten Darstellung unberücksichtigt.

Im dritten Teil („Das Globale verinnerlichen (1870er Jahre bis 1914)“, S. 327-455) spannt die Autorin den Bogen geografisch noch weiter. Hier werden die globalen Netze behandelt, die sich von Hamburg und Singapur aus um die Welt spannten. Verwandtschaft wird hier als geschäftsfördernde Kategorie greifbar geschildert. Interessant sind die von einer Generation zur nächsten feststellbaren Veränderungen in den politischen Einstellungen, aber auch bei den Ansprüchen an Geschlechterrollen – auch die global mobilen Protagonisten des Welthandels wurden Wilhelminer!

Hamburg blieb auch nach jahrzehntelangen Auslandsaufenthalten sowie der Geburt und dem Aufwachsen von Kindern in Singapur das emotionale Zentrum der Familie. Den kaiserzeitlichen Geschichtskonstruktionen folgend, sahen sich auch die Meyers als Teil der stolzen Geschichte der Hanse. Die aktive Mitarbeit Eduard Lorenz Lorenz-Meyers im Alldeutschen Verband verhinderte das nicht. Die regionale Identität ging spielend in der nationalen auf, die auch die besonderen weltläufigen Erfahrungen absorbierte. Konsequenz ist daher das Ablehnen der britischen Staatsbürgerschaft und das jähe Ende der symbiotischen Lebensweise mit den Kolonialherren Singapurs durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Auch wenn die Beziehungen der Familie nach Südostasien später wieder angeknüpft wurden, markiert das Jahr 1914 einen Epochenwechsel, da er einer internationalen Elite ad hoc eine nationale Konsequenz abverlangte, die zuvor nur platonisch vorhanden war.

Die lesenswerte Geschichte des Familiengeflechts um die Hamburger Meyers in Singapur ist in einem angenehm ausgewogenen Ton geschrieben, der Kritik an den europäischen Protagonisten nicht ausspart und sich dennoch nicht in bekenntnishaften Verurteilungen verliert. Nationalismus, Chauvinismus, Paternalismus und Hierarchisierungen der Menschheit nach rassischen Kategorien sind eine Seite des liberalen Projekts des westlichen Kolonialismus der Neuzeit. Neugier, Mut, Gemeinsinn und gesellschaftliche Verantwortung sind die andere. Unaufgeregt formulierende Studien können durch das Zusammenbringen beider Perspektiven helfen, die Epoche der kolonisierenden Globalisierung besser zu verstehen. Marine Fiedler hat auf breiter Quellenbasis eine solche vorgelegt.

Hamburg

Ulf Morgenstern



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Marko Kreutzmann: Föderative Ordnung und nationale Integration im Deutschen Bund 1816-1848. Die Ausschüsse und Kommissionen der Deutschen Bundesversammlung als politische Gremien.

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2022 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaft, Bd. 108), 482 S., Illustrationen, ISBN 978-3-525-33610-6

„Deutschlands Hoffnung oder der Bundestag in Frankfurt“ – das ist nicht nur der Titel der als Umschlagabbildung verwendeten allegorischen Darstellung aus dem Jahr 1817, sondern es ist auch eine dem hier besprochenen Werk zugrunde liegende Lesart der Geschichte des Deutschen Bundes. Das Negativbild, welches die kleindeutsche Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts gezeichnet hat, ist zwar bis heute wirkmächtig geblieben. Fachlich hat sich aber eine ausgewogene Betrachtung durchgesetzt, die u.a. mit den Arbeiten von Wolf D. Gruner, Wolfram Siemann und dem Editionsprojekt der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften „Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes“ verbunden ist. Der Autor Marko Kreutzmann, Leiter der Forschungsstelle für Neuere Regionalgeschichte Thüringen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, stützt sich auf diese Vorarbeiten, an denen er zum Teil mitgewirkt hat. Denn den Wolf-Erich-Kellner-Preisträger (2012) zeichnen seine Forschungen zur Geschichte des Deutschen Bundes und der Geschichte des Deutschen Zollvereins aus. Dabei zeigt sich Kreutzmann stets aufmerksam für die Perspektive der deutschen Klein- und Mittelstaaten, besonders im thüringischen Raum.



Mit seiner Habilitationsschrift legt Kreutzmann eine Gesamtuntersuchung der Strukturen und der Tätigkeit der Bundestagsausschüsse und -kommissionen vor und vertieft sie an ausgewählten Fallbeispielen. Über die Analyse der Arbeitsgremien der Bundesversammlung sollen Rückschlüsse gesammelt werden: über Institution und Personal bis hin zu einem Gesamtbild der politischen Tätigkeit („Bundesinnenpolitik“) und zur Funktion der föderativen Ordnung. Der Autor folgt in der Fragestellung dem Selbstanspruch des Deutschen Bundes, „die Einheit der Nation zu verkörpern“ (S. 14). Kreutzmann möchte diese Devise ernstnehmen und blickt deshalb auf die Arbeitspraxis des Mehrebenensystems Deutscher Bund. Prozesse von zwischenstaatlicher Integration und Desintegration seien in den Gremien ablesbar (S. 18-20).

Die Sachverständigen- und Lokalkommissionen – Militärkommissionen und Sicherheitspolitische Kommissionen – klammert Kreutzmann in seiner Untersuchung weitestgehend aus, da hierzu bereits meh-

rere Detailstudien vorliegen (S. 76).¹ Die Ausnahme bildet die Kommission für das Archiv des ehemaligen Reichskammergerichts in Wetzlar (S. 87, 201-218) und die Sachverständigenkommission für die Begutachtung einer Erfindung zum Elektromagnetismus (S. 88 f., 305-319).

Das Vorhaben ist in sechs Abschnitte gegliedert: Auf die Einleitung folgen drei hinführende institutionengeschichtliche Auswertungen, zunächst über Entstehung und Organisation der Gremien der Deutschen Bundesversammlung (Kap. II und III). Eine eigene Erhebung und Auswertung der Anzahl, Dauer, Tätigkeitsbereiche und Mitglieder der Ausschüsse und Kommissionen stellt Kreutzmann der qualitativen Analyse voran (Kap. IV). Hierfür greift er auf die Protokolle der Bundesversammlung und persönliche Unterlagen der Gesandten zurück. Die quantitative Perspektive illustriert das breite Themenspektrum und die ergebnisorientierte Arbeitsweise der Gremien des Deutschen Bundes. Somit wird auch die Rolle der kleineren und mittleren Mitgliedsstaaten sichtbar gemacht. Die Akteure begreift Kreutzmann – im Anklang an seine Monografie über den Deutschen Zollverein – als „eine Art innerer Kern der Funktionselite in der Bundesversammlung“ (S. 109).² Den Hauptteil der Monographie nimmt die Tätigkeitsanalyse der Ausschüsse und Kommissionen ein (Kap. V). Vertieft bearbeitet Kreutzmann politik- und kulturgeschichtliche Fallbeispiele. Die Argumentation erfolgt aus der Institution heraus. Eine konzise Zusammenfassung schließt den Textteil ab. Ein hilfreicher Anhang mit Übersicht der Ausschüsse und Kommissionen (S. 447-477) sowie ein Personenregister runden das Werk ab.

Kreutzmann arbeitet entlang dieser Struktur heraus, dass es sich bei der Bundesversammlung um ein Übergangsformat spezifischer föderativer Staatlichkeit gehandelt hat. Die höchst aktiven Bundestagsausschüsse und -kommissionen bildeten hierfür die notwendige Voraussetzung. Warum mangelte es dem Deutschen Bund dennoch an Erfolg? Kreutzmann macht deutlich, dass es der Bundesversammlung an institutioneller Eigendynamik fehlte. Die Einzelstaaten beharrten auf ihrer durch das Einstimmigkeitsprinzip gewährleisteten Souveränität, die durch die „konservative Umbildung der Bundesakte“ (S. 414) und personelle Umbesetzungen ab 1819/1820 begünstigt wurde. Hierdurch kam eine Minderheit zum Tragen, die in der Ausschussarbeit noch durch Minoritätsvoten abgefedert werden konnte. Nichtsdestoweniger existierte eine Entwicklungsoption für den Deutschen Bund, welche sich bereits in den 1840er Jahren in den Ausschüssen andeutete, als Preußen und die Mittelstaaten Österreich als Führungsmacht ablösten.

Die Historiographie der deutschen Liberalismus-Geschichte zwischen 1815 und 1848 dominiert der Gegensatz von Bundesversammlung und nationalliberal gesinntem Bürgertum. Aus der Binnenperspektive des Deutschen Bundes ergibt sich in vielen Fällen ein differenzierteres Bild. Kreutzmann zeigt zum Beispiel anhand der Behandlung des Themas „Zensur und Pressefreiheit“ (Kap. V.9) den internen Meinungsaustausch in Bundesversammlung und Preßgesetzausschuss. Dort blieben sowohl nach den Karlsbader Beschlüssen als auch nach der französischen Julirevolution 1830 die Ansichten der Gesandten der Mitgliedsstaaten uneinheitlich. Aus Kreutzmanns Studie geht hervor, dass die Gremien des Deutschen Bundes ein geschütztes Debattenforum für gemäßigt-liberale Stimmen aus den Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten darstellten.

¹ Der Autor folgt insbesondere Wolfgang Keul: Die Bundesmilitärkommission (1819-1866) als politisches Gremium. Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschen Bundes, Frankfurt am Main 1997, und Wolfram Siemann: ‚Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung‘. Die Anfänge der politischen Polizei 1806-1866, Tübingen 1985.

² Siehe hierzu auch Marko Kreutzmann: Die Gesandten der Deutschen Bundesversammlung (1815-1866). Soziales Profil und politisches Handeln einer zwischenstaatlichen Funktionselite, in: Archiv für Sozialgeschichte 61 (2021), S. 99-114.

Wollte man dem Deutschen Bund ein Arbeitszeugnis ausstellen, so müsste es darin heißen, er habe sich stets bemüht. Marko Kreutzmann präsentiert im Gegensatz zur durchwachsenen Bilanz des Staatenbundes ein gut lesbares, mit treffend ausgewählten Beispielen anschaulich erläutertes Grundlagenwerk zur Arbeitsebene des Deutschen Bundes.

Bonn

Alexander Olenik



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Karsten Ruppert (Hrsg.): Die Exekutiven der Revolutionen. Europa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Paderborn: Brill Schöningh, 2022, 541 S., ISBN 978-3-506-79101-6

Der „Epoche der bürgerlichen Revolutionen“ (S. IX), die von der großen französischen Revolution von 1789 und den europäischen Revolutionen von 1848/49 begrenzt wird, und ihren Revolutionsregierungen in Europa gilt die Aufmerksamkeit des vorliegenden Sammelbandes. Er enthält überwiegend Vorträge einer Tagung, die im Februar 2015 an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt stattfand. Mit der „Entstehung, Zusammensetzung, Wirksamkeit und Funktion“ exekutiver Institutionen, die „zur Durchsetzung revolutionärer Ziele eingerichtet wurden“ (S. IX), befassen sich insgesamt zwölf Historiker aus verschiedenen europäischen Ländern. Die Druckfassungen ihrer Vorträge sind nach Kapiteln geordnet und werden durch einleitende Beiträge des Herausgebers in den Kontext der jeweiligen Revolutionen gestellt. Der Revolutionsbegriff ist dabei bewusst weit gefasst und reicht vom revolutionären Umbruch über die Beseitigung einer Fremdherrschaft bis hin zur Neuordnung der Machtverhältnisse eines Staates.



Den Anfang macht Guido Braun mit seinen Ausführungen über den Wohlfahrtsausschuss von 1793 bis 1795, der als „Notstandsexekutive“ (S. 3) zur Verteidigung gegen feindliche Interventionen von außen und konterrevolutionäre Bewegungen im Innern mitten in einer extremen Bedrohungslage der französischen Revolution errichtet wurde. Danach befasst sich Walther L. Bernecker mit der „Junta Suprema Central Gubernativa del Reino“ (S. 57) und den Juntas im spanischen Unabhängigkeitskrieg gegen die napoleonische Besatzung (1808-1814), die ebenfalls das Ergebnis kriegerischer Ereignisse und tiefgreifender Umbrüche waren. Die Revolution im Königreich beider Sizilien 1820/1821 war Teil einer oft übersehenen Revolutionswelle, die Südeuropa und Russland ergriff. Mit den Revolutionsregierungen in Neapel, Palermo und Messina beschäftigt sich der Beitrag von Jens Späth. Die Einleitung des Herausgebers zum griechischen Freiheitskampf (1821-1832) und der Beitrag von Ioannis Zelepos über die provisorischen Regierungen Griechenlands bilden das vierte Kapitel. Hier spielten die Aufstandsregierungen eine zentrale Rolle als Instrumente sowohl der Nationalstaatsgründung im Krieg gegen das Osmanische Reich als auch bei den bürgerkriegsähnlichen Konflikten in Griechenland. Mit dem Beitrag von Stefan Grüner zu der kurzlebigen provisorischen Regierung der Junirevolution 1830, ihren wechselnden Erscheinungsformen, Traditionslinien, politischen Konturen und Formsprache ist erneut Frankreich als wichtigstes Revolutionszentrum Gegenstand eines Kapitels. Johannes Koll befasst sich in seinem Beitrag mit der provisorischen Regierung in Belgien 1830/31, die im Zuge der erfolgreichen belgischen Revolution und Staatsgründung konstituiert wurde.

Drei Kapitel widmen sich den europäischen Revolutionen von 1848/49, beginnend mit der französischen Februarrevolution und den Regierungen der Zweiten Französischen Republik, die von Armin Owzar untersucht werden und von der provisorischen Regierung unter Alphonse de Lamartine im Februar 1848 bis zum Staatsstreich von Louis-Napoléon Bonaparte am 2. Dezember 1851 reichten. Es folgt Italien mit den Beiträgen von Marco Meriggi zur Verfassung und Verwaltung in den Revolutionen von Mailand und Venedig sowie von Thomas Kroll zur revolutionären Regierung der Römischen Republik von 1849 im Kontext der italienischen Nationalbewegung. Für das Kapitel über das Kaiserreich Österreich 1848/49 liefert Karsten Ruppert neben dem einleitenden Abschnitt über den „Gesamtstaat vor der Revolution“ (S. 377) Beiträge über die Erhebung in Böhmen und den ungarischen Unabhängigkeitskampf. Lothar Höbelt untersucht in seinem Beitrag den „provisorischen Statthalterrat“ (S. 405) in Böhmen, während sich Tibor Frank mit dem ungarischen Landesverteidigungsausschuss befasst.

Den Abschluss des Bandes bilden eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse durch den Herausgeber und eine tabellarische Übersicht der hier behandelten provisorischen Regierungen in Europa. Der Band entfaltet ein breites Spektrum sehr unterschiedlicher revolutionärer Exekutiven sowohl hinsichtlich des Entstehungskontextes, ihres Selbstverständnisses als auch ihrer politischen Intentionen. Doch der Herausgeber verweist auch auf Gemeinsamkeiten, wobei er auch die hier nicht behandelte Provisorische Zentralgewalt von 1848/49 in Frankfurt mit einbezieht. So waren fast alle Regierungen kurzlebig und manche wandelten ihren Charakter im Verlauf des Revolutionsprozesses oder der Neuordnung. Sie strebten meist keine umfassenden Regierungskompetenzen an und waren von vornherein als Übergangsregierungen, in manchen Fällen auch als Notstandsregierungen geplant. Erstaunlich angesichts des revolutionären Entstehungszusammenhangs war die Erkenntnis, dass bei Eliten und Verwaltungen ein hohes Maß an Kontinuität gewahrt wurde. Karsten Ruppert betont darüber hinaus besonders den „bürgerlichen Charakter“ der revolutionären Regierungen, der unter anderem auch dadurch zum Ausdruck kam, „dass sich das Bürgertum ihrer bediente, um sein politisches Ideal, den Nationalstaat, zu verwirklichen“ (S. 507).

Der verdienstvolle Band bietet erstmals einen systematischen Überblick über die Revolutionsexekutiven in Europa von 1789 bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts und beleuchtet damit bislang von der Forschung vernachlässigte Institutionen, die jedoch für den Verlauf von Revolutionen und nationalen Erhebungen von zentraler Bedeutung waren. Er ermöglicht damit einen neuen Blick auf die Nationalbewegungen und die liberalen Bewegungen im frühen 19. Jahrhundert im europäischen Vergleich, etwa wenn es um Handlungsspielräume provisorischer Regierungen, um Nationalstaatsbildungen und um Konstitutionalisierungsprozesse geht. Nicht nur die Liberalismus-Forschung muss diese Neuerscheinung künftig rezipieren.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Alexandra Bleyer: 1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution.

Ditzingen: Reclam, 2022, 336 S., ISBN 978-3-15-011281-6

Michael Wettengel: Revolution von 1848/49 in Hessen. Die hessischen Staaten, Nassau, Waldeck und Frankfurt.

Wiesbaden: Waldemar Kramer, 2022, 262 S., ISBN 978-3-7374-0496-9

Die vergleichende Lektüre von zwei Überblicksdarstellungen, die zum 175jährigen Jubiläum der Revolution von 1848 erschienen sind, eröffnet einen anregenden komplementären Blick auf die Erfahrungen dieser Zeit: Alexandra Bleyer liefert eine breit angelegte Geschichte der Revolution in Europa, die nicht nur Deutschland, Frankreich, die italienischen Staaten und Österreich-Ungarn eingehend behandelt, sondern in der auch ein früher Schauplatz wie Rumänien Erwähnung findet. Wettengel betrachtet demgegenüber den hessischen Raum, konzentriert sich also



auf Vorgänge unterhalb der nationalstaatlichen Ebene. Allerdings handelt es sich bei den hessischen Staaten nicht um beliebige Untersuchungsobjekte: Zum einen zählten sie zu den frühesten Zentren der Revolution in Deutschland, zum anderen avancierte Frankfurt mit der Nationalversammlung zu einem zentralen Ort des Geschehens. Mit plausiblen Gründen untersucht der Autor die hessischen Staaten nicht separat, sondern als einen Handlungsraum, den vielfältige kommunikative und ökonomische Verbindungen kennzeichneten.

Beide Werke folgen den Entwicklungen der Jahre 1848/49 weitgehend in chronologischer Form, mit besonders ausführlichen Kapiteln zu Ursprüngen, Anfängen und Frühphase der Revolution und zusätzlichen thematischen Kapiteln. Insbesondere Bleyers Darstellung gibt auch den Akteuren und Strategien der Gegenrevolution breiten Raum. Deren Zusammenhänge über staatliche Grenzen hinweg werden damit ebenso anschaulich geschildert wie das Agieren der Revolutionäre.

Trotz der chronologischen Anlage haben beide Werke keinen Handbuchcharakter. Weder werden die Ereignisse in einzelnen Staaten getrennt abgehandelt, noch werden neuere Forschungsansätze ausführlich referiert. Diese bilden eher im Hintergrund die Basis für betont anschaulich konzipierte Darstellungen. Bleyer stellt in den ersten Kapiteln ihres Werkes zahlreiche Akteurinnen und Akteure vor, die in den Folgekapiteln immer wieder zur Veranschaulichung der Entwicklungen mit Zitaten aus Briefen, Tagebüchern und Reden ausgiebig zu Wort kommen. Erfreulicherweise schöpft sie ihr Personal

nicht nur aus den bekannten politischen Protagonisten, sondern bezieht Beobachter und Nebenakteure ein, die der Darstellung ein besonderes Kolorit verleihen. So treten der greise, an der Spitze des Trauerzugs für die „Märzgefallenen“ marschierende Alexander von Humboldt und der kritische Arzt Rudolf Virchow ebenso auf wie die Walzer-Komponisten Strauß – beide, Vater und Sohn, als Beispiele für einen zeitgemäßen Opportunismus, musizierten sie doch gleichermaßen für Revolution und Gegenrevolution. Nicht immer gelingt die Verflechtung von persönlicher und politischer Handlungsebene bruchlos – so im Fall Louise Astons, deren Lebensgeschichte aus Anlass ihrer Tätigkeit als Krankenschwester im Krieg gegen Dänemark in die Darstellung der politischen und militärischen Entwicklungen eingeschoben ist. Doch im Regelfall funktionieren die Personalisierungen als markante Vignetten, die übergreifende Zusammenhänge mit der Welt individueller Erfahrung verknüpfen.

Auch Wettengel, der sich auf maßgebliche eigene Forschungen zur Revolutionszeit im Rhein-Main-Gebiet stützen kann, lässt Gelegenheiten zur Erzielung erzählerischer Dynamik nicht ungenutzt. Plastisch beschreibt er die Niederschlagung der Mainzer Unruhen im Mai 1848 – einen über Hessen hinausweisenden Wendepunkt der Revolution, da das Militär in die Offensive gegen Revolutionäre ging und fortan gegenrevolutionäre Tendenzen immer mehr Auftrieb erhielten. Der Autor bietet aber zugleich einen analytischen Zugriff, wenn er die Revolution als Zusammentreffen der Bestrebungen unterschiedlicher Trägerschichten beschreibt. Neben der nationalen und liberalen Verfassungsbewegung des städtischen Bürgertums standen agrarische Proteste der Landbevölkerung und eine soziale Protestbewegung städtischer unterbürgerlicher Schichten. Ihr Zusammenwirken erklärt den Erfolg der Revolution ebenso wie das Auseinanderdriften der Interessen im Revolutionsverlauf.

Trotz des unterschiedlichen geographischen Zugriffs bieten beide Darstellungen auf der Grundlage der umfangreichen Forschungen seit dem 150jährigen Jubiläum 1998 ein vergleichbares Bild der Revolution. Auffallend erscheint im Unterschied zur öffentlichen Erinnerung eine Dezentralisierung der Paulskirche. Deren Bedeutung wird nicht bestritten, doch die transnationalen und regionalen Handlungszusammenhänge ergeben ein vielschichtiges Panorama, das über die Abgeordneten der Nationalversammlung hinaus Akteure hervortreten lässt, deren Beitrag über die Revolutionsjahre hinauswirkte. Dies gilt für Teile der Landbevölkerung und der unterbürgerlichen Schichten, besonders markant aber für die Rolle der Frauen. Während Wettengel ihr ein eigenes Kapitel widmet, gelingt es Bleyer, Frauen durchgehend in allen Phasen und Kontexten der Revolution als Akteurinnen zu präsentieren. Neben den aktiven Revolutionärinnen kommen öffentlich nicht so stark exponierte Beobachterinnen wie Clotilde Koch-Gontard zu Wort, die in Frankfurt einen Salon betrieb und in Tagebüchern und Briefen ihre Erfahrungen und Überzeugungen festhielt. Nicht übersehen werden aber auch Vertreterinnen der Hocharistokratie wie die österreichische Erzherzogin Sophie und Kaiserin Maria Anna, die als – in eigenen Worten – „schwache Weiber“ Sophies 18jährigem Sohn Franz Joseph auf den Kaiserthron verhalfen (S. 242). Sowohl bei Wettengel als auch bei Bleyer wird die „Eigendynamik“ (so Wettengel, S. 163) weiblicher Aktivität in der Revolutionszeit deutlich, die ein wichtiger Bestandteil der langfristigen Revolutionsfolgen werden sollte.

Das Gleiche gilt für die „Kommunikationsrevolution“, die in beiden Darstellungen als wesentlicher, fortwirkender Effekt beschrieben wird – durch die kurzfristig aufblühende Presselandschaft, neue Kommunikationswege und die Vernetzung zahlreicher Akteure. Insbesondere Bleyer arbeitet zugleich die Ambivalenzen heraus, die mit der Formulierung und Verbreitung des nationalen Gedankens einhergingen: Der Wunsch nach nationaler Einheit konnte rasch in einen aggressiven Nationalismus münden, der die angestrebten Freiheiten anderen Nationen ohne Skrupel vorenthielt. Dies zeigt Bleyer nicht nur an Beispielen wie Posen und Schleswig-Holstein, sondern auch im Fall Ungarns: Selbst noch befangen im Ringen um staatliche Autonomie, sollte diese doch nach Meinung vieler Akteure nicht für nationale Minderheiten in den eigenen Grenzen gelten.

Schon im Titel ihres Buches betont Bleyer die langfristige „Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution“. Im Einklang mit der neueren Forschung tritt das Scheitern der „48er“ zurück hinter „die Anerkennung ihrer Pionierleistungen und die Wirkung der Revolutionszeit als Lehrjahre“ (S. 313). Etwas salopp gezeichnet erscheint allerdings die nachfolgende Entwicklung in Preußen: Als Monarch sei der ehemalige „Kartätschenprinz“ Wilhelm bereit gewesen „für einen zeitgemäßen politischen Kurs, nur den radikalen Liberalismus lehnte er ab. 1862 holte er den ‚Lotsen‘ Bismarck an Bord – und der Rest ist Geschichte“ (S. 296). Nicht alle Zeitgenossen empfanden das Wirken des „weißen Revolutionärs“ als kongeniale Verwirklichung ihrer revolutionären Hoffnungen aus der Zeit der Jahrhundertmitte.

Auch Wettengel betont, dass die Reaktionszeit „keine Restauration der vormärzlichen Verhältnisse“ (S. 242) bedeutete, wirkten neben politischen Freiheitsideen doch zahlreiche durch die Revolution angestoßene Veränderungen, wie Agrar-, Gewerbe- und Verwaltungsreformen, fort. Während er die repressiven Maßnahmen der Jahre nach der Revolution in den hessischen Staaten klar benennt, bleibt „1848/49“ in langfristiger Perspektive auch für ihn „Symbol für Freiheit und Einheit“ und damit ein demokratischer „Traditionsbezug“, der „nicht nur zu Jubiläen ins Gedächtnis gerufen werden sollte“ (S. 244).

So zutreffend diese Mahnung ist – beide Werke demonstrieren, dass Jubiläen den Anlass bieten können für wertvolle Beiträge zur Geschichte der Revolution, die über die Feierstunden hinaus Bestand haben dürften.

Darmstadt

Detlev Mares



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Rüdiger Hachtmann: 1848. Revolution in Berlin.

Berlin: BeBra Verlag, 2022, 240 S., 37 Abb., ISBN 978-3-8148-0261-9

Berlin war als zweitgrößte Stadt auf dem Gebiet des Deutschen Bundes und als Hauptstadt des Königreichs Preußen ein wichtiger Schauplatz der europäischen Revolutionen von 1848/49. Die Entscheidungen, die hier fielen, waren für alle deutschen Staaten von erheblicher Bedeutung. Mit seiner 1997 erschienenen Habilitationsschrift „Berlin 1848“ hat Hachtmann ein eindrucksvolles Standardwerk zur Berliner Revolutionsgeschichte vorgelegt. Mit seinem neuesten Buch bietet er nun eine kompakte, auf ein breiteres Publikum zielende Darstellung der Ereignisse des Revolutionsjahres, die er in die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge einordnet.

Der Verfasser beginnt mit der Situation in Berlin vor der Revolution, wobei er auf das Wachstum der Stadt, die Armut großer Bevölkerungsschichten, die Universität, religiöse Konflikte, die unterdrückte Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf Auseinandersetzungen zwischen Militär und Zivilbevölkerung in der Stadt eingeht. Sehr ausführlich werden die Berliner Barrikadenkämpfe am 18. März 1848 dargestellt, an denen auch „Frauen der niedrigsten Volksklasse“ (S. 47) beteiligt waren. Den weiteren Märzereignissen und dem politischen Umbruch in Berlin und Preußen gelten zwei Kapitel, die sich mit den Ereignissen um die Aufbahrung der „Märzgefallenen“ und dem „Revolutionsrausch“ der ersten Wochen, der politischen Öffentlichkeit, der allgemeinen Politisierung und der Aufstellung der Bürgerwehr befassen. Weitere Abschnitte sind wichtigen Ereignissen und Aspekten der Revolutionszeit in Berlin gewidmet, zunächst den Wahlen, der Bildung politischer Vereine und der Entstehung von parteiübergreifenden „Bezirksvereinen“, der Rolle von Frauen, gewaltsamen Protesten und „Katzenmusiken“, der Selbstorganisation von Handwerksgesellen und Arbeitern sowie schließlich der Judenfeindschaft und Revolutionsfeindlichkeit vor allem in den städtischen Eliten.

Der Chronologie folgt dann die Darstellung der preußischen „Märzministerien“, der Verhandlungen der Preußischen Nationalversammlung und der Revolutionswende, die der Verfasser bereits mit der Rückkehr des Prinzen von Preußen und der Polarisierung im Zuge des Berliner Zeughaussturms und des Pariser Arbeiteraufstands auf Juni 1848 datiert. Eine Reihe von blutigen Auseinandersetzungen und eine Soldatenrevolte bildeten das Vorspiel für den Staatsstreich des Königs, der die Hauptstadt im November 1848 militärisch besetzen und den Belagerungszustand ausrufen ließ. Am 5. Dezember 1848 wurde die Preußische Nationalversammlung aufgelöst und eine Verfassung oktroyiert, die den Wünschen des konstitutionell liberalen Bürgertums entgegenkam. Die Berliner Revolution war damit bereits zu Ende. Der „Nachmärz“ war durch Repression und Unterdrückung, aber auch durch andauernde Wahlerfolge der Berliner Demokraten gekennzeichnet. Den Abschluss bildet am Beispiel des Friedhofs der Märzgefallenen das Revolutionsgedenken bis in die Gegenwart.



Der Verfasser betont die große Bedeutung von Handwerksgesellen, Arbeitern und „ärmeren Classen“ (S. 75) als wichtigste Trägerschichten der Berliner Revolution, die dieser frühzeitig den Charakter einer sozialen Revolution gaben. Er sieht in der Revolution der Berliner Unterschichten des Jahres 1848 die Grundlage für die spätere „Rote Hochburg“ (S. 219). Sie bildeten die Masse der Anhänger der demokratischen „Partei“, von der sich die „Arbeiterverbrüderung“ als Organisation der Arbeiterschaft etwa in der sozialen Frage abgrenzte. Die Furcht vor der sozialen Revolution und der Republik führte jedoch zur Abkehr bürgerlicher Kreise von der Revolution. „Barrikade, Klubs, Parlament, ‚Straße‘“ (S. 219) markieren für Hachtmann die verschiedenen Ebenen des revolutionären Umbruchs, der hier auf „‘halbem Weg‘ steckengeblieben“ (S. 208) sei. Dennoch hätten Demokraten und Arbeiterbewegung beträchtliche politische Energien aus den Erfahrungen von 1848 gezogen. Die Berliner Revolution wird dabei in den Kontext der Ereignisse im übrigen Deutschland und Europa eingebettet, zu denen immer wieder Querbezüge hergestellt werden. Sie zeigen die wechselseitigen Einflüsse der europäischen Revolutionen, die sich, wie der Verfasser zeigt, über den Zeitraum von 1847 bis 1849 erstreckten. Eindrucksvoll wird andererseits gezeigt, wie planmäßig die gegenrevolutionären Kräfte vorgingen, an ihrer Spitze der König. Die demokratische Linke mit ihrem Vertrauen zum König hatte dem nichts entgegenzusetzen.

Gelegentlich findet sich im Buch die Neigung zu starken Formulierungen: Das von Hachtmann übernommene „Großdeutschland der Paulskirche“ (S. 135) stammt von Günter Wollstein, ist zurecht kritisiert worden und entspricht nicht dem Stand der Forschung. Die Nationalversammlung in Frankfurt erwies sich als realpolitischer als es auch die damaligen demokratischen Vereine waren, und die in der Paulskirche beschlossene Reichsverfassung bot in Art. 188 einen bemerkenswerten Schutz nationaler Minderheiten. Auch wird Berlin nur bedingt als „europäische Revolutionsmetropole“ bezeichnet werden können, dem widersprach schon das frühe und reichlich unspektakuläre Ende der Revolution in der preußischen Hauptstadt, aber auch das hier in der Revolutionszeit verbreitete partikularistische Preußentum. Berlin allein entschied nicht das Schicksal der Revolution in Deutschland. „Berlin ist eine große Stadt, aber keine Großstadt“, urteilte der Mainzer Demokrat Ludwig Bamberger im Oktober 1848.

Diese Anmerkungen beeinträchtigen das durchweg anregende und erkenntnisreiche Buch nicht. Es vermittelt in kompaktem Umfang umfassende Informationen zur Berliner Revolution von 1848, ist unterhaltsam und darüber hinaus für die Geschichte der deutschen Revolution insgesamt wichtig. Dem Buch sind viele Leserinnen und Leser zu wünschen.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Torsten Weigelt: Gagern – Pioniere der deutschen Demokratie. Porträt einer politischen Familie.

Frankfurt am Main: mainbook Verlag, 2022, 304 S., 31 Abb., ISBN 978-3-948987-61-9

Wie kaum eine andere Familie verkörpern die Freiherren von Gagern Ausprägungen des Liberalismus im Vormärz und in der Revolutionszeit. Der Reformbeamte und Diplomat Hans Christoph von Gagern und seine drei „politischen Söhne“ Friedrich, Heinrich und Maximilian waren nicht nur bedeutende Politiker, ihre Lebenswege spiegeln auch liberale Geschichte wider. Vor allem Heinrich von Gagern war als hessen-darmstädtischer „Märzminister“, erster Präsident der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt und Reichsministerpräsident der Provisorischen Zentralgewalt eine herausragende und charismatische Persönlichkeit der Revolution von 1848/49. Er stand als Liberaler, der einen deutschen Nationalstaat unter preußischer Führung und eine konstitutionell-monarchische Staatsform anstrebte, im Gegensatz zu Demokraten und Republikanern, die eine grundlegende Umgestaltung von Staat und Gesellschaft wollten. Als Symbolgestalt der Frankfurter Nationalversammlung wurde ihm sowohl von Nationalkonservativen als auch von radikalen Linken zu Unrecht das Scheitern der Revolution von 1848/49 angelastet. Heute ist Heinrich von Gagern fast vergessen, und auch die akademische Geschichtsforschung befasst sich mit anderen Themen.



Endlich ist nun ein Buch erschienen, das sich mit der Politik der Gagerns vom Ende des Alten Reiches bis zur Gründung des Kaiserreichs befasst und an ein breites Publikum gerichtet ist. Weigelt hat dafür die Darstellungen und Memoiren der Protagonisten, Editionen sowie das Familienarchiv der Familie von Gagern im Staatsarchiv Darmstadt ausgewertet. Er mischt geschickt die Erzählung privater und familiärer Ereignisse mit den Aktivitäten und Vorgängen auf der politischen Ebene. Durch viele Quellenzitate wird die Darstellung anschaulich und lebendig. Im Zentrum stehen dabei die Fragen nach der Rolle der Gagerns in der deutschen Demokratiegeschichte, nach ihrem Verhältnis zu Liberalismus und Nationalismus und ihrer Haltung zur sozialen Frage. Ausgangspunkt ist dabei der „Schwur auf dem Staufen“ der drei Brüder, die 1838 ihr gemeinsames Wirken für nationale Einigung und freiheitliche Verfassung bekräftigten. Beginnend mit dem Vater, folgt Weigelt dann den Lebenswegen der Protagonisten, wobei auch die Rollen und Persönlichkeiten der Frauen der Gagerns nicht zu kurz kommen.

Den größten Teil nimmt der politische Lebensweg Heinrich von Gagerns ein. Sein Weg vom Oppositionsführer im hessen-darmstädtischen Landtag zum Präsidenten der Nationalversammlung widerspricht, wie das Buch zeigt, dem irrigen Bild von doktrinäer, idealistischer Honoratiorenpolitik. Wie Gagern Netzwerkbildung über die Landesgrenzen hinweg betrieb, eine liberale „Mittelpartei“ auf der Grundlage von Vereinen und Gemeinden aufbaute und in der Nationalversammlung die Fraktionsbil-

dung förderte, war für den Parlamentarismus und das politische Parteiwesen in Deutschland wegweisend. Heinrich von Gagern war ein rhetorisches Ausnahmetalent und konnte mit vieldeutigen Formulierungen Mehrheiten im Parlament gewinnen. Er war Pragmatiker und konnte auch über Parteigrenzen hinweg tragfähige Kompromisse und Bündnisse schließen – die Verabschiedung der Reichsverfassung am 27. März 1849 beruhte auf so einem Pakt mit der demokratischen Linken in der Nationalversammlung. Es ist ein großes Verdienst von Weigelt, diese Tatsachen vor Augen geführt und Legenden der Verächter Gagerns zertrümmert zu haben.

Einige wenige kleinere Fehler sind zu monieren, so hat Friedrich Daniel Bassermann bereits am 12. Februar 1848 in der badischen Zweiten Kammer eine Vertretung der deutschen Landtage am Bundestag verlangt (S. 146) und die Zahl von angeblich 303 Toten in Berlin im März 1848 ist zu hoch gegriffen (S. 160). Bedauerlich ist, dass Weigelt seine Darstellung in eine „deutsche Demokratiegeschichte“ einbettet und damit der Problematik teleologischer Engführungen in historischer Perspektive nicht entgeht. So räumt er zwar ein, dass sich die Gagerns nicht als Demokraten verstanden haben und erweiterten Mitwirkungsrechten der Bevölkerung ablehnend gegenüberstanden, sieht sie aber dennoch als „Teil der deutschen Demokratiebewegung“ (S. 276). Zweifellos war Heinrich von Gagern als hessendarmstädtischer Ministerpräsident und als Abgeordneter der Nationalversammlung für den deutschen Parlamentarismus wegweisend. Er ließ sich auf das Spiel mit der politischen Öffentlichkeit ein, akzeptierte bis zu einem gewissen Grad die Volkssouveränität und half 1849 mit, das demokratische Wahlrecht der Reichsverfassung zu verabschieden. Der Rechtsstaat und nicht zuletzt die Grundrechte, die sich nicht nur gegen Eingriffe des Staates, sondern auch gegen Übergriffe illiberaler Mehrheiten richten, waren liberale Errungenschaften. Sie können nicht hoch genug bewertet werden und ohne sie ist unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht vorstellbar. Der Begriff „Pioniere der Demokratie“ sollte dennoch nicht für die Gagerns verwendet werden.

Indem sie eine familiäre Kontinuität vom Reformbeamtentum der napoleonischen Ära bis zum Liberalismus der Revolutionszeit schlägt, regt die Neuerscheinung zum Nachdenken über Fragen der Kontinuität im deutschen Liberalismus des frühen 19. Jahrhunderts an. Weigelt hat ein spannend geschriebenes Buch zu einem vernachlässigten, wichtigen Thema veröffentlicht, das zu Diskussionen über Freiheit und Demokratie in der deutschen Geschichte anzuregen vermag. Ihm ist eine breite Resonanz zu wünschen.

Ulm/Tübingen

Michael Wettengel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Konrad Canis: Konstruktiv gegen die Revolution. Strategie und Politik der preußischen Regierung 1848 bis 1850/51.

Paderborn: Brill Schöningh, 2022, 541 S., ISBN 978-3-506-70834-2

Der Fokus wird hier auf einen wichtigen, von der Revolutionsforschung seit langem eher unterbelichteten Aspekt der 1848er-Revolution gelenkt, das Agieren der preußischen Regierung. Der Autor kehrt damit gewissermaßen zu seinen wissenschaftlichen Anfängen zurück, die vor über einem halben Jahrhundert an der Universität Rostock begannen. Man könnte nun unwillkürlich fragen, was hat preußisches Regierungsverhalten mit Liberalismus-Forschung zu tun, es sei denn, man verstände diese auch als „Gegner-Forschung“?

Dabei liegt der Liberalismus-Bezug dieses Buches gleich mehrfach auf der Hand, wie schon ein Blick auf das Cover beweist: Dort ist die berühmte Szene zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und Johann Jacoby in Potsdam am 2. November 1848 abgebildet, aus der das geflügelte Wort hervorging: „Das ist das Unglück der Könige, dass sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ Beide stehen gewissermaßen stellvertretend für die Antagonisten zu den eigentlichen „Helden“ von Canis. In der Tat war die liberale Bewegung von 1848 und deren Mehrheiten in den Parlamenten in Frankfurt und Berlin natürlich ein zentraler Bezugspunkt der preußischen Regierung. Zugleich aber waren auch Liberale an der preußischen Staatsführung beteiligt, mit Ludolf Camphausen und David Hansemann stellten sie sogar zweimal kurzzeitig den Ministerpräsidenten. Gerade das liberale Großbürgertum aus dem Rheinland versuchte vor und nach der Märzrevolution nicht ohne Erfolg Einfluss auf den Regierungskurs in Berlin zu nehmen. Dieses sowie die für Veränderung offenen Adligen im Militär und in der Bürokratie stehen als „Vereinbarungs-Koalition“ im Mittelpunkt von Canis' monumentalem Werk.



Dieses ist weitgehend aus den edierten und unveröffentlichten Quellen geschrieben, was es neben dem überwiegend politikgeschichtlichen Ansatz gewissermaßen zu einem altmodischen Buch macht, was absolut nichts über die Qualität aussagt. Es setzt mit der trügerischen Ruhe in Berlin zu Beginn des Jahres 1848 ein und schildert dann in insgesamt elf Kapiteln die Entwicklung bis zum endgültigen Scheitern der Unions-Politik zum Jahreswechsel 1850/51. Die Gliederung orientiert sich zunächst an den im Vierteljahresrhythmus erfolgten Kabinettswechseln und folgt dann in fünf Etappen der Innen- und Außenpolitik des Kabinetts Brandenburg. Ausgenommen von diesem Schema sind das zweite Kapitel, das einen Rückblick auf die Entwicklung Preußens seit 1815 liefert, und der Schlussteil „Resümee und Ausblick“. Dieses längste Kapitel wirkt ein wenig wie ein Fremdkörper, da es zunächst noch einmal die vorangegangenen Kapitel zusammenfasst, was aber sinnvoll ist, weil mancher Leser oder manche Leserin bei den vielen vorherigen Details etwas den Überblick verlieren dürfte und so den Blick für das

Wesentliche schärfen kann. Und der Ausblick, der bis weit in die Bismarck-Zeit geht, ist für die Argumentation von Canis sehr wichtig.

Der Autor will die „Leyenda negra“ Preußens zurechtrücken, die nicht nur über weite Strecken die linksliberale Geschichtsschreibung und gerade auch die DDR-Geschichtswissenschaft bestimmt hat, sondern jüngst auch noch einmal im Umfeld der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fröhliche Urständ feierte.¹ Denn es gab auch zu diesem Zeitpunkt in der preußischen Elite Männer, die die Zeichen der Zeit in der Innen- und Deutschlandpolitik erkannt hatten und entsprechende Anpassungen anstrebten, ohne die Dinge revolutionär verändern zu wollen, allenfalls mittels „Revolution von oben“. Diese Personen bekamen mit den Ereignissen im Februar und März 1848 Auftrieb und suchten eine „Vereinbarung“ mit den vorwärtsdrängenden Kräften, teils durch deren Einbindung in die Staatsführung, teils durch parlamentarische Kompromisse. Solche „Einsichten“ in die Notwendigkeiten erfassenden auch Teile der regierenden Familie.

Der Throninhaber gehörte aber nicht dazu. Vom ihm zeichnet Canis immer wieder das düstere Bild eines „feigen Psychopathen“, der verschiedenen Einflüsterungen unterlag und so vor allem Chaos bewirkte, das dann immer wieder eingefangen werden musste (etwa S. 40 f., 340 f. und 428). Friedrich Wilhelm IV. wird allerdings auch als einziger unter den amtierenden Monarchen näher unter die Lupe genommen. Sein verwandtschaftliches Gegenbild ist – noch – nicht sein Bruder und Thronfolger (S. 438 f.), sondern sein Stiefonkel Graf von Brandenburg, der vom November 1848 bis zu seinem Tod zwei Jahre später die Regierungsgeschäfte leitete (vor allem S. 394 f.).

Die zentrale These von Canis ist, dass es in Preußen eine Kontinuität dieser von weitsichtigen Adligen und gemäßigten Liberalen getragenen verfassungs- und deutschlandpolitischen „Vereinbarungspolitik“ von den Märztagen bis zur Reichsgründung 1871 gegeben hat und dass dieser Kurs den Bedürfnissen der Zeit angemessen war. Die Zeit für ein parlamentarisches Regiment sei noch nicht angebrochen gewesen: „Allein die konstitutionelle Monarchie konnte die Perspektive sein“ (S. 25). Von diesem Ausgangspunkt kommen die Opponenten der Vereinbarungspolitik bei Canis nicht gut weg, einerseits natürlich die hochkonservative Camarilla um die Brüder Leopold, Ernst Ludwig und Otto von Gerlach, die den Zugang zum Monarchen hatten. Andererseits aber auch jene Liberalen und Demokraten in Berlin und Frankfurt, die eine Verfassungsgebung kraft eigener Vollmacht durchsetzen wollten und dabei oft ihre Macht überschätzten. Die Sympathien von Canis liegen eindeutig bei den gemäßigten Liberalen um die rheinischen Magnaten und den Angehörigen des späteren Gothaer Unions-Parlaments.

So kann Canis auch den Widerspruch in den Augen vieler Zeitgenossen und Nachgeborener erklären, dass Friedrich Wilhelm IV. die ihm von der Paulskirche angebotene Kaiserkrone im Frühjahr 1849 ablehnte, aber zeitgleich seine Regierung eine deutschlandpolitische Offensive begann, die ebenfalls auf einen preußisch geführten Bundesstaat hinauslief. Das Bemühen der Regierung in Berlin zielte naturgemäß immer darauf ab, das Heft in der Hand zu behalten und sich von niemanden etwas aufdrängen zu lassen, was zwar gegenüber den Nationalversammlungen in Frankfurt und Berlin gelang, aber nicht gegenüber den vereinten Großmächten, denen Preußen in der Olmützer Punktation 1850 nachgeben musste.

Insofern scheiterte die preußische Unionspolitik – vorerst. Aber für Canis steht Bismarck genau in dieser Tradition, und das Vorhaben von Brandenburg und Radowitz bildet letztlich die Blaupause für die Reichsgründung, die ab 1864 unter günstigeren innen- und außenpolitischen Umständen realisiert werden konnte, da nun weder neue revolutionäre Unruhen im Innern drohten, noch die Großmächte vereint gegen einen machtpolitischen Aufstieg Preußens standen. Auch innenpolitisch folgte der „Reichsgründer“ der „Vereinbarungspolitik“ von 1848/49, da er trotz aller Verwerfungen durch den

¹ Vgl. Freiraum H. 2/2022, S. 41 f.

Verfassungskonflikt den Ausgleich mit dem Großteil seiner liberalen Opponenten suchte und fand. Insofern zeigte sich auch auf liberaler Seite eine Kontinuität zwischen 1848 und 1866/67, von den „Gothaern“ zu den „Nationalliberalen“.

Das alles wird von Konrad Canis sehr detailliert und unter Einbeziehung der gesamten Forschung dargestellt; auch die DDR-Historiographie, für die das Thema Preußen 1848 im wahrsten Sinne des Wortes nahelag, kommt – durchaus kritisch hinterfragt (etwa S. 454) – zu ihrem Recht. Seine Herkunft von dort leugnet der Autor nicht.

Man kann sicherlich über die Verortung mancher Liberaler wie Max Duncker oder Karl Twesten streiten (vgl. S. 400 u. 439) und auch einwenden, dass die Darstellung etwas zu teleologisch auf die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage hinausläuft; die Möglichkeit eines Thronwechsels im September 1862 und dessen eventuelle Folgen für das Zusammenspiel von Monarch und Liberalismus werden beispielsweise nicht erwähnt. Aber unbestreitbar liegt hier ein Standardwerk zu einem wichtigen Teilaspekt der Revolution von 1848 und der Geschichte Preußens vor, an dem die Liberalismus-Forschung zukünftig nicht wird vorbeigehen können.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Andrea Hopp: Im Schatten des Staatsmanns. Johanna, Marie und Marguerite von Bismarck als adelige Akteurinnen (1824–1945).

Paderborn: Brill Schöningh, 2022 (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe, Bd. 30), 550 S., ISBN 978-3-506-70835-9

„Frauen um Bismarck“ – so könnte, etwas reißerisch und an den Stil der Boulevardpresse erinnernd, die Überschrift des hier zu besprechenden Bandes lauten. Stattdessen hat sich die Autorin, langjährige Leiterin des Standorts Schönhausen der Otto-von-Bismarck-Stiftung, für ein seriöses „Im Schatten des Staatsmanns“ entschieden. Sie ist als Expertin für die Geschichte des 19. Jahrhunderts vielfach ausgewiesen – vor allem durch ihre umfangreiche Editionstätigkeit im Rahmen der „Neuen Friedrichlsruher Ausgabe“. Ihre drei Fallbeispiele zeigen drei Frauen aus drei Generationen und in drei Funktionen. Johanna, Ottos Ehefrau; Marie, ihre gemeinsame Tochter; und schließlich Marguerite, die Schwiegertochter und Gattin des ältesten Sohnes Herbert.

Der Kontext dieser empirisch dichten Untersuchung wird von der Autorin in weit ausgreifenden Linien souverän skizziert. „Oben bleiben“ war das Motto des Adels in der durch die Französische Revolution, die Industrialisierung, die Entstehung des modernen Bürgertums und dessen zunehmendes Drängen auf Mitbestimmung ins Wanken geratenen Ordnung des 19. Jahrhunderts. Den Frauen kam dabei eine dreifache Rolle als Traditionsgarantinnen zu: biologisch durch die Fortführung des Familienstammbaums, inszenatorisch durch ihre Funktion für die Herstellung adlig-repräsentativer Öffentlichkeit und schließlich durch die Aufgabe, die Kinder „standesgemäß“ zu bilden und zu erziehen.

Die bekannteste der drei untersuchten Frauen um Bismarck ist ohne Zweifel Ottos Ehefrau Johanna. Mit engen Verbindungen zur pietistisch-hochkonservativen Kamarilla um die Gebrüder von Gerlach ausgestattet, gab die Geborene von Puttkamer dem als „toller Junker“ beargwöhnten Otto von Bismarck Halt, Orientierung – und Zugang zum Zentrum der Macht. Auf dem Weg dahin unterstützte sie ihn bedingungslos. Die Liebe der beiden zueinander war ebenso über jeden Zweifel erhaben, trotz der einen oder anderen Affäre Ottos. Soweit, so bekannt. Doch Johannas Bedeutung für das „Privatsystem Bismarck“ geht weit darüber hinaus, denn sie gestaltete es entscheidend mit. Hopp bestätigt die Erkenntnis quellen- und faktenreich, dass Johanna ganz und gar in der Rolle als Gutsherrin aufging. Doch die politische Karriere ihres Mannes sah sie durchaus kritisch. Natürlich bewunderte sie „ihren Otto“ bedingungslos, aber die Repräsentationspflichten, die ihr ab der Zeit als Gattin des Bundestagsgesandten in Frankfurt am Main 1851 bis zum Ende der Reichskanzlerschaft 1890 oblagen, kam sie nur aus verinnerlichtem Pflichtbewusstsein nach. Die äußerliche Prachtentfaltung des Hochadels widerstrebte ihrem pietistischen Kargheitsethos; gleichberechtigte Sozialkontakte mit Bürgerlichen aufzubauen, fiel



ihr aufgrund ihres ausgeprägten Standesdünkels schwer – Ausnahmen bestätigten die Regel. Und „Politik“ blieb für sie grundsätzlich anrühlich, weil sie nicht zu ihrem Lebensideal als Landadelige passte.

Offene Rebellion kam für sie nicht in Frage, aber ihren Eigensinn bewahrte sie sich – und baute, wo immer die Karriere ihres Mannes sie hinführte, eine private Gegenwelt auf, die der Abwehr der Zumutungen der modernen, bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, der industriellen Welt und des heraufziehenden Zeitalters der Massenkultur und Demokratisierung diene. Letztlich tat sich freilich ein Teufelskreis auf. Dadurch, dass Johanna „ihrem Otto“ ein sicheres Refugium vor den Zumutungen der modernen Politikwelt aufbaute, konnte er erfolgreich sein. Doch umso erfolgreicher er war, umso mehr drang die „moderne“ Politik ins adelige Heim ein. In der Folge wuchs der Hass auf alle tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner oder „illoyale“ Mitarbeiter, den Johanna in Otto zwar nicht entfacht, wohl aber bestärkt und kanalisiert hat. Johanna ließ dabei alle Contenance fallen; die Ehepartner bestätigten und bestärkten sich gegenseitig nicht nur in ihrer Liebe zueinander, sondern auch im Hass auf die Gegner. „Einander lieben, miteinander hassen“ ist daher auch das Kapitel über Johanna von Bismarck überschrieben.

Um „Familienzwänge und Adelsschranken“ geht es in dem zweiten, deutlich kürzeren empirischen Hauptteil, der der Tochter Marie von Bismarck gewidmet ist. Diese wuchs, anders als ihre Mutter, fast von Geburt an unter Beobachtung der adligen und bürgerlichen Öffentlichkeit auf. In vieler Hinsicht hochbegabt, litt sie unter den Zwängen ihres Standes und den auferlegten Beschränkungen ihres Geschlechts. Gleichwohl übernahm sie den familiären Standesdünkel und das abschätzige Reden über „die Politik“ von ihrer Mutter. Schicksalsschläge wie der Tod des Verlobten, Wendt zu Eulenburg, trafen sie freilich tief und führten wohl auch zum Rückzug in psychosomatische Gesundheitsstörungen. Ihr Potential konnte Marie daher nicht entfalten. Sie war in gewissem Sinn die große Verliererin der drei hier porträtierten Frauen, die zu Gunsten ihrer Brüder zurückstecken musste. Selbst als ihr Sohn „nach unten“ heiratete, rebellierte sie nicht etwa gegen den strengen Kodex, sondern brach den Kontakt zu ihm ab. Ihr Ehemann, Kuno von Rantzau, wurde dagegen schnell und gründlich in Ottos Arbeitsstab eingegliedert und dadurch „verbismarckt“.

Ebenfalls von der bisherigen Forschung wenig beachtet ist die Ehefrau von Johannas und Ottos Sohn Herbert, Marguerite Hoyos von Stichsenstein (1871–1945). Diese, aus einem ursprünglich spanischem, in österreichische Dienste getretenen Adelsgeschlecht stammend, verkörperte geradezu die Transnationalität des Adels. Im heutigen Rijeka/Kroatien geboren, mütterlicherseits mit der Familie des englischen Schiffs- und Torpedofabrikanten Robert Whitehead engstens verbandelt, war Marguerite noch stärker polyglott und international parkettsicher, als das bei einer Dame ihres Standes vorausgesetzt werden konnte. Als Herbert sich nach Ottos Entlassung auf das Familiengut in Schönhausen zurückzog, ging Marguerite zwar zunächst in den ihr obliegenden Pflichten als Gutsherrin auf. Aber erst nach Herberts relativ frühem Tod 1904 fand sie ihre wahre Aufgabe als Gralshüterin des Andenkens an ihren verehrten Schwiegervater – erst recht, als 1918 die Monarchie stürzte. Ihre Bedeutung für die Gestaltung des Familienarchivs kann kaum überschätzt werden, zumal sie selbst Einfluss auf die Deutung der Familiengeschichte durch Historiker zu nehmen versuchte, etwa indem sie Egmont Zechlins Darstellung von Ottos „Staatsstreichplänen“ ausdrücklich widersprach. In die Bismarck-Familie eingeheiratet zu haben, war auch Marguerite eine Verpflichtung zu unbedingter Loyalität gegenüber dem Reichsgründer, dessen Andenken über jeglichen Zweifel erhaben sein sollte. „Adel verpflichtet“ ist dieses Kapitel daher überschrieben. Mehr als ein Schatten ist freilich die Nähe Marguerites zu den NS-Machthabern, deren Indienstnahme des „Bismarck-Mythos“ sie nach Kräften förderte.

Zusammenfassend lassen sich drei Leitmotive ausmachen, die sich, in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung, durch alle drei hier präsentierten Biographien ziehen. Zum „Obenbleiben“ gehörte die Fähigkeit zur Selbstinszenierung und der Kampf um die Deutungshoheit über sich selbst, seine Familie,

die soziale Formation, der man sich verpflichtet sah. Hier, das macht Hopps Studie deutlich, waren die Bismarck-Frauen eigenständige Akteurinnen, die Funktionen übernahmen, die den Männern verschlossen waren. Um die vermeintlichen Zumutungen der „Moderne“ abzuwehren, bediente sich das Familienunternehmen Bismarck aber zunehmend selbst „moderner“ Mittel der Imagepflege. Das zweite Leitmotiv ist die unbedingte Loyalität zu Otto, der unbestritten das Zentralgestirn des Familienuniversums war und durch alle Zeitläufte blieb. Das dritte Leitmotiv war die Verachtung für Liberalismus, Parlamentarismus und Demokratie. Hinzu kam die Abneigung, oft zu blankem Hass gesteigert, gegen alles „Jüdische“, ungeachtet einzelner Freundschaften zu jüdischen Individuen. Während sich Otto öffentlich eine gewisse Mäßigung auferlegen musste, ermöglichte es der von den Frauen dominierte private Bereich, allen Ressentiments freien Lauf zu lassen und sie wie in einer Echokammer permanent zu verstärken. Dadurch wird deutlich, wie stark auch Otto seinem Herkunftsmilieu verpflichtet blieb, auch wenn seine Politik vielfach pragmatischen Zwängen gehorchte.

Durch den dezidiert „weiblichen Blick“ auf die Familie Bismarck werden deren Mitglieder keineswegs „sympathischer“ – eher im Gegenteil. Hopps Studie bietet neues Anschauungsmaterial in Hülle und Fülle nicht nur für die Adelswelt von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, sondern auch dafür, warum es bis heute so schwierig, vielleicht unmöglich ist, das Leben und Wirken des „Reichsgründers“ mit einem auf Demokratie, Menschenrechte und Pluralismus aufbauendem politischen Selbstverständnis zu versöhnen.

Berlin

Christoph Jahr



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit





Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Andreas Schulz: Das Kaiserreich wird abgewählt. Wahlen in den schwarzburgischen Fürstentümern 1867 - 1918 und Deutschlands beginnende Demokratisierung.

Wien/Köln: Böhlau Verlag, 2021 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Kleine Reihe, Bd. 61), 573 S., zahlr. Abb. u. Tab., ISBN 978-3-412-52302-2

Dem Buch liegt eine Dissertation zugrunde, mit der Andreas Schulz im Sommersemester 2019 von der Universität Jena promoviert worden ist. Im Zentrum steht das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt. Am 10. November 1911 hatten dort die Sozialdemokraten neun von sechzehn Landtagsmandaten errungen. Kurz darauf wählte diese Mehrheit den Sozialdemokraten Franz Winters zum Landtagspräsidenten, ein Ereignis, das für Schulz epochalen Charakter besitzt: „das bedeutete nichts geringeres, als dass nun in Deutschland und Europa, sondern überhaupt außerhalb Australiens ein Sozialdemokrat in das höchste auf demokratischem Wege zu erlangende Amt gelangt war“ (S. 12).

1912 kam es erneut zu einem Urnengang, bei dem die Sozialdemokraten ihre Mehrheit verteidigten. Der Verfasser zieht daraus die Schlussfolgerung, dass „nirgendwo sonst“ das 1867/71 geschaffene politische System „stärker herausgefordert worden [sei] als am Fuße des Kyffhäusers und in den Tälern von Schwarzta und Saale“ (ebd.).

Seine Untersuchung gliedert Andreas Schulz in neun Abschnitte. Nach einer Einleitung und Ausführungen über die Wahlkreiseinteilung folgen zwei Abschnitte, in denen er die Rahmenbedingungen und Probleme der Wahlfreiheit abhandelt. Den Schwerpunkt bilden zwei große Abschnitte über die Reichstagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Thüringen sowie über die Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt. Zwei kürzere Abschnitte über das „Landtagswahlverhalten im Kaiserreich“ und „Das sozialdemokratische Landtagspräsidium“ samt einer Zusammenfassung schließen die Arbeit ab. Der Untersuchung liegen vor allem die Landtags- und Reichstagsprotokolle zugrunde, hinzu kommen Aktenbestände des Landesarchivs Thüringen sowie Tages- und Wochenzeitschriften.

Andreas Schulz begnügt sich nicht mit einer chronologischen Darstellung der Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt. Vielmehr arbeitet er mit einem aus der Politikwissenschaft gewonnenen theoretischen Bezugsrahmen – der These vom „Präsidentialismus“ und dem Demokratiemodell von Dankwart Rustow. Beides nimmt eine zentrale Rolle in der Argumentation des Verfassers ein: Demzufolge verlaufen Demokratisierungsprozesse in vier Stadien: Zuerst entsteht ein Nationalstaat, der einen politischen Rahmen für Demokratisierungsprozesse bildet; dann entwickelt sich „ein zweipoliges Lager-system“, dass sich heftig bekämpft. Wenn beide Lager erkennen, dass sie nicht stark genug sind, um



den Gegner zu besiegen, kommt es zu einem „Erschöpfungsfrieden“, der in der dritten Phase die Einübung demokratischer Gepflogenheiten ermöglicht, die sich dann in der vierten Phase stabilisieren (vgl. S. 70 ff.).

Lassen sich historische Ereignisse in einer Weise unter ein Modell subsumieren, wie der Tatbestand unter den Obersatz in der Rechtswissenschaft? Andreas Schulz ist davon überzeugt und so erlangt für ihn das Demokratiemodell von Rüstow fast kanonische Gültigkeit bei der Analyse von historischen Prozessen. Entsprechend diesem Ansatz bewertet er auch die Entscheidungen der Parteien in der Entstehungsphase der Weimarer Republik sehr grundsätzlich: „[...] indem SPD und DDP ein Bündnis mit dem Zentrum eingingen, verpasste(n) sie die Gelegenheit, den neuen Staat zum Projekt der Linken – wozu gesamtdeutsch auch die DDP gezählt werden darf – zu machen und die Ausbildung einer geschlossenen Rechten als Opposition zu ermöglichen“ (S. 76). Dabei ist die Einschätzung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) 1919 als Kraft eines linken Lagers nicht unproblematisch, war eine Koalition aus USPD, SPD und den Demokraten doch kaum vorstellbar. Zudem überschätzt dieser Ansatz auch die Kompromissbereitschaft der USPD und nicht zuletzt der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber ihrer linken Abspaltung.

Der Verlauf der innenpolitischen Entwicklung in Schwarzburg-Rudolstadt in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts beweist in den Augen von Schulz die Gültigkeit des Modells von Dankwart Rüstow (vgl. S. 388). Dabei überschätzt der Autor m.E. die Auswirkungen des sozialdemokratischen Wahlerfolgs von 1912 erheblich, wenn er hierin und in den folgenden Verfassungsauseinandersetzungen in Schwarzburg-Rudolstadt eine verpasste Gelegenheit sieht: Die Ereignisse hätten zum „Ausgangspunkt der weiteren Demokratisierung Deutschlands“ werden können, wenn die Sozialdemokratie mit ihrer Parlamentsmehrheit auf Konfrontationskurs gegangen wäre (S. 438). Die SPD habe sich aber „in entscheidenden Momenten als zu handzahn“ erwiesen (ebd.).

Die Regierung des Landes hatte den Staatsrechtler Paul Laband um ein Gutachten gebeten. Der angesehene Jurist kam zu dem Schluss, dass der Ministerpräsident im Bundesrat die Bundesexekution nach Art. 19 der Reichsverfassung beantragen könne, falls die sozialdemokratische Mehrheit im Land ein ordnungsgemäßes Budget verhindern würde, sodass keine Matrikularbeiträge an das Reich abgeführt werden könnten. Oder man hätte mit der Mehrheit des Landtages den Bundesrat oder den Reichstag gemäß Art. 76 S. 2 der Reichsverfassung (nicht Art. 76 Abs. 2, wie Schulz schreibt) um Vermittlung bitten können. Diesen Weg hielt Laband angesichts „der Mehrheitsverhältnisse im Landtag für aussichtslos“ (S. 438). Bei der Reichsexekution wäre kein Beschluss des Reichstages erforderlich gewesen, wohl aber die Gegenzeichnung des Reichskanzlers für den Befehl zur Vollstreckung der Bundesexekution durch den Kaiser.

Aus der Existenz dieses Gutachtens leitet Schulz eine Kette von Mutmaßungen ab, die mehr als fraglich sind und die Grenzen dessen, was man noch als kontrafaktisches Denken akzeptieren kann, eindeutig überschreiten. Erst spekuliert er über die Folgen eines Antrages auf Bundesexekution gemäß Art. 19 der Reichsverfassung, um dann wiederum die Gültigkeit des Modells von Rüstow am Beispiel von Portugal, Italien, Spanien und Griechenland auf etwas mehr als einer Seite zu beweisen (vgl. S. 441f.). Worin der Bezug zu den Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt liegt, hat sich der Rezensentin nicht erschlossen.

So kommt Schulz hinsichtlich der Landtagswahl 1912 zu Schlussfolgerungen, die mehr als überraschen. Statt den sicher interessanten und bisher wenig beachteten Sachverhalt in die Diskussion um die Reformfähigkeit des Kaiserreiches einzuordnen, unternimmt der Autor Streifzüge durch die europäische Geschichte. Für den Vergleich mit Griechenland, um nur ein Beispiel zu nennen, wird ein Buch herangezogen. Bei der Analyse des Verhaltens der Sozialdemokraten im Land und im Reich fehlen in den Fußnoten Verweise auf die einschlägige Literatur zur Geschichte der Sozialdemokratie.

Ob der Wahlsieg der SPD 1912 wirklich als innenpolitisches Erdbeben – vergleichbar mit der Daily-Telegraph-Affäre oder dem Zabern-Zwischenfall – gewertet werden kann, ist fraglich. Immerhin kommt Schulz das Verdienst zu, ein bisher vernachlässigtes landesgeschichtliches Thema zur Diskussion zu stellen.

Köln

Katharina Kellmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Sebastian Teupe: Zeit des Geldes. Die Deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923.

Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2022, 336 S., ISBN 978-3-593-51499-4

Im Jahr 2023 jährt sich das Ende der Hyperinflation in Deutschland zum hundertsten Mal. Die Erfahrungen aus den Jahren 1922/23 sind tief im kollektiven Gedächtnis verankert. Im politischen Diskurs sind sie bis heute wirkmächtig. Das lässt sich seit dem letzten Jahr gut beobachten: Die wieder anziehende Inflationsrate in allen wichtigen Volkswirtschaften und die zu treffenden Gegenmaßnahmen werden in Deutschland mehr als anderswo vor der Drohkulisse einer Hyperinflation diskutiert. Oft wird darum vom deutschen „Inflationstrauma“ gesprochen.

Differenzierte Darstellungen des Inflationsgeschehens vor 100 Jahren in Deutschland sowie der damaligen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge sind unverzichtbar, um die heutigen Debatten, aber auch viele politische Richtungsentscheidungen späterer Jahre richtig einordnen zu können. Aus der Perspektive des Liberalismus ist ein umfassendes Bild besonders notwendig, da einerseits die Wirtschafts- und Finanzpolitik von jeher zu den wichtigsten Kompetenzfeldern liberaler Parteien gehören, andererseits liberale Theoretiker wesentliche Beiträge auf diesem Feld geleistet haben.



Der Rezensent war zunächst skeptisch, ob eine neue Darstellung, abgesehen von der Einbeziehung aktueller Forschungsergebnisse zu Detailfragen, viel Neues zu den zahlreichen Analysen hinzufügen könne, die es bereits gibt. Diese Skepsis erwies sich als in keiner Weise gerechtfertigt. Dem Autor Sebastian Teupe gelingt es, das Themenfeld aus verschiedenen originellen Perspektiven auszuleuchten. Er entwirft ein schlüssiges Gesamtbild, das sowohl für die historische Einordnung der Ereignisse selbst als auch für die Reflexion über politische Schlussfolgerungen sehr wertvoll ist.

Oft konzentrieren sich Arbeiten über die Inflation im diskutierten Zeitraum auf die Frage nach den Ursachen, oft nach der einer umfassenden Erklärung. Der Autor erläutert die konkurrierenden Denkschulen knapp und präzise – die Quantitätstheorie und die Zahlungsbilanztheorie. Immer wieder kommen liberale Theoretiker zu Wort, etwa Ludwig von Mises und Walter Eucken. Schon im einleitenden, eher theoretischen Kapitel wird aber deutlich, dass es Sebastian Teupe nicht vor allem darum geht, wer in dieser Debatte recht hat. Es geht ihm vielmehr darum, die verschiedenen Theorien als Orientierungspunkte in einem komplexen Geschehen, aber nicht als allein gültige Erklärungen mit eindeutigen politischen Schlussfolgerungen zu präsentieren. Gleichzeitig ordnet er die verschiedenen theoretischen Argumente immer wieder in die konkreten politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein – nicht nur in der Zeit der Inflation selbst, sondern auch in den darauf folgenden langen Phasen ihrer politischen und gesellschaftlichen Rezeption.

Wichtig für das Verständnis historischer Phänomene ist ihre Einordnung in größere, allgemeinere Entwicklungen – sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Hinsicht. Das gelingt dem Autor auf verschiedene Weise. Schon im Titel des Buches zeigt sich die Bedeutung der Vorgeschichte der Hyperinflation, insbesondere der bereits vorher bestehenden Inflation. Ohne den ersten Weltkrieg und die Mechanismen der Finanzierung seiner gewaltigen Kosten lässt sich das Geschehen nicht verstehen. Die Darstellung ist konzise und trotz der im Gesamtkontext gebotenen Knappheit sehr gut nachvollziehbar. Auch der Vergleich mit den Entwicklungen in anderen europäischen Staaten leistet einen wichtigen Beitrag zum Gesamtverständnis – oft dramatische inflationäre Entwicklungen gab es in vielen Staaten, sie mündeten jedoch nicht in eine Hyperinflation deutschen Ausmaßes.

Von besonderer Bedeutung für den Verlauf der geldpolitischen Entwicklungen waren die Reparationszahlungen, die Deutschland in Folge des ersten Weltkrieges leisten musste. Auf der deutschen Seite, aber auch auf der Seite der Siegermächte, gab es zu diesem Thema heftige innenpolitische Auseinandersetzungen über den Umgang mit den Reparationsforderungen gegenüber Deutschland, die zwar vertraglich fixiert, in den Ausführungsdetails jedoch Gegenstand weiterer Verhandlungen waren. Neben der Frage der Zahlungsfähigkeit des Staates sind die Auswirkungen auf die Wechselkurse wichtig.

Erklärtes Ziel des Autors ist es, die Entwicklung der Inflation und des Umgangs mit ihr aus der Perspektive der Zeitgenossen und ihrer Handlungsmöglichkeiten zu analysieren. Dabei ist es wichtig, die zentralen Einflüsse auf die Entscheidungen der einzelnen aus der konkreten, sich in diesem historisch kurzen Zeitraum immer wieder schnell verändernden Wahrnehmung der Zeitgenossen zu beleuchten. Interessant sind z.B. die Verweise darauf, dass die heute als einheitliche, auf einen Endpunkt hin orientierte Entwicklung zur Hyperinflation genau das aus der Sicht der Zeitgenossen nicht war: eindeutig und einheitlich. Die Menschen lebten in einem politisch und wirtschaftlich extrem instabilen Umfeld mit kurzen Stabilisierungsphasen, an die sie sich immer wieder anpassen mussten.

Wichtig sind die Wege, die nicht beschritten wurden und aufgrund der politischen Gemengelage auch nur schwer gegangen werden konnten. Der Autor betont vor allem, dass eine schnell wirksame Konsolidierung der Staatseinnahmen durch ein verbessertes Steuersystem kaum durchsetzbar war. Das gilt auch für eine rigide Staatspolitik. Ebenso befand sich die Zentralbank in einem schwer auflösbaren Spannungsfeld zwischen dem Versuch, den Geldwert zu stabilisieren, und dem Ziel, den Staat zahlungsfähig und die Wirtschaft am Laufen zu halten. Die plastische Darstellung der verschiedenen Wahrnehmungen und Handlungsräume gelingt sehr gut, sowohl bei den Rahmenbedingungen und Handlungsalternativen, vor denen die politisch Verantwortlichen in Regierung und Reichsbank standen, als auch bei den Auswirkungen auf das Handeln verschiedener Wirtschaftssubjekte, von abhängig Beschäftigten bis hin zu Unternehmern verschiedener Branchen.

Sozialgeschichtlich besonders erhellend ist das dritte Kapitel, in dem der Weg einer Reichsbanknote im Wert von 100.000 Mark verfolgt wird. Die fiktive Geschichte ist gut zu lesen und illustriert hervorragend die vielen, oft kurzfristig zu treffenden Entscheidungen, vor denen die einzelnen Handelnden standen. Sie zeigt Gewinner und Verlierer und macht gleichzeitig fassbar, wie schnell diese Rollen wechseln konnten.

Liberalen Politiker haben in der Zeit der Inflation und bei ihrer Beendigung eine wichtige Rolle gespielt, die immer wieder zur Sprache kommt. Als wichtigen Wendepunkt identifiziert Teupe die Ermordung von Walther Rathenau, den von der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) gestellten Außenminister, am 24. Juni 1922. Rathenau stand im Ausland für eine konstruktive Politik und versuchte, Vertrauen aufzubauen, um Deutschland eine wirtschaftliche und politische Perspektive zu verschaffen. Den Vertrauensschwund in die deutsche Politik im Ausland belegte der sich immer mehr beschleunigende Kursverlust der Mark gegenüber dem Dollar – wenn dieser auch immer noch von Erholungspha-

sen unterbrochen wurde. Unter der Führung von Gustav Stresemann, Reichskanzler aus der national-liberalen Deutschen Volkspartei (DVP), gelang es dann schließlich, die Hyperinflation zu beenden. Die übergangsweise Einführung der Rentenmark und gezielte Interventionen, verbunden mit einem Arrangement, das viele Interessen in einem Kompromiss wenigstens teilweise befriedigte, machten das möglich.

Zum Ende seiner Arbeit beschäftigt sich der Autor noch mit der Zeit zwischen der Inflationserfahrung und der heutigen Zeit, wobei er das Narrativ eines kontinuierlich vorhandenen Inflationstraumas im deutschen politischen Bewusstsein mit Argumenten infrage stellt, die nicht so leicht von der Hand zu weisen sind. Hier bietet sich Raum für weitere fruchtbringende Analysen.

Zwei aus der Sicht des Rezensenten nicht entscheidende, aber doch nicht zu ignorierende Kritikpunkte sollen nicht verschwiegen werden: Erstens fällt die wiederholte Verwendung eines Begriffes auf, der in der Weimarer Republik ein stark aufgeladener politischer Kampfbegriff war: „Erfüllungspolitiker“. Er diene vor allem der Hetze gegen Politiker, denen insbesondere von der Rechten vorgeworfen wurde, den Reparationsforderungen zu weit entgegenzukommen und damit deutsche Interessen zu verraten. Er ist Teil des Narrativs, mit dem politische Gewalt und Mord gerechtfertigt wurden. Deshalb erscheint die Verwendung als neutral wirkende Kategorie unangebracht, zumal sie sicher nicht von den Betroffenen als Selbstbeschreibung genutzt worden wäre. Zweitens sollte ein Buch, dass so viele Quellen zusammenbringt und verschiedenartige Perspektiven beschreibt, ein Namensregister enthalten. In einer möglichen zweiten Auflage könnte dieser Mangel behoben werden.

Das ändert jedoch nichts daran, dass es dem Autor in seiner angenehm flüssigen, sprachlich lebendigen Darstellung gelungen ist, originelle und neue Perspektiven zu eröffnen. Damit ist dieses Buch ein wichtiger Beitrag, nicht nur zur historischen Debatte, sondern auch zu aktuellen politischen Diskussionen.

Berlin

Sascha Tamm



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Benjamin Dürr: Erzberger. Der gehasste Versöhner. Biografie eines Weimarer Politikers.

Berlin: Christoph Links Verlag, 2021, 311 S., ISBN 978-3-96289-9

„Fort mit Erzberger!“ – diese von Karl Helfferich herausgegebene Schmähschrift wurde in rechtsradikalen Kreisen wörtlich und als Aufforderung zum politischen Mord genommen. Am 26. August 1921 wurde Matthias Erzberger aus nächster Nähe erschossen.

Benjamin Dürr bietet eine überzeugende, präzise recherchierte und gut lesbare Erzberger-Biografie. Dieser entstammte einfachsten katholischen Verhältnissen aus einem Dorf auf der Schwäbischen Alb. Vom Pfarrer und Lehrern gefördert, wurde er Volksschullehrer, jedoch bald Redakteur und Publizist. Als engagierter „Volksanwalt“ fiel er dem Vorsitzenden der württembergischen Zentrumsparterie, Adolf Gröber, auf, der dafür sorgte, dass Erzberger 1903 für das Zentrum in den Reichstag gewählt wurde. Mit gerade 28 Jahren war er der jüngste Abgeordnete. Er entschied sich, mit seiner Familie nach Berlin umzuziehen, statt wie die meisten Abgeordneten zu den Sitzungen aus der Heimat in die Hauptstadt zu pendeln. Dies ermöglichte ihm, sich vollständig der Politik zu widmen, ohne Adelstitel, ungedient, ohne Hochschulabschluss, ohne Landbesitz oder Industriellenverwandtschaft. Nicht nur sein schwäbischer Dialekt ließ ihn stets als provinziell wirken. Harry Graf Kessler beschrieb Erzberger nicht gerade schmeichelhaft mit „seinen drolligen Hosen, die über Korkenzieherfalten in einem Vollmondhintern mündeten, seine breiten, untersetzten Bauernschultern, die un gelenken Bewegungen und die prallen Wangen“ (S. 10). Kein Wunder auch, dass er regelrecht zur Karikatur animierte.



Aber bald machte dieser Provinzler von sich Reden. Fleißig, ehrgeizig und kaum einen Konflikt auslassend, wurde er „zum Gesicht eines neuen Politikertypus, der unerschrocken, volksnah und medienwirksam die Macht der alten Eliten im Kaiserreich und der eigenen Partei in Frage stellte“ (S. 40). Er konnte sich als Experte für Finanzfragen profilieren. Als Mitglied der Budgetkommission kontrollierte und kritisierte er vor allem die kaiserliche Finanzpolitik. 1905/06 erregte Erzberger Aufsehen mit seinen kolonialpolitischen Attacken. Er prangerte Missmanagement der deutschen Verwaltung und vor allem Geldverschwendung in den afrikanischen Kolonien an. Schon damals kam es zur Gegnerschaft mit Karl Helfferich, der im Reichskolonialamt tätig war. Dessen parallel dargestellte Biografie ist konzeptionell wirkungsvoll. Es kam zur Reichstagsauflösung und schließlich 1907 zu Neuwahlen.

Der Autor differenziert. Er charakterisiert Erzberger als angepasst, indem er ihn beispielsweise als Befürworter des Flottenwettrüstens kritisiert. Generell bezeichnet er Erzbergers Blick auf die Außenpolitik als „simpel und undifferenziert, seine Haltung nationalistisch und patriotisch“ (S. 72). Erzberger wurde im Krieg „zum regsamen Außenpolitiker“, der sich „aggressiv und bedenkenlos für die deut-

schen – und katholischen – Interessen einsetzte“ (S. 110). Als ehrenamtlicher Leiter der Auslandspropaganda pendelte er zwischen Rom, Wien und Konstantinopel, wo er auch die genozidale Vertreibung der Armenier ansprach, allerdings erfolglos. Im Vatikan wurde er von Papst Benedikt XV. empfangen. Vor allem Erzbergers Haltung in der Judenfrage war alles andere als ausgewogen. So habe er die „Juden-zählung“ während des Ersten Weltkrieges unterstützt. Auch bei den zu erkämpfenden Kriegszielen war er alles andere als zurückhaltend. Erst als es offensichtlich wurde, dass der Krieg nicht zu gewinnen war, änderte Erzberger seine Haltung. 1917 trat er im Interfraktionellen Ausschuss für eine gemäßigte Friedensresolution ein. Er war es schließlich, der am 11. November 1918 in Compiègne den Waffenstillstand mit Frankreich aushandelte. Ende 1918 gründete er mit den Liberalen Walther Schücking und Ernst Jäckh die „Deutsche Liga für Völkerbund“. Mit den Bedingungen des Versailler Vertrages war Erzberger alles andere als einverstanden, trat aber aus realpolitischen Erwägungen für die Unterzeichnung ein.

Im Gegensatz zu vielen vor allem süddeutschen Politikern, so auch zum Zentrum, war Erzberger ein Zentralist. Er war bemüht um die Einheit des Reiches, ja er wollte diese vollenden. Die erste große in die Zukunft weisende Maßnahme war die „Vereichlichung“, also die Zusammenlegung der insgesamt sieben Landeseisenbahnen zur zentralen Reichsbahn.

Als Erzberger Finanzminister wurde, lag die Wirtschaft am Boden. In seiner Antrittsrede bezeichnete er Helfferich als den „leichtfertigsten aller Finanzminister“, der Deutschland während des Krieges in den finanziellen Ruin gesteuert habe. Um nicht den Staatsbankrott zu erklären, strebte er eine grundlegende Reichsfinanzreform an. Dabei konnte er auf Vorarbeiten seines Hauses zurückgreifen. Bislang hatte das Reich nur marginale Steuern erheben können und war finanziell von den Ländern abhängig; Erzberger kehrte die Einseitigkeit regelrecht um, indem die Länder vom Zentralstaat finanziell abhängig wurden. Und überall in Deutschland sollten die gleichen Steuertarife gelten und die Reichsabgabenordnung nach Einkommen und Besitz gestaffelt werden, so dass steuerpflichtige Einkommen bis zu 60 Prozent besteuert wurden. Innerhalb weniger Monate bekam Deutschland ein neues Steuer- und Finanzsystem, das für mehr Effizienz und Gerechtigkeit sorgte. „Die Erzbergersche Finanzreform sollte damit als ‚größtes Reformwerk‘ in die deutsche Steuer- und Finanzgeschichte eingehen“ (S. 203).

Spätestens jetzt galt Erzberger für konservative, nationale und rechte Kreise als Vaterlandsverräter und als Hauptgegner in der sogenannten Dolchstoß-Legende. Er wurde zur Zielscheibe schlimmster Hassorgien. Und es war Karl Helfferich, der ihm den offenen Kampf ansagte. Er warf ihm Veruntreuung und Vorteilsnahme während des Krieges vor. Im von Erzberger angestrebten Beleidigungsprozess konnte Helfferich öffentlichkeitswirksam seine Verschwörungstheorien befeuern. Das Gericht erkannte viele behauptete Anwürfe als berechtigt an und verurteilte Helfferich nur zu einer lächerlichen Geldstrafe von 300 Mark. Erzberger erklärte seinen Rücktritt als Finanzminister, seine „Karriere war zu Ende“ (S. 216). Im Schwarzwald, wo er sich mit seiner Familie erholen und sein politisches Comeback vorbereiten wollte, wurde er ermordet.

Es stellte sich schnell heraus, dass seine beiden Mörder keine Einzeltäter waren, sondern eng vernetzt der „Organisation Consul“ angehörten. Diese sollte auch im folgenden Jahr zum Attentat auf Walther Rathenau hetzen.

Heidelberg

Wolfgang Michalka



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit





Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Jutta Hoffritz: Totentanz. 1923 und seine Folgen.

Hamburg: Harper Collins, 2022, 336 S., ISBN 978-3-365-00130-1

Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma.

Aus dem Englischen v. Norbert Juraschitz. Berlin: Propyläen, 2022, 384 S., ISBN 978-3-549-10030-1

Peter Longerich: Außer Kontrolle. Deutschland 1923.

Graz: Molden Verlag, 2022, 320 S., ISBN 978-3-222-15102-6

Volker Ullrich: Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund.

München: C.H.Beck, 2022, 441 S., 25 Abb., ISBN 978-3-406-79103-1



1923 stand die Weimarer Republik am Abgrund: Die Ruhrbesetzung, die Hyperinflation, die Putschversuche von Links- und Rechtsextremisten sowie der Separatismus im Westen stellten elementare Bedrohungen des neuen Staates dar. In seiner Autobiographie „Die Welt von gestern“ bekannte Stefan Zweig rückblickend, dass die Geschichte „nie eine ähnliche Tollhauszeit in solchen riesigen Proportionen produziert“ habe, eine Zeit, in der Krisengewinnler rauschende Feste in Nachtclubs feierten, während Not und Elend für einen Großteil der Bevölkerung zum Alltag gehörten. Zum Zentenarium dieses spannungsgeladenen Krisenjahres erschien eine wahre Flut an Publikationen, deren Interesse sich letztlich mit den wachsenden inneren und äußeren Bedrohungen der Demokratie im 21. Jahrhundert und der damit verbundenen Aktualität der Fragestellungen erklärt.

Von den zahlreichen Büchern sollen im Folgenden vier vorgestellt werden: Zum einen das Buch „Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund“ des Publizisten und langjährigen Ressortleiters der Wochenzeitschrift „Die Zeit“, Volker Ullrich, der Band „Außer Kontrolle“ des Zeithistorikers Peter Longerich,

zuletzt Professor an der Bundeswehruniversität in München, dann „1923. Ein deutsches Trauma“ des in Dublin lehrenden Mark Jones und schließlich das Buch „Totentanz. 1923 und seine Folgen“ der Journalistin Jutta Hoffritz.

Die Bücher von Ullrich, Longerich und Jones versuchen das Knäuel der verschiedenen Krisenstränge auf jeweils unterschiedliche Art zu entwirren und die Fäden neu zu ordnen. Sie folgen zwar in der Regel der Chronologie der Ereignisse, durchbrechen aber diese Abfolge, um in unterschiedlicher Gewichtung auf die strukturellen Probleme jener Zeit einzugehen. Dabei wird nicht nur die Perspektive der damaligen Akteure, der Minister, Politiker, Generäle, Industriellen und Extremisten, sondern wie bei Jones auch ein mikrohistorischer Ansatz gewählt, der sich den Vorgängen vor Ort detailliert zuwendet. Wenn auch dieselben Ereignisse und Probleme behandelt werden, kommen die Autoren interessanterweise doch zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen bei der Bewertung der Ereignisse und ihrer Folgen. Das Werk von Hoffritz fällt hierbei aus dem Rahmen, weil die Entwicklung jenes Jahres aus der Sicht einiger weniger Protagonisten gespiegelt wird und der stakkatohafte Stil von der gefälligen Erzählweise der drei eben genannten Autoren differiert.

Eine gelungene Gesamtdarstellung des Krisenjahres 1923 bietet der namhafte Journalist und Historiker Volker Ullrich. Auf gut 400 Seiten breitet er ein umfänglich gefächertes Tableau der einzelnen Ereignisstränge und Krisenfelder aus. In neun Kapiteln werden die Besetzung des Ruhrgebiets und der passive Widerstand bis zum Sturz der Regierung Cuno, die Ursachen und Folgen der Hyperinflation, die Bildung der Regierung Stresemann und der Abbruch des passiven Widerstandes, die Umsturzpläne der Kommunisten, der Rechtskonservativen und Rechtsextremisten, der Separatismus im Rheinland und in der Pfalz und die mit der Einführung der Rentenmark erfolgende Währungsreform behandelt. Ausgesprochen lesenswert ist das achte Kapitel, das sich von der Darstellung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergangs deutlich abhebt, indem es die damals in voller Blüte stehende Kultur der Weimarer Republik zu ihrem Recht kommen lässt. Das letzte Kapitel bietet schließlich einen vielleicht etwas zu lang geratenen Ausblick auf das Jahr 1924, das mit dem Dawes-Plan eine vorläufige Regelung des Reparationsproblems brachte.

Ullrich zeichnet nicht nur die großen politischen Linien nach, sondern lässt auch die Zeitgenossen in Briefen, Erinnerungen und Tagebuchaufzeichnungen zu Wort kommen. Die Ereignisse werden „in ihrem „Eigenrecht“ und nicht unter der Perspektive des Scheiterns der Republik gesehen, um das „Ausmaß der Gefährdungen“, aber auch die „Chancen einer Stabilisierung“ einschätzen zu können (S. 13). Hervorgehoben werden die Leistungen Stresemanns in der Innen- und Außenpolitik (Abbruch des passiven Widerstands als Voraussetzung für eine außenpolitische Entspannung, Einführung der Rentenmark). Nicht zuletzt bei der Bekämpfung der verschiedenen Umsturzbestrebungen habe der Reichskanzler „sich als entschlossener Verteidiger der verfassungsmäßigen Ordnung und des parlamentarischen Systems erwiesen“ (S. 258). Die erfolgreiche Behauptung der Weimarer Republik angesichts der extremen Belastungen dieses Jahres sei, so Ullrich, „in jedem Fall ein starkes Argument gegen die Annahme, sie sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen“ (S. 13).

Longerich wiederum gliedert sein Buch in acht Kapitel, die den Spannungsbogen vom „Vorraum der Krise“ (Besetzung des Ruhrgebiets, passiver Widerstand) über die „Zuspitzung“ (Abbruch des „Ruhrkampfes“, Krisenherde in Sachsen und Bayern) und der „Eskalation“ (kommunistischer Aufstand in Hamburg, Reichsexekution gegen Sachsen und Krise zwischen Bayern und dem Reich) bis hin zur „Entladung“ durch den Hitler-Ludendorff-Putsch vom 8./9. November 1923 schlagen. Im Mittelpunkt des Bandes stehen nicht nur die Geschehnisse jenes Jahres, sondern auch die Analyse der Strukturprobleme des Reiches nach 1918. Die krisenhafte „Situation des Jahres 1923“, so Longerich, sei „nicht einfach durch den Zusammenprall verschiedener Konfliktlagen zur Krise“ eskaliert (S. 11), sondern

wurde durch die politische Rechte bewusst forciert, um den Einfluss der politischen Linken zu beseitigen und die Weimarer Republik durch die Errichtung einer nationalen Diktatur zu liquidieren. Da Longerichs Forschungsschwerpunkt auf der Geschichte des Nationalsozialismus liegt, mag es nicht überraschen, dass der Aufschwung des Rechtsradikalismus im Mittelpunkt der Arbeit steht und die Erzählung mit dem Hitler-Putsch endet. Angesichts der Dominanz dieses „braunen“ Erzählstrangs bleibt die Darstellung der kommunistischen Umsturzpläne nachrangig. Der Separatismus ist geradezu randständig und findet auf nur wenigen Seiten Erwähnung.

Die Stärken des Bandes liegen gleichwohl im analytischen Ansatz des Autors, der die strukturellen Probleme der Weimarer Republik und im Besonderen des Jahres 1923 hervorzuheben versteht. Keines der damaligen Strukturprobleme, zu denen der Autor die Abwendung der Mehrheit der Bevölkerung von der parlamentarischen Demokratie, die Schwierigkeiten der Regierungsbildung, die Spaltung der Gesellschaft oder das Anwachsen des rechten und linken Extremismus rechnet, sei nach der Beilegung der Krise beseitigt worden. Dass es 1923 nicht zur Errichtung einer Diktatur gekommen sei, lag für Longerich nicht am Krisenmanagement der Regierung Stresemann, dessen Leistung er sehr zurückhaltend bewertet, sondern an der „gegenseitige[n] Blockade der diversen rechtskonservativen und rechtsextremen Kräfte“ (S. 268). Das reich bebilderte und durch Kartenmaterial angereicherte Buch überzeugt insgesamt durch seine analytische Schärfe und durch seine facettenreiche Behandlung der einzelnen Problemfelder.

Stand das Thema Gewalt bereits im Mittelpunkt des ersten Buches von Mark Jones über die Revolution von 1918/19, so rücken die Genese und Eskalation von Gewalt, die Positionierungen zu ihr und die Kommunikation über sie in den Fokus seines neuen Bandes. Die Erzählung beginnt mit dem Mord an Rathenau, da der Autor die „Gefährdung der Demokratie in den Monaten vor der französischen und belgischen Invasion“ (S. 14) herauszuarbeiten versucht. Die folgenden Kapitel sind nach Monaten gegliedert, doch folgt der Autor nicht der Chronologie der Ereignisse, sondern widmet sich in jedem der zwölf Kapitel einem Themenfeld, in dem der Gewalt eine zentrale Rolle zugewiesen wird. Dabei wählt Jones den Blick durch das Mikroskop und belegt die politische Geschichte mit mikrohistorischen Details. Bemerkenswert sind die Kapitel über die Übergriffe der Besatzungstruppen im Ruhrgebiet. Die von Jones angeführten Fälle von Erschießungen von Zivilisten und von Vergewaltigungen – die deutsche Regierung reichte 1923 offiziell 77 Beschwerden wegen Vergewaltigungsfällen und 39 Beschwerden wegen versuchter Vergewaltigung ein (S. 149 f.) – erklären letztlich die Eskalation des Hasses, der auf deutscher Seite zum aktiven Widerstand und zu Bombenanschlägen auf Bahnlinien führte, die beispielsweise am 30. Juni zwanzig Menschen das Leben kostete. Mit Gewinn konnte Jones hierbei neben der Presse auf archivalische Quellen, wie den Vernehmungsprotokollen der der Vergewaltigung beschuldigten französischen und belgischen Soldaten, rekurrieren. Zur Gewalt des Jahres 1923 werden auch die Zwangsausweisungen von über 100.000 Beamten und ihrer Familien sowie die Einschränkung der Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet gezählt, die zur Verschickung von 300.000 Kindern in das unbesetzte Deutschland führten. Auch der in jenem Jahr einen neuerlichen Höhepunkt erreichende Anstieg des Antisemitismus, der seinen Ausdruck in den Pogromen im Berliner Scheunenviertel oder in Bayern fand, rücken in den Fokus.

In seinem Epilog betont Jones den „Sieg der Demokraten im Jahr 1923“, der „ihr wohl größter Erfolg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ gewesen sei. Ob allerdings der 100. Jahrestag dieses Krisenjahres Anlass zur Feier bieten sollte, wie Jones meint (S. 343), kann bezweifelt werden, denn die Hyperinflation mit ihrer Vernichtung von Vermögen und dem Ruin zahlreicher Existenzen, aber auch die mangelnde Problembewältigungskompetenz der Reichsregierungen bildeten eine schwere Hypothek der Weimarer Republik.

Von herkömmlichen Geschichtsdarstellungen unterscheidet sich der Band von Jutta Hoffritz in mehrfacher Weise. Das Buch ist letztlich nicht an die wissenschaftliche Fachwelt, sondern an ein breites, wenn auch historisch interessiertes Publikum gerichtet. Kurzatmig, in knappen, teilweise nur aus einem Satz bestehenden Absätzen wird das Krisenjahr erzählt, mit dem historischen Präsens wird der Leser nah an die Vergangenheit geführt. Neben der Form und dem Tempus ist auch die romanhafte Art des Erzählens erwähnenswert (S. 63: „Tucholsky? Aufhören? Nicht möglich!“). Wenn der Stil auch anfangs etwas gewöhnungsbedürftig erscheinen mag, ist der Leser nach anfänglichem Zögern relativ schnell im Stoff und möchte das Buch dann nicht mehr weglegen. Die politischen Ereignisse jenes Krisenjahres finden durchaus Berücksichtigung, wenn vielleicht auch nicht in der Ausführlichkeit, wie man dies von wissenschaftlichen Darstellungen gewohnt ist. Der Hitler-Putsch wird nur in wenigen Sätzen abgehandelt (S. 248, 250 f.), was man verschmerzen mag, da vieles als bekannt vorausgesetzt werden kann.

Entscheidend ist die von Hoffritz gewählte Perspektive. Denn das Jahr wird aus der Sicht einiger weniger Akteure, wie der Nackttänzerin Anita Berber, des Schwerindustriellen Hugo Stinnes, der Bildhauerin Käthe Kollwitz und des Notenbankchefs Rudolf Havenstein, erzählt. Weitere Personen begegnen dem Leser im Laufe der Erzählung, so Konrad Adenauer oder Willi Münzenberg. Der Vorteil dieser Erzählperspektive liegt zum einen darin, dass der krisenhafte Verlauf, der von Hoffritz beschriebene „Totentanz“, mit der kulturellen Blüte jenes Jahres kontrastiert werden kann. Zum andern rücken bislang vernachlässigte Aspekte in den Fokus. So wird die rasant voranschreitende Geldentwertung nicht nur am Preis des Schwarzbrottes, über den in jedem Kapitel berichtet wird, sondern auch am Schicksal und den Überlebensbehelfen der damaligen Zeitgenossen, der Künstler zumal, dargestellt. Man erfährt von den Problemen des Direktors der Dresdner Semperoper, deren Solisten lieber gegen harte Währung in der benachbarten Tschechoslowakei auftreten. Oder vom Zirkus Sarrasani, der wegen der Hyperinflation und den Schwierigkeiten, Tierfutter aufzutreiben, nach Lateinamerika zieht. Es ist dieser Perspektivwechsel und die Fokussierung auf bislang weniger bekannte Krisenmomente, die den Reiz des Buches ausmachen.

Berlin

Volker Stalman



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Mark Jones: 1923. Ein deutsches Trauma.

Aus dem Englischen v. Norbert Juraschitz. Berlin: Propyläen, 2022, 384 S., 31 Abb., ISBN 978-3-549-10030-1

Zu den ältesten eigenen Erinnerungen des Rezensenten gehören die fast druckfrischen Geldscheine mit den aberwitzigen Millionenwerten, die ihm seine Großeltern, keineswegs begüterte Leute, gezeigt haben. Dass diese wertlosen Erinnerungsstücke mehrere Jahrzehnte aufbewahrt wurden, deutet auf eine gewisse Berechtigung hin, wenn das Jahr der Hyperinflation als „deutsches Trauma“ eingeschätzt wird. Aber der zeithistorisch Bewanderte versteht auch, dass Mark Jones seinem Buch ursprünglich einen anderen Untertitel geben wollte (S. 347) und wohl von Verlagsseite zu dem jetzigen überredet wurde. Denn die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts enthielt für die Deutschen eine Reihe von „traumatischen“ Jahren, von denen 1923 vermutlich nicht das Schlimmste war. Es hatte ja anders als 1933 oder 1945, zumindest vorübergehend, einen glimpflichen Ausgang.



Auch damit verbindet sich eine persönliche Erinnerung, diesmal an den Geschichtsunterricht vor mehr als einem halben Jahrhundert: Dort wurde nämlich im Zusammenhang mit der Weimarer Republik eine Quelle vorgestellt, in der der langjährige britische Botschafter in Berlin, Viscount d'Abernon, zum Jahreswechsel 1923/24 Bilanz zog über die innen- und außenpolitischen Gefahren, die die Republik gerade gemeistert hatte. Insofern ist es nicht so ganz zutreffend, wenn Jones dafür plädiert, deswegen das Jahr 1923 stärker in die demokratische Tradition dieses Landes einzupflegen; der ältere Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik war schon einmal längst so weit, bis die Politikgeschichte dann nicht nur dort immer weiter in den Hintergrund getreten ist.

Zweifelloos ist 1923 ein Jahr reich an Ereignissen, Katastrophen und Wendungen gewesen, an dem sich viele Dinge, die die deutsche und europäische Geschichte im 20. Jahrhundert prägten, darstellen und diskutieren lassen. Historiographisch stellt sich natürlich sofort die Frage, wie man das methodisch angehen kann; glücklicherweise liegen die „Höhepunkte“ der Ereignisse am Jahresende, so dass sich ein chronologisches Vorgehen quasi von selbst anbietet, zumal der Auslöser für die ganzen Katastrophen mit der französischen Besetzung des Ruhrgebiets gleich zu Jahresbeginn eintrat.

Entsprechend offeriert Mark Jones eine Gliederung in zwölf Kapitel, die sich weitgehend an den Monaten orientieren. Weitgehend insofern, als die Darstellung mit dem Mord an Walter Rathenau im Frühsommer 1922 einsetzt und dann von Januar bis Dezember elf Abschnitte – Februar und März werden zusammengefasst – folgen lässt. Sie ist nicht ganz streng chronologisch, weil mit jedem Kapitel ein anderer thematischer Schwerpunkt mit den notwendigen Rückblicken und Vorschauen verbunden ist. Dadurch wird sie zugleich multiperspektivisch, geht es doch um Außenpolitik und Diplomatiegeschichte, z.B. Rapallo, um Alltagsgeschichte wie die Auswirkungen der Besetzung auf das Alltagsleben

in den betroffenen Gebieten, um Sozialgeschichte wie das Leben im Zeichen der „schwerste(n) Hyperinflation, die die Welt je gesehen hat“ (S. 197) oder um Mentalitätsgeschichte wie die politische Radikalisierung immer größerer Bevölkerungsteile, egal ob unter Besatzung lebend oder nicht.

Ein recht konstantes Motiv ist dabei die „zentrale Rolle“ (S. 14) von Gewalt im Alltag und in politischen Auseinandersetzungen, ausgeübt u.a. von französischen und belgischen Besatzungstruppen und dem von der Reichsregierung mitunterstützten Widerstand dagegen, aber auch von selbst ernannten „Systemerneuerern“ und republiktreuen „Sicherheitskräften“ sowie von Separatisten und Anhängern der Reichseinheit. Jones ruft mit Recht ins Bewusstsein, dass es bereits ein Jahrzehnt vor der „Machtergreifung“ in einem kaum glaublichen Maße gewaltsame Übergriffe von Extremisten unterschiedlicher Couleur gegen jüdische Mitbürger gab und dieses Jahr einen Höhepunkt des Antisemitismus bildete, der dem schließlichen „Sieg“ der Demokratie einen mehr als schalen Beigeschmack verschaffte (S. 344). Die Zahl der Opfer insgesamt ist aus Sicht einer modernen Zivilgesellschaft erschreckend, und sie erreichte keineswegs ihren Höhepunkt beim sogenannten „Hitler-Putsch“ im November, sondern, zumindest was das Ausmaß der Beteiligten anging, kurz vorher bei den antisemitischen Unruhen im als so weltoffen und tolerant geltenden Berlin (vgl. S. 300).

Das sind nun alles keine zentralen Themen der Liberalismus-Forschung im engeren Sinne und dennoch kommt diesem Jahr auch Bedeutung in dieser Hinsicht zu. Hier gilt das Hauptaugenmerk Gustav Stresemann, der im August auf dem Höhepunkt der Krise erstmals von der angestammten Rolle des (national-)liberalen Parlamentariers und Parteiführers in die Exekutive wechselte und dabei gleich die Kanzlerschaft übernahm. Das war aus der Perspektive seines bis dato eher republikskeptischen Agierens eine nicht unbedingt zu erwartende Entwicklung, die ein sehr anschauliches Licht auf sein Hineinwachsen in die Rolle des Staatsmannes wirft und vielleicht etwas ausführlicher hätte thematisiert werden können. Aber auch Jones sieht in Stresemann und Ebert die beiden Figuren, die zum Rettungsanker der Republik wurden (vgl. S. 12, 160 u. 326), wenn ihnen beiden das auch nicht so recht gedankt wurde. Der tragische Ausgang von Ebert wird hier nicht mehr thematisiert, da er erst später manifest wurde; Stresemann verlor für seine in jeder Hinsicht mutige und realistische Politik als Kanzler zunächst die Mehrheit im Reichstag und wurde dann durch das Zusammengehen von Kommunisten, Sozialdemokraten, bayerischen Partikularisten und Deutschnationalen nach 100 Tagen gestürzt; letzte wollten nicht einmal in eine Regierung mit ihm als Außenminister eintreten (vgl. S. 326 ff.).

Das Einleitungskapitel zu Rathenau ist ein zweiter Ansatzpunkt für die Liberalismus-Forschung, auch wenn es Jones weniger um den Liberalen als um die republikanische Symbolfigur geht. Hinsichtlich der Biographie gibt es auch einige Ungenauigkeiten.¹ Der von Rathenau eigentlich nicht gewollte Rapallo-Vertrag mit der Sowjet-Union wird hier kritisch gesehen, weil genau das eintrat, was der Außenminister befürchtet hatte, aber nicht abwenden konnte: Das Verhältnis zu den alliierten Siegermächten war danach noch mehr zerrüttet, insofern war für Jones Rathenaus außenpolitisches Agieren in gewisser Weise mitschuldig am Desaster des Folgejahres (vgl. S. 48 f. u. 73).

Andererseits führte Rathenaus Tod zu einer ungemeinen Geschlossenheit der prorepublikanischen Kräfte, die sich aber nicht als nachhaltig erwies, wie Stresemanns vergeblicher Versuch dann zeigte, eine parlamentarische Mehrheit dauerhaft zu etablieren. Jones, der sich häufig auf SPD-nahe Quellen wie den „Vorwärts“ oder auf SPD-nahe Geschichtsschreibung wie die Weimarer Geschichte von H.A. Winkler und Walter Mühlhausens monumentaler Ebert-Biographie stützt, sieht dafür die Schuld aber

¹ So stellte sich Rathenau gleich nach Kriegsbeginn in den Dienst der Kriegsrohstoff-Versorgung und nicht erst nach dem Tod des Vaters (S. 25); auch hatte er schon vor 1914 zunächst vergeblich versucht, in der Politik – etwa als Reichstagsabgeordneter – Fuß zu fassen, und musste dazu nicht erst 1921 von Reichskanzler Joseph Wirth überredet werden (S. 27).

nicht bei Stresemann und seiner „schiefen“ Taktik, gegen die Linksextremen in Sachsen aktiv vorzugehen, aber bei den weitaus gravierenderen rechtsextremistischen Umtrieben in Bayern auf eine Selbstheilung zu hoffen. Das findet durchaus das Verständnis des Autors, letztlich war die damalige „Große Koalition“ von den Sozialdemokraten über den politischen Katholizismus bis hin zu den Links- und Nationalliberalen wegen ihrer inneren Heterogenität in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in seinen Augen nicht von großer Tragfähigkeit (S. 287 f.). Das wiederum, was sich Anfang 1930 zum zweiten Mal zeigen sollte, war ein Menetekel für die Demokratie, weil diese Konstellation – abgesehen von der Anfangsphase der Republik – die einzige Möglichkeit gebildet hatte, ohne Einbeziehung der Extremisten mit parlamentarischer Mehrheit zu regieren. Stresemanns erzwungener Rücktritt als Kanzler war ein böses Omen, was kaum jemand zu diesem Zeitpunkt ahnte.

Letzteres hatte seine Ursache auch darin, dass seine Regierung zwei ganz wichtige Weichenstellungen eingeleitet hatte, die am Jahresende 1923 „Licht am Horizont“ aufscheinen ließen, so die Überschrift von Kapitel 12: Die Konfrontation mit den Siegermächten wich einer Phase der Annäherung insbesondere zwischen Paris und Berlin, was die Situation in den besetzten „West-Gebieten“ ungemein entspannte. Mindestens genauso wichtig war die wichtigste sozialpolitische Rettungstat der Regierung Stresemann: die Währungsreform vom Herbst 1923.

Hierbei kehren wir nicht nur zum Ausgangspunkt dieser Rezension zurück, sondern auch zu einem liberalen Kernthema, der stabilen Währung. Der ungeheure Geldverfall brachte nicht nur eine von Jones vor allem im siebten Kapitel geschilderte Verarmung weiterer Bevölkerungskreise hervor, die doch, anders als Jones andeutet (vgl. S. 204 f.), stärker den auf Ersparnissen und Vorsorge aufbauenden Mittelstand betraf, aber keineswegs diesen allein. Er untergrub natürlich auch das Ansehen des Staates, obwohl und zugleich auch weil dieser den „passiven Widerstand“ gegen die Besatzungstruppen mittels der Gelddruckpressen unterstützte, und gab Extremisten jeglicher Couleur Auftrieb. Weniger ausführlich wird dagegen das „Wunder der Rentenmark“ behandelt, das ebenfalls viele soziale Härten mit sich brachte, aber zu einem breiten Stimmungsumschwung führte (S. 332 f.). Hier zeigte sich geradezu exemplarisch, wie wichtig das Vertrauen in die eigene Währung war; es war eine Regierung unter liberaler Führung, die dieses allem Gegenwind zum Trotz wiederherstellte. Dieser Punkt ist vermutlich der aktuellste Bezug zur Gegenwart, mit dem der Verlag auf dem Backcover wirbt.

Insgesamt bleibt der Eindruck eines perspektivenreichen, ausgewogenen und zugleich gut lesbaren Buches, das sich gut als Einstieg in die wendungsreiche Geschichte Weimars eignet und dabei auch der Rolle des Liberalismus einigermaßen gerecht wird.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Alexander Gallus: Revolutionäre Aufbrüche und intellektuelle Sehnsüchte. Zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik.

Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 2021, 326 S., ISBN 978-3-86393-122-3

Die Europäische Verlagsanstalt hat in den letzten Jahren einige Bücher zur Geschichte der Weimarer Republik teils neu aufgelegt, darunter auch ältere „Klassiker“ wie Neumanns „Behemoth“. Alexander Gallus (*1972), Schüler u.a. von Axel Schildt und Eckhard Jesse, lehrt als Nachfolger von Alfons Söllner seit 2013 als Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Chemnitz. Durch zahlreiche Publikationen ist er ein ausgewiesener Kenner der deutschen Intellektuellengeschichte des 20. Jahrhunderts.

Die vorliegende Aufsatzsammlung, Begleitwerk zu größeren Monographien, verdient in doppelter Hinsicht eigene Beachtung: Sie geht hinter die universitären Hauptvertreter und Dogmatiker politischer Theorien auf die journalistische Publizistik und den öffentlichen Diskurs zurück, leistet also Beiträge zur Erforschung der politischen Kultur und Öffentlichkeit, und sondiert am Beispiel exemplarischer Haupt- und Randgestalten Kontinuitätsmotive vagabundierender Sehnsüchte über die Systembrüche hinweg. Hier fragt er vor allem nach den Schicksalswegen der Revolutionssehnsucht seit 1918.



Die unruhigen Deutschen wurden oft als ewige Protestanten beschrieben. Gleichzeitig gilt die Mär, dass sie als obrigkeitsselige Untertanen erst eine Bahnsteigkarte lösen, bevor sie einen eigenen Schritt wagen. Diese eigenartige „Dialektik“ von Konservatismus und Radikalismus, Anarchie und Ordnung, ließe sich mit Kant vielleicht als pointierte Trennung von Moralität und Legalität beschreiben. Weil wir beides normativ strikt zu trennen geneigt sind, oszillieren wir zwischen Legalismus und Anomismus. Solche plakativen Thesen zur deutschen politischen Kultur und Revolutionsemphase sondiert Gallus diszipliniert in exemplarischen Studien, eingängig geschrieben und überaus kundig im akademischen Apparat. Er eröffnet dabei mit zwei Studien zum Forschungsstand und zur „Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19“ und der Weimarer Verfassung in der neueren Jubiläumsliteratur. Diesen Einleitungsteil überschreibt er mit „Revolution! Revolution?“ und exponiert mit dem Fragezeichen schon die Leitfrage seiner Intellektuellengeschichte: Wie verarbeitete die „freischwebende Intelligenz“ und Publizistik die Umbrucherfahrung von 1918/19?

Anders als in anderen Intellektualgeschichten seit 1918 steht also nicht das Schicksal der nationalistischen „Ideen von 1914“ im Zentrum. Gallus leitet aber mit zwei Studien zu nationalistischen Mythen nach 1918 ein: zum Schicksal der „Dolchstoßlegende“ und zu „Ludendorffs Verschwörungswelten“, zu denen 1931 auch die originelle These von „Hitlers Verrat der Deutschen an den römischen Papst“ gehörte, die die Nazis ihm aber angesichts seiner Verdienste nach 1933 nicht allzu übel nahmen. Der

flotten These vom schwarzen Kittel hinter dem braunen Kleid hing Heidegger nach 1933 weiter an. Ob er Ludendorff gelesen hat?

Origineller noch sind die folgenden Studien zur Wirkungsgeschichte der „Weltbühne“ als „Sehnsuchtsort“: zu den Werdegängen einiger Autoren im Umkreis der Weltbühne, die auch nach 1945 „heimatlos links, heimatlos rechts“ blieben. Gallus zeigt das u.a. am Beispiel von William Schlampp. In einem weiteren Hauptteil lotet er aus, wie sich die politische Orientierungslosigkeit und Positionssuche nach 1945 in den Formationen von Liberalismus und Konservatismus neu formatierte und redogmatisierte. Interessant ist hier schon die deutsche Rezeptionsgeschichte von John Maynard Keynes, der seit seiner Kritik am Versailler Vertrag für manche Instrumentalisierung anschlussfähig blieb und 1933 auch etwas leichtsinnig dem missverständlichen Abdruck einer „zensierten Variante“ (S. 149) in Schmollers Jahrbuch zustimmte. Mit Rudolf Pechel widmet sich Gallus dann einem Erben des Weimarer Diskurses, der den Konservatismus renovierte und sich im Kalten Krieg verwestlichte und mit der Bundesrepublik arrangierte. Zu diesen Verwestlichungsdiskursen gehört auch der vorübergehende Hype von T. S. Eliot, dem Gallus eine weitere Studie widmet. Beiläufig erwähnt er hier auch die Rolle von Ernst Robert Curtius (S. 186), die nähere Studien verdiente, zumal Curtius Eliot auch als wichtigen Mentor von James Joyce schätzte, den Gallus nicht erwähnt. Die vagabundierenden Wege der Intellektuellen sind unauslotbar. Sie lassen sich, wie Gallus es unternimmt, pragmatisch nur exemplarisch und personenzentriert skizzieren und bedürfen keiner letzten Tiefenbohrung bis zum Magma vulkanischer Motive.

Im Schlusstück deutet Gallus unter der Überschrift „Ermattender Revolutionswunsch und Abschied von Weimar“ an, dass seine „Betrachtungen über die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik“ dritte oder vierte Wege jenseits der akademisch beliebten Meistererzählungen älterer Zeitgeistsurfer ausloten, die im 1968er-Schema zwischen Reaktion und Fortschritt säuberlich trennen und vagabundierende Intellektuelle auf Linie bringen oder in Schubladen zwingen, zu denen sie nie gehörten, eben weil sie professionell nicht gesichert lebten. Gallus sondiert also eine interessante Querdenkerszene, der einige Liberalität zu verdanken ist.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Dieter Grimm: Die Historiker und die Verfassung. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte des Grundgesetzes.

München: C.H.Beck, 2022, 358 S., ISBN 978-3-40678462-0

Der prominente Staatsrechtler und einstige Verfassungsrichter Dieter Grimm (Jg. 1937) gibt einen Beitrag zum Streit der Fakultäten: zur Analyse mangelnder Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Fragen und Pfade in gängigen neueren Darstellungen der Geschichte der Bundesrepublik. Er argumentiert dabei zweigleisig, schließt an grundsätzliche Ausführungen zur Eigenart und Wirkung des Verfassungsrechts die kritische Gegenprobe auf eine angemessene und korrekte Thematisierung dieses historischen Faktors. Im Durchgang durch die Entstehung und Geschichte des bundesdeutschen Verfassungsrechts, seiner judikativen Auslegung und Wirkung, entwickelt er die These, dass die eigenlogische Kraft des normativen Verfassungsrechts, seine „Wirkungsgeschichte“ (S. 28), von prominenten Historikern mangels verfassungsrechtlicher Kompetenz nur sehr lücken- und fehlerhaft berücksichtigt wurde. Im Ergebnis fordert er einen „juridical oder constitutional turn“ (S. 324) und eine weitaus stärkere Einbeziehung insbesondere der Verfassungsjudikatur in die Zeitgeschichtsschreibung.



Im chronologischen Durchgang zeigt er, dass die heutige richterliche Unabhängigkeit, Autorität und Akzeptanz der Verfassung und des Bundesverfassungsgerichts durch bahnbrechende Urteile erst erkämpft werden musste. Wegweisend waren seit den 1950er Jahren etwa die Elfes- und Lüth-Entscheidungen oder das Fernsehurteil gegen Adenauer. Dennoch gab es in den 1960er Jahren Debatten um eine „Totalrevision“ des Grundgesetzes, später Vorschläge einer Enquete-Kommission und einiges mehr, das nachhaltig wirkte und in den Geschichtsdarstellungen mehr oder weniger gänzlich übergangen wurde. Auch das Verhältnismäßigkeitsprinzip verdanke seine „immense Bedeutung“ (S. 150) der richterlichen Rechtsfortbildung, die sich nicht mit einem schnellen Blick in den Gesetzestext erschließen. Grimm fragt kontrafaktisch, „wie die Liberalisierung ohne die Grundrechts-Judikatur in Karlsruhe ausgefallen wäre“ (S. 157). Er exemplifiziert deren Bedeutung auch an neueren Fragen wie der Durchsetzung der Geschlechtergerechtigkeit und den Folgen des Volkszählungsurteils. Die „Rechtsferne der geschichtswissenschaftlichen Darstellung der europäischen Integration“ (S. 288) betont er besonders an der massiven Unterschätzung der Rolle des Europäischen Gerichtshofs (S. 289 ff.). Das resultierende „Demokratiedefizit“ spricht er nur leise an, und er verzichtet auch auf jede kritische Erörterung des Europäisierungsschubes in der Corona-Politik mit den zahlreichen Verhältnismäßigkeitsfragen in der Spannung von Freiheit und Sicherheit. Corona wird eine besondere Herausforderung an die Zeitgeschichtsschreibung und den Liberalisierungsbefund oder andere Fortschrittsgeschichten sein. Erstaunlich, dass Grimm hier die richterliche Praxis nicht kommentiert. Statt solcher Aktualitäten steht am Ende eine Auseinandersetzung mit dem einstigen Bielefelder Kollegen Hans-Ulrich Wehler: also eine

Profilierung der Eigenbedeutung des Rechts und der Rechtsgeschichte gegenüber der Sozial- und „Gesellschaftsgeschichte“, ein kollegialer Disput aus den 1970er Jahren.

Der Tenor ist dennoch höchst bedenkenswert und bedenklich: Sind die historiographischen Meistererzählungen der Bundesrepublik jenseits ihres erst seit den 1980er Jahren sich allgemein durchsetzenden „Verfassungspatriotismus“ für die normative Eigenheit und -macht des Verfassungsrechts und der Verfassungsjustiz mehr oder weniger fach- oder betriebsblind? Verkennen sie damit im narrativen Faden zentrale Macht- und Kontingenzfaktoren der bundesdeutschen Geschichte? Diese These ist beachtlich, auch wenn sie jenseits des exemplarischen Materials der Meistererzählungen, über deren Auswahl sich freilich diskutieren ließe, für speziellere historische Studien zu prüfen wäre und auch „literatursoziologische“ Fragen zum Adressaten und zur Rhetorik gängiger Publikumsdarstellungen berücksichtigen könnte. Die „Rechtsferne“ allgemeiner geschichtswissenschaftlicher Darstellungen ist auch ein Adressateneffekt: Es sind nicht nur die Historiker, sondern es ist auch das Publikum, das Nationalgeschichte nicht primär als Rechtsgeschichte verstehen mag, jenseits teils naiver Vorstellungen vom Grundgesetz und der „Souveränität“ der Bundesrepublik im europäischen „Mehrebenensystem“. Große Meistererzählungen sind mitunter reflexiv unterkomplex, weil sie spezielle Aspekte im roten Faden ertränken. Darin liegt auch eine Gefahr für die politische Bildung: Der politische Prozess wird geglättet. Dass ein so prominenter Staatsrechtler wie Dieter Grimm das in kritischer Auseinandersetzung mit gängigen Meistererzählungen knapp und klar zeigt, ist nicht nur eine Mahnung an die Historikerzunft, sondern auch ein Einspruch gegen eine zu gefällige Selbstauffassung der Bundesrepublik als „geglückte“ Demokratie und Verfassungsstaat.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Eberhard Eichendorfer/Reinhold Kopp: Werner Maihofer. Vordenker des Sozialliberalismus.

Saarbrücken: J.G. Seume, 2022, 234 S., 12 Abb., ISBN 978-3-9818850-7-1

Eine wissenschaftlich sicher wünschenswerte Lebensbeschreibung von Werner Maihofer (1918-2009) stellt hohe Anforderungen an die Bearbeiterin oder den Bearbeiter: Zu würdigen und analysieren wären u.a. der Rechtswissenschaftler und -philosoph, der liberale Vordenker und Programmatiker und der parlamentarische und ministerielle Akteur. Auf jedem dieser Felder hat der in Konstanz Geborene ansehnliche Spuren hinterlassen, die eine Gesamtwürdigung seines Wirkens nicht einfach machen. So ist es nicht erstaunlich, dass eine wissenschaftlich fundierte Maihofer-Biographie bis heute fehlt, zumal es auch keinen allgemein zugänglichen Nachlass gibt.



Auch das hier vorzustellende Werk füllt diese Lücke nicht, das sei gleich eingangs festgestellt. Dies ist auch nicht die Absicht der beiden Autoren gewesen, die von Hause aus Juristen sind und eher eine Art Dankesschuld gegenüber ihrem Gegenstand abtragen möchten, wiewohl zumindest in einem Fall die parteipolitische Gebundenheit nicht die Maihofers ist. Die Gemeinsamkeit liegt in der Alma Mater Saraviensis, an der zumindest einer der Autoren an Lehrveranstaltungen Maihofers teilnahm. Der in der bewegten Zeit um 1968 recht geschickt, da vermittelnd agierende Rektor Maihofer hat damals viele Studenten beeindruckt. Sein Leben wird nun mehr oder minder chronologisch in 14 Kapiteln dargestellt und dabei versucht, es in die Zeitumstände einzubetten.

Auf eine explizite Fragestellung wird verzichtet; ersatzweise könnte man dafür nicht den Untertitel des Werkes, sondern den Punkt „Ein Intellektueller in der Politik“ ansetzen, der sowohl im ersten als auch im letzten Kapitel jeweils erörtert wird. Dazwischen liegen die Stationen von der „Glücklichen Kindheit und Jugend am Bodensee“, die allerdings acht Jahre in Uniform samt Kriegseinsatz einschlossen, über das Studium und den Aufstieg als Jurist, erste Schritte in der Öffentlichkeit noch unter wissenschaftlichen Vorzeichen und die rasante Karriere als Partei- und Regierungspolitiker bis hin zum Ausklang am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Als Quelle dienen den Autoren dabei Maihofers eigene Veröffentlichungen sowie vor allem Presseberichte und -kommentare, die – nicht sehr üppige – Literatur über Maihofer wird nur zum Teil im etwas unübersichtlichen Literaturverzeichnis aufgeführt. Die beiden wichtigen Aufsätze von Hans-Günther Hockerts, der 2020 den Forschungsstand zusammengefasst hat,¹ fehlen gänzlich. Dafür haben die Au-

¹ Vgl. ders.: Werner Maihofer. Ein biographisches Porträt. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 32 (2020), S. 251-263.

toren Zugang zu bei den Nachkommen Maihofers offensichtlich noch befindlichen Dokumenten gehabt, woraus sie – wie auch sonst – ohne Nachweis zitieren (S. 28, 32 f. u. 48). Von dort dürften auch einige der bislang nicht bekannten Fotos kommen.

Alle oben genannten Lebensphasen werden ausführlich berücksichtigt, wobei die Trennung zwischen den verschiedenen Wirkungsfeldern Maihofers nicht so strikt aufrecht gehalten wird, wie die Kapitel-Überschriften suggerieren. Überhaupt hat man das Gefühl, dass die Autoren eher nach einem ad hoc Prinzip als nach einem ausgiebigen Exposé vorgegangen sind, denn es gibt etliche Wiederholungen und auch Widersprüche: Man vergleiche etwa die Kapitelüberschrift auf S. 152 mit dem auf S. 195 ausführlich und nicht kommentiert wiedergegeben Spiegel-Zitat, das letztlich Auslöser des Rücktritts war, oder auch die unterschiedlichen Angaben zum Zeitpunkt, seit wann sein Stern in der FDP am Sinken war: schon nach Verabschiedung des Freiburger Programms (S. 131) oder nach der Niederlage gegen Hans Friderichs (mit e nach und nicht vor dem d, S. 134) oder im Zuge der Maßnahmen gegen die Terrorbekämpfung (S. 172). Dahinter steckt aus Sicht des Rezensenten ein generelles Problem dieses Buches, auf das noch zurückzukommen ist.

Bei der skizzierten Ausgangslage ist es folgerichtig, dass die Autoren eine Grundsympathie für Maihofer haben, was mitunter scharfe Kritik an ihm, insbesondere an seinem Agieren in der Affäre um den Atomphysiker Klaus Traube nicht ausschließt (S. 185 ff.). Den Wert ihres Bandes für die Liberalismus-Forschung wird man dennoch nicht allzu hoch ansetzen, weil es ihnen erstens mehr um die Rolle des Intellektuellen in der Tagespolitik als um den „sozialliberalen Vordenker“ geht; am Ende steht ein vehementes Plädoyer dafür, sich an französischen Verhältnissen zu orientieren, wo ein intellektuelles Profil auch in der Exekutive einen ganz anderen Stellenwert hat. Zweitens geht der Informationsgehalt zur Biographie von Werner Maihofer zwar im Detail, nicht aber im Grundsätzlichen über die erwähnten Arbeiten von Hockerts hinaus. Auch wenn man den Autoren zu Gute hält, dass sie von Hause aus keine Liberalismus-Forscher sind, so sind doch viele Aussagen zur liberalen (Zeit-)Geschichte verkürzt oder schlichtweg falsch. Das beginnt mit der Namensschreibung, unter der nicht nur Maihofers Antipode Hans Friderichs leidet. Es stimmt auch nicht, dass sich die Fortschrittspartei 1861 von den Nationalliberalen abgespalten hätte, umgekehrt wird 1866/67 ein Schuh draus. Und der Linksliberalismus zeichnete sich vor Friedrich Naumann keineswegs durch eine größere Offenheit für Sozialpolitik aus, da war schon Eugen Richter davor (S. 116 ff.). Nicht Karl-Hermann Flach und Ralf Dahrendorf, sondern nur Maihofer war 1970/71 an der FDP-Programmarbeit direkt beteiligt (S. 122), und die wegweisende SPD-FDP-Koalition in Düsseldorf zerbrach auch nicht 1978 über Finanzfragen, sondern infolge der Landtagswahl 1980 (S. 119).

Hier ist nun auf das angesprochene Grundproblem des Buches zurückzukommen, das ein strukturelles im heutigen Verlagsgeschäft ist: Es fehlt an einem gründlichen Lektorat. Dabei ist es nicht die Rechtschreibung, sondern die mangelnde Überprüfung von Aussagen zu vermeintlichen Fakten, die Probleme aufwirft. Dies ist deshalb gravierend, weil die beiden Autoren dazu neigen, ihre begrenzte Materialbasis zu Maihofer durch Erläuterungen zum jeweiligen Umfeld ihres „Helden“ anzureichern und dabei offenbar eher auf ihr historisches Gedächtnis als auf größere Recherchearbeiten rekurren. Ein paar Beispiele seien gegeben: Es war längst nicht mehr die „Goldmark“, die ihren Außenwert im Ersten Weltkrieg halbierte, denn der Goldstandard war zu Kriegsbeginn aufgegeben worden (S. 22); Carlo Schmid als Frankfurter Professor zu titulieren, ist mindestens missverständlich, denn bei seinem Ruf von Tübingen nach Frankfurt war er längst zum Berufspolitiker in Bonn geworden (S. 116). Und auf dem ersten Blick scheint es kaum einen Unterschied zu machen, ob Hermann Klenner an der Ost-Berliner Hochschule für Ökonomie oder an der Potsdamer SED-Hochschule lehrte (S. 76); aber hätte im letzteren Fall Werner Maihofer mit ihm so lange Kontakt gehalten und nicht doch gegargwöhnt, dass es sich um einen Stasi-Agenten handelte? Keineswegs begannen erst mit der Großen Koalition 1966 „erste Versuche zur Überwindung der Sprachlosigkeit im geteilten Deutschland“ (S. 75), davor lagen

das erste Schollwer-Papier, die berühmte Formel Egon Bahrs und auch die Verhandlungen über Passierschein-Abkommen für West-Berliner. So gibt es eine Reihe von missverständlichen, zum Teil auch einfach falschen Aussagen.

Insgesamt sollte man das Buch als einen – kleinen – Etappenschritt auf dem Weg zu einer umfangreichen, wissenschaftlich fundierten Maihofer-Biographie sehen, für die es längst an der Zeit wäre und die Antworten auf zentrale Fragen, insbesondere zu den Motiven Maihofers, geben könnte: Warum etwa schloss er sich der FDP ausgerechnet im Saarland mit der problematischen Tradition der Deutschen Partei Saar an, wo doch vieles zunächst auf eine Nähe zur SPD deutete (S. 101 u. 114 f.)? Warum übernahm er 1974 das überaus schwierige Innenministerium zumal in Zeiten zunehmender Herausforderungen durch den Terrorismus, was schon seinem politisch weit versierteren Vorgänger Hans-Dietrich Genscher alles abverlangt hatte? Und warum ließ er sich trotz der nachvollziehbaren Enttäuschung über das Verhalten vieler „Parteifreunde“ später wieder von Guido Westerwelle in die liberale Programmarbeit einspannen?

Bis dieses und das ganze eingangs skizzierte Wirken Maihofers durch intensive Quellenarbeit aufgearbeitet ist, wird man sich zum Einstieg vorerst mit dem vorliegenden Buch behelfen müssen – und auch können, wenn man die Lektüre geboten kritisch anlegt.

Bonn

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Knut Bergmann (Hrsg.): „Mehr Fortschritt wagen“? Parteien, Personen, Milieus und Modernisierung. Regieren in Zeiten der Ampelkoalition.

Bielefeld: transcript Verlag, 2022, 498 S., Anmerkungen, ISBN 978-3-8376-6307-5

Die „Ampelkoalition“ inspiriert offensichtlich dazu, sich mit ihr in vielerlei Hinsicht wissenschaftlich zu beschäftigen. Das von Knut Bergmann, Leiter Kommunikation und Hauptstadtbüro beim Institut der deutschen Wirtschaft, herausgegebene Buch wird gleich in der Einführung als „multi-perspektivisches Unterfangen“ bezeichnet. Das rührt nicht zuletzt daher, dass hier eine Roundtable-Veranstaltung des Instituts auf- und nachbereitet wird, die im September 2021 – kurz vor der Bundestagswahl – stattfand, und einige der dort gehaltenen, nun verschriftlichten Vorträge noch durch weitere Beiträge ergänzt wurden.

„Regieren in der 20. Legislaturperiode. Mehrheiten, Milieus, Modernisierung“ war die Veranstaltung betitelt. Wohlgemerkt: Die 20. Wahlperiode begann erst danach, und sie läuft zurzeit. Und so ergibt sich für die Publikation die interessante Konstellation, dass die Vorträge dort perspektivisch sein mussten, ohne den Wahlausgang zu kennen, während die Beiträge im Buch in Kenntnis des Wahlausgangs, wenn auch nur wenige Monate danach, abgeschlossen wurden. Ein auch publizistisch höchst interessantes Unterfangen, in der Tat.

Nun ist es ja auch relativ egal, ob die Veranstaltung den Anlass, das Grundgerüst oder „nur“ die Inspiration für die Publikation geliefert hat, solange das Publikationskonzept stringent ist. Und hier zeigt schon der Blick in das Inhaltsverzeichnis die Mühe auf, die sich der Herausgeber mit der Veröffentlichung gemacht hat. Nach einer umfassenden inhaltlichen, wie politstrategischen Einführung unter der Autorenschaft Knut Bergmanns teilt sich die Betrachtung in die „politikwissenschaftliche Perspektive“, die „soziologische Perspektive“ und die „ökonomische Perspektive“. Den breitesten Raum bekommt die Politikwissenschaft, die sich dann ihrerseits in drei Kapitel aufteilt: „Koalitionsbildung“, „Regieren“ und „Opposition“.

Zumindest das ausführliche Kapitel zur Opposition erstaunt – denn: soll es nicht, laut Buchtitel, ums „Regieren in Zeiten der Ampelkoalition“ gehen? Natürlich ist das Opponieren gegen das neue Regierungskonstrukt aus SPD, Grünen und FDP etwas Anderes als in den Jahrzehnten zuvor – aber irgendwie wirken die Beiträge im Gesamtzusammenhang doch ein wenig wie Fremdkörper. Das Buch, so merkt man, ist ein Kompendium, eine Aufsatzsammlung, die ansatzweise den Verlauf einer Veranstaltung nachzeichnet, dabei aber auch topaktuell sein und neue Tendenzen aufzeigen will.

Der erste Teil des Buchs ist hoch spannend. Karl-Rudolf Korte schreibt, in gewohnt gewinnendem Stil, sehr grundsätzlich zur Möglichkeit von „Transformation“ als dem Hauptziel fortschrittlicher Politik im Angesicht aktueller Herausforderungen; seine Formulierung der „Übersetzung des Wählerwillens in



Regierungsbildungen als schöpferisch-experimentelle Herausforderungen“ verfängt, und seine eine Schlussfolgerung: „Die Konstellation deutet darauf hin, dass sich die Kanzlerdemokratie lernend wandelt“ (S. 43) bleibt hängen. Die zweite Schlussfolgerung: „Die ersten Monate deuten darauf hin, dass Harmonie-Management innerhalb der Koalition bevorzugt wird“ (S. 55) wirkt dagegen durchaus von der Realität überholt – auch wenn noch nicht aller Tage Abend ist.

Sebastian Jarzebski beschreibt gekonnt „das Aufbruch-Narrativ“ der Ampel, schreibt aber selbst, dass „noch offen ist, welches Schicksal das Narrativ erfährt“ (S. 74). Was fehlt – wie auch bei Korte – ist eine Bewertung der Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine, die hier sicherlich meinungsbildend gewirkt hätte. Das Buch ist im Juni 2022 erschienen.

Florian Grotz und Wolfgang Schroeder analysieren die personelle Zusammensetzung der Regierungskoalition, die sie als „relativ ausgewogen“ (S. 85) beschreiben. Ralph Bollmann beschreibt den wichtigen, ansonsten aber eher selten analysierten „Faktor Mensch“ bei Bildung und Installation der „Ampel-Koalition“ und staunt darüber, dass „angeblich so weit voneinander entfernte Partner zusammenfinden“ (S. 99), stellt dann aber sehr realistisch fest, dass wohl „nicht Freundschaft und Zuneigung, sondern nüchternes Kalkül“ (S. 100) der Verbindung zugrunde liegen.

Kapitel 2 widmet sich den Umständen des Miteinander-Regierens. Auch das gelingt mit interessanten Beiträgen. Insbesondere die Artikel von Dominic Schwickert und Paulina Frölich zum Kernproblem: „Wie erreicht eine progressive Koalition die Modernisierungsskeptiker?“ und von Christopher Gohl, der den langen Weg der FDP in die „Ampel“ kenntnisreich beschreibt und den Nachweis zu führen versucht, warum das mit „FDP“ und „Ampel“ passt, sind Futter zum Nachdenken. Man spürt, dass die „Ampel“ als etwas Begründungsbedürftiges gesehen wird, nicht als Selbstverständlichkeit – und dass es trotzdem Chancen auf gute Politik und eine erfolgreiche Legislaturperiode gibt, wenn es gelingt, den Begriff des „Fortschritts“ (dazu Malte Ristau in seinem Beitrag) genauer zu definieren und die Koalition es schafft, die „parteipolitische Vielfalt des Bundesrats“ (Hans-Jörg Schmedes im nachfolgenden Essay) für sich zu gewinnen.

Das anschließende Kapitel „Opposition“ beschreibt dagegen nicht die Regierungsarbeit, sondern die Mühen der Parteien, die nicht in der Regierung sind: „Warum hat die Union diese Wahl verloren?“ (Moritz Küpper), „Warum hat Schwarz-Grün nicht gewonnen?“ (Ewald Hettrich), „Warum befindet sich Die Linke im Niedergang?“ (Thomas Falkner), „Ist die AfD eine neue Volkspartei im Osten?“ (Manès Weisskircher) – alles gut zu lesen, aber irgendwie fremd im Zusammenhang des Buchs.

Eher ärgerlich dagegen ist die Tendenz im Beitrag von Marcel Lewandowsky und Anna-Sophie Heinze, die – allen Ernstes – im Kapitel „Opposition“ unter dem Titel „Welchen Weg nehmen die ‚Rechten‘?“ eine Betrachtung von CDU, AfD und FDP vornehmen wollen. Ärgerlich ist nicht nur, dass die alte Lagertheorie scheinbar ein langes, zu langes Leben hat. Vielmehr ist es auch so, dass eine der Prämissen des Beitrags – die FDP als Wirtschaftspartei natürlicherweise im „rechten“ Lager – zum einen durch Wiederholung nicht richtiger wird und zum anderen durch das Entstehen der „Fortschrittskoalition“ irgendwie geplatzt ist. Nun denn.

Spannend wird es dann wieder beim Abschnitt „Die soziologische Perspektive“. Hier vergleicht zunächst Silke Borgstedt, vor dem Hintergrund der SINUS-Milieus, Lebensstile und Transformation: „Wie stehen die Menschen zu den anstehenden Veränderungen?“ – das ist in der Tat eine die Bearbeitung lohnende Frage. Und ihre Antwort: „Die Bevölkerung weiß und will, dass Veränderungen vorangetrieben werden und wünscht sich eine verlässliche Vorbereitung auf die Zukunft“ (S. 356) lässt sich zum einen nachvollziehen – und kündigt zum anderen einige der Schwierigkeiten an, vor denen die Ampelkoalition in ihrer Arbeit stand und steht. Sehr interessant ist auch der nachfolgende Beitrag, in dem

Jochen Roose „Die große politische Mitte“ vermessen will und „diskutiert, welche Bevölkerungsgruppen von der Ampel-Koalition repräsentiert werden und welche außen vor bleiben“ (S. 361). Seine auf der Basis einer großen Umfrage getroffene Feststellung: „Die Unterschiede zwischen den Parteien der Mitte, CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP, sind nicht sehr groß und auch die Linke ist nur etwas von diesem Spektrum entfernt“ (S. 380) kann im Ansatz den für viele überraschenden Ausgang der Bundestagswahl 2021 erklären und gleichzeitig die Ampelkoalition als etwas zwar Neues, aber gar nicht so „Unnatürliches“ darstellen – interessant.

Im Kapitel „Die ökonomische Perspektive“ erläutern Judith Niehues und Matthias Diermeier die „wirtschaftspolitischen Konfliktlinien zwischen den Anhängerschaften von Grünen, SPD und FDP“ (S. 391). Michael Hüther und Hans-Peter Klös beschäftigen sich mit den disruptiven Handlungsbedarfen aufgrund der coronabedingten Strukturbrüche. Nicola Brandt und Daniel Bruns lösen sich von der Ampel-diskussion und schieben das Ziel der Transformation, im Vergleich zu Vorbildern aus OECD-Staaten, in den Vordergrund. Und Georg Cremer schreibt zu „den Konfliktlinien und Chancen der Sozialpolitik der Ampel-Koalition“ (S. 461). In diesen Beiträgen ist viel Skepsis gegenüber der „Ampel“ herauszulesen, nicht nur mit optimistischem Grundton, wie bei Cremer, der im Koalitionsvertrag ein „ambitioniertes Programm – mit dem Risiko, erfolgreich zu scheitern“ (S. 461) sieht. Niehues und Diermeier sehen innerhalb der Koalition die FDP und die Grünen in wirtschaftspolitischer Hinsicht antagonistisch gegenüberstehen und konstruieren daraus eine „Kamerun-Koalition“, in der die SPD quasi der rote Prellbock zwischen Grün und Gelb ist.

Insgesamt ein sehr interessantes Buch, dem allerdings eine Konzentration auf „Regieren“ und ein Verzicht auf eine ausführliche Betrachtung der „Opposition“ in Betracht der Lesbarkeit und inhaltlichen Übersichtlichkeit gutgetan hätte.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Pola Lehmann / Theres Mathieß / Sven Regel / Bernhard Weißels: Die Ampel-Koalition. Wie wird aus unterschiedlichen Zielen ein gemeinsames Regierungsprogramm?

Bielefeld: transcript Verlag, 2022, 198 S., Tab. u. Anm., ISBN 978-3-8376-6332-7

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) ist bekannt für seine hervorragende Arbeit, vor allem auch im Bereich der Demokratieforschung. Drei der dort Forschenden, Pola Lehmann, Sven Regel und Bernhard Weißels, und zudem noch Theres Mathieß, Juniorprofessorin an der renommierten Universität Trier, legen hier ein äußerst spannendes Buch vor, das sich mit den strategischen und inhaltlichen Faktoren des Zustandekommens und der Arbeit der Ampel-Koalition beschäftigt. Das Buch erschien im Juli 2022, also knapp ein halbes Jahr, nachdem die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP die Arbeit aufgenommen hatte. Und es stellt sich beim Lesen als ein ausgesprochen ambitioniertes Publikationsprojekt dar, mit dem sich die Autorinnen und Autoren wahrhaft hohe Ziele gesetzt haben.



Die Bildung der Ampel-Koalition ist, wie auch das Autorenteam wiederholt betont, eine Besonderheit in der politischen Geschichte Deutschlands. Eine Dreier-Koalition auf Bundesebene hatte es seit den 1950er Jahren nicht mehr gegeben, eine Zusammenarbeit von SPD, FDP und Grünen nur vereinzelt auf Länderebene (und aktuell nur in Rheinland-Pfalz). Und die Feststellung kann man stehen lassen: Zum Zeitpunkt ihres Entstehens war die Ampel „keine Wunschkoalition“ (S. 13). Genau an diesem Punkt steigt das Buch ein: Wie ist es gelungen, „gemeinsame Positionen zwischen diesen unterschiedlichen Partnern“ (ebd.) zu finden? Wie definiert sich, und woran erkennt man, die „Fortschrittskoalition“?

Das Autorenteam befasst sich mit Policy-Analyse. Dahinter steht die Auffassung, dass die Wählerinnen und Wähler sich in ihrer Wahlentscheidung hauptsächlich an Inhalten orientieren – die Wahltagbefragungen, zum Beispiel von Infratest dimap, bestätigen das. Daraus resultiert ein politisches Mandat, im Erfolgsfall ein Regierungsmandat für die Parteien. Maßgeblicher Inhalt der politischen Arbeit der Parteien sollen die in den Wahlprogrammen geäußerten inhaltlichen Versprechen sein, die dann idealiter in die Regierungsarbeit, also in den Koalitionsvertrag einfließen und, im Erfolgsfall, auch umgesetzt werden. Das Buch soll also, neben der Lieferung einer allgemeinen Betrachtung der politischen Situation in Deutschland rund um die Bundestagswahl und die politisch-inhaltlichen Umstände der Regierungsbildung, auch „einen allgemeinen Beitrag zur Bedeutung von Politikversprechen [...] leisten“ (S. 17).

Zentrales Medium der Parteien zur Äußerung von Versprechen und politischen Zielen sind die Wahlprogramme. Das Autorenteam ist der Auffassung, dass sich die Bedeutsamkeit eines Themas darüber

bestimmen lässt, wie viel Platz es im Wahlprogramm einnimmt. Hier setzen die Autorinnen und Autoren an und fragen: Wie lässt sich der Koalitionsvertrag auf die Wahlprogramme zurückführen? Es wird also analysiert, „was die Parteien vor der Wahl versprochen haben, welche Koalitionspotentiale sich daraus ergeben, und wie die Pläne und Positionen der Koalitionspartner Eingang in das Regierungsprogramm gefunden haben“ (S. 21).

Es dürfte schon vorab klar sein, dass eine solche Inhaltsanalyse auch in einem derart ambitionierten Buchprojekt nicht alle möglichen Themenfelder umfassen kann. Deshalb beschränken sich die Autorinnen und Autoren, nach einer Herleitung inhaltlicher Aspekte der Parteien aus dem Wahlkampf 2021, in der Betrachtung auf vier Politikfelder: „Verkehrswende“, „Bildungsgerechtigkeit“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Digitalisierung im Gesundheitswesen“. Die Analysen erfolgen in allen Kapiteln nach dem gleichen Schema: Auf einen einleitenden Problemaufriss („Das Politikziel und seine Herausforderungen“) folgt eine Bewertung der Wichtigkeit des Themas, dann eine Analyse der Pläne der Parteien im jeweiligen Themenfeld, eine Bewertung der Konkretheit der Versprechen und eine Auswertung des Konflikt- bzw. Konsenspotentials.

Die Aus- und Bewertungen, auch die statistischen, beschränken sich in dem Buch also auf spezielle Aspekte innerhalb der großen Themenfelder; je nach eigener politischer Interessenlage hätte man sich vielleicht auch andere Aspekte vorstellen können. Die Auswahl der Politikziele ist keine allumfassende Policy-Analyse des Koalitionsvertrags (die sicherlich auch zu ausführlich geworden wäre). Es sind Beispiele – und das mit gutem Grund: Wer sich mal eingehend mit Wahlprogrammen und ihrer Analyse beschäftigt hat, weiß um die Summe der Teile, die manchmal schwer als Ganzes zu fassen sind.

Den gesetzten Auftrag erfüllt die Publikation sehr gut: Zum einen sollen „Kooperationspotentiale zwischen Parteien, die sich aus der Wahlprogrammatik ergeben“, ermittelt, zum anderen „die Beziehung zwischen Wahlprogrammen und Koalitionsvertrag“ ausgeleuchtet werden (S. 27). Hier wird im Verlauf der Analyse deutlich: In allen behandelten Politikfeldern treten inhaltliche Differenzen zwischen allen Parteien zutage – was insgesamt zeigt, unstrategisch gesagt, welch ein spannendes Projekt die „Ampel“ doch ist. Die jeweiligen inhaltlichen Einleitungen sind dabei erfreulich neutral gehalten. Sehr gut wird gesehen, dass die Themen für die Parteien unterschiedliche Inhalte haben; so beschränkt man sich nicht auf die bloße Feststellung, dass (zum Beispiel) die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Parteien wichtig ist, sondern sieht, dass auch „die allgemeineren, dahinterliegenden Ziele recht unterschiedlich sind“ (S. 79).

Hoch interessant ist die Unterscheidung zwischen „rhetorischen“ und „konkreten“ Versprechen, wie sie zunächst in den Wahlprogrammen, dann im Koalitionsvertrag niedergeschrieben sind; hier lässt sich Ernsthaftigkeit in der Politik tatsächlich treffend analysieren und bewerten. Großen Gewinn zieht der Leser auch aus der Bemessung des Potentials an Konsens oder Konflikt – hier wird der Anteil gleicher oder ähnlicher Zielsetzungen der Parteien gemessen und es werden „Kooperationspotentiale“ (S. 71) ermittelt.

Auf der Basis der Wahlprogrammanalysen soll betrachtet werden, „wie gut die potenziellen Koalitionspartner für eine gemeinsame Regierung gemacht“ sind (S. 102) – und das ist dann richtig spannend, weil hier auch eine Potentialanalyse zum einen für eine „Jamaika“-Koalition, zum anderen für eine „Ampel“ verglichen werden. Es wird dabei nicht nur geprüft, ob Wahlversprechen der Parteien im Koalitionsvertrag auftauchen, sondern auch, „inwieweit der Koalitionsvertrag zu einer Konkretisierung der Vorhaben beiträgt“ (S. 127). Dass da Vieles auch Interpretation durch die Autorenschaft ist, liegt im Wesen der Policy-Analyse.

Die Analyse zeigt: Streit entsteht dort, wo schon die Wahlprogramme kontrovers waren, nicht erst im Verlauf der Koalition. Und das alles führt im Lauf der Lektüre zu dem Gefühl, dass in der „Ampel“ vielleicht noch mehr drinsteckt, als die Regierung, auch angesichts von Pandemie und Ukraine-Krieg, zu zeigen imstande war. Ein anregendes Buch, das zudem dankenswerter Weise als „Open Access“ zum Download bereitsteht.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Hrsg.): In liberaler Mission. Gerhart Baum und die deutsche Demokratie.

Basel: NZZ Libro, 2022, 292 S., ISBN 978-3-907396-07-0

Am 28. Oktober 2022 ist Gerhart Baum 90 Jahre alt geworden. Und doch scheut man sich, ihn ein „Urgestein der FDP“ zu nennen, denn das würde ihm in zweierlei Hinsicht Unrecht tun. Zum einen hat er sich längst nicht aufs Altenteil zurückgezogen und mimt mithin den *Elder Statesman*; seine Wut ist immer noch jung, wie er selbst vor zehn Jahren in seinen Lebenserinnerungen schrieb. Zum anderen ist er eben nicht nur einer der herausragenden intellektuellen Köpfe der FDP, sondern ein Kämpfer für die Freiheit überall auf der Welt, einer, der die bundesdeutsche Demokratie, unseren Rechtsstaat und den politischen Liberalismus maßgeblich gestaltet, verteidigt und weiterentwickelt hat und dies noch heute tut.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Hrsg.)

In liberaler Mission

Gerhart Baum
und die deutsche Demokratie



NZZ Libro

Diesem Lebenswerk, das mitnichten beendet ist, gerecht zu werden, versucht der von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zu seinem runden Geburtstag herausgegebene Band. Darin versammelt sie über vierzig Autorinnen und Autoren, die ihn ehren, gemeinsame Erinnerung teilen, Dank aussprechen – Weggefährtinnen und Weggefährten, Mitstreiterinnen und Mitstreiter, Freundinnen und Freunde, Bewunderinnen und Bewunderer, aus Politik, Kultur, Medien, Justiz und Wissenschaft. Und schon der Blick auf die Namen verrät: Hier hat einer tiefe Spuren hinterlassen in der Geschichte und den Köpfen und Herzen derer, die ihm begegnet sind.

Der Band ist in fünf Kapitel gegliedert, die die Beiträge lose thematisch sortieren und so ein Lesen im Zusammenhang ermöglichen, z.B. zu seiner Zeit bei den Jungdemokraten oder als Parlamentarischer Staatssekretär und Innenminister in der sozial-liberalen Koalition unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt bis zu ihrem Bruch 1982, als Streiter für die Menschenrechte in der Welt, als Verfechter der Freiheit vor dem Bundesverfassungsgericht oder als väterlicher Freund und Förderer junger Liberaler. Und gleichzeitig kann man blättern, hinein- und sich an bekannten Namen festlesen und den Blick über viele Fotos und einige Dokumente aus dem Archiv des Liberalismus (ADL) schweifen lassen. Dabei sind nicht alle Texte Erinnerungsstücke, sondern es finden sich auch (ungeschriebene) Briefe, Gedichte und Fragebögen, die in ihrer Vielfalt die Interessen und Engagements desjenigen widerspiegeln, den sie ehren. Der Sammelband ist damit kein reines Geschichtsbuch, auch wenn viele der Lebensstationen Gerhart Baums eine geradezu einschüchternde historische Bedeutung haben – angefangen bei seinen Erinnerungen zur Flucht aus dem im Februar 1945 zerstörten, noch brennenden Dresden bis hin zu seiner gemeinsamen Strafanzeige mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Nikolaos Gazeas im April 2022 gegen Wladimir Putin und seine Schergen wegen Kriegsverbrechen in der Ukraine. Der Band ist ein liberales Lesebuch über Mut, Hartnäckigkeit und die nie versiegende Hoffnung auf Freiheit und Gerechtigkeit – Erbauungs- und Ermahnungslektüre gleichermaßen.

Die unterschiedlichen Lebensthemen von Gerhart Baum – von der aktiven Politik, über seinen Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz bis hin zu Kunst und Kultur – entfalten die geschickt zusammengestellten Beiträge der Autorinnen und Autoren in einer Weise, die auf jeder Seite das zentrale Motiv der Freiheit in Gerhart Baums Leben hervorscheinen lässt. Und es wird deutlich, dass er Zeit seines Lebens für einen anderen oder, besser gesagt, umfassenderen Freiheitsbegriff stand, als es manche in seiner Partei tun. Er ist das Antidot eines auf wirtschaftliche Freiheit verkürzten Verständnisses des Liberalismus, das sich auf die Abwehr staatlicher Eingriffe beschränkt. Er betont immer wieder, wie voraussetzungsreich ein Leben in Freiheit ist, und dass dazu auch wirtschaftliche Sicherheit, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe sowie eine intakte Umwelt gehören. Ihn hier lediglich in die Schublade der Links- oder Sozialliberalen zu stecken, würde allerdings zu kurz greifen, weil alles, was er tut, und wofür er eintritt, aus dem liberalen Gegenstück der Freiheit erwächst: der Verantwortung – für sich, seine Mitmenschen, das Gemeinwesen und eben auch den Planeten. Und damit steht Gerhart Baum auch immer für das „andere“ Gesicht der FDP, jenseits von Steuerersenkungen und freier Fahrt für freie Bürger, für das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, das Bürgerschaftliche in der Gesellschaft und die Gewährleistungs- und Schutzpflichten des Staates.

Dass man darüber, wie weit diese staatlichen Pflichten gehen, immer vortrefflich mit ihm streiten kann, prägt sein Verhältnis zur FDP. Er hat sich an ihr gerieben und sie sich an ihm. Dabei ist sie aber immer und trotz allem auch seine Partei geblieben, der er nie den Rücken zugewandt hat und die er unablässig an ihre liberalen Grundsätze mahnt – als Stachel im Fleisch derer, die es sich mit der Freiheit manchmal zu einfach machen wollen. Dabei wird eines deutlich: Gerhart Baum hat Haltung, er ist unbeugsam und unbeirrbar in liberaler Mission unterwegs. Und er hat Anstand und ist ohne Dünkel – eine Tugend, die heute im politischen Geschehen oft zu kurz kommt.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Heinrich August Winkler: Nationalstaat wider Willen. Interventionen zur deutschen und europäischen Politik.

München: C.H.Beck, 2022, 288 S., ISBN 978-3-406791109

Heinrich August Winkler, 1938 in Königsberg geboren, steht in der großen nationalliberalen Tradition politischer Historiker, die er sozialdemokratisch profilierte. Zweifellos gehört er seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Historikern der Bundesrepublik. Winkler hat mit seinen neueren Büchern und Interventionen seit 1990 so etwas wie die vergangenheitspolitische Summe und Staatsräson der Berliner Republik formuliert. Seit 1962 ist er SPD-Mitglied und kämpft gegen die linke Auslegung für einen dezidiert nationalen und liberalen Kurs der SPD. Dabei ist er ein Meister der großen wie der kleinen publizistischen Formate, hat mehrbändige Monographien verfasst, aber auch zahlreiche Essays und Artikel, die er in mehreren Bänden sammelte. Der 2015 erschienene Band *Zerreißproben* schließt mit Winklers Rede zum 70. Jahrestag des 8. Mai im Deutschen Bundestag, einer positiven Bilanz verfassungspolitischer Einsichten und Antworten der Bundesrepublik auf Weltkrieg und Holocaust. Mehr institutionelle und öffentliche Anerkennung, als Winkler sie erhielt, ist für einen Historiker kaum möglich.



Wer die geschichtspolitischen Linien und Debatten der Berliner Republik studieren möchte, kommt an seinen Büchern also nicht vorbei und ist gut beraten, im ersten Zugriff sich gerade an die neue Sammlung „Nationalstaat wider Willen“ zu halten. Dem Zeitzeugen ist sie ein Flashback der Erinnerung. Sie trägt Züge autobiographischer „Selbstkritik“, die Winkler, wie Habermas, als eine besondere Tugend des „normativen Projekts“ der Verwestlichung erhellte und pries. Winkler druckt einige ältere Interventionen aus den Jahren vor 1989 mit einleitenden Kommentierungen ab, um zu dokumentieren, dass er innerhalb des sozialdemokratischen Diskurses der alten Bundesrepublik zwar die scharfe Nationalismuskritik teilte und bis 1990 auch an den Chancen einer Wiedervereinigung zweifelte, dass er aber, anders als Linksausleger, an der Idee und auch am Begriff der Nation festhielt und die Solidarität der Bundesrepublik gegenüber der DDR nicht aufkündigte. Ende 1990 bereits wechselte er deshalb aus dem äußersten Südwesten, von Freiburg, an die Humboldt-Universität und kämpfte dort gegen das SED- und PDS-Erbe für eine „Erneuerung der Humboldt-Universität“, die Winkler auch als eine Art Rollenübernahme der Berliner Tradition politischer Historiker gestaltete. Winkler wurde als Anwalt der Berliner Republik geschichtspolitisch unübersehbar wirksam. Er schrieb seine große Nationalgeschichte „Der lange Weg nach Westen“ (2000), pries die Wiedervereinigung als glückliche Versöhnung des alten Streits von „Einheit“ und „Freiheit“, also der Grundspannung des Nationalliberalismus, begann ab Mitte der 1990er Jahre aber auch verstärkt damit, die Wiedervereinigung in den Kontext der Europäisierung und des „normativen Projekts“ der Verwestlichung zu stellen.

Er kritisierte den linken „Postnationalismus“ als neuen moralistischen Utopismus, als neuen deutschen Sonderweg und Versuch, „eine europäische gegen die nationale Identität auszuspielen“ (S. 211): „Zu Beginn des Jahrhunderts hatte der [Berliner] Historiker Friedrich Meinecke den deutschen Weg vom Weltbürgertum zum Nationalstaat als historischen Fortschritt gewürdigt. Als sich das Jahrhundert dem Ende zuneigte, glaubten viele Intellektuelle der alten Bundesrepublik, der Weg nach vorn führe in die Umkehrrichtung: vom Nationalstaat zum Weltbürgertum“ (S. 56 f.). Winkler kritisiert diese Tendenzen bei den Grünen und der linken SPD und weist auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der alten Ostpolitik von Brandt und Bahr hin. Die Vereinigten Staaten von Europa kann und sollte es nach Winkler nicht geben. Ein überspannter Europäisierungswahn ignoriert das (teils junge) nationalstaatliche Selbstbewusstsein der heutigen Mitgliedländer. Der „Staatenverbund“ der EU sollte atlantisch im engen Schulterschluss mit USA und NATO orientiert bleiben und keine „Legende von der europäischen Souveränität“ pflegen.

In seinen jüngsten Interventionen profiliert Winkler seine nationalliberale Auslegung des „normativen“ und „europäischen Projekts“ mit der „Zäsur“ Putins. „Putin ist kein Status-quo-Politiker, sondern ein Revisionist“ (S. 219), stellt er unzweideutig klar, betont „Parallelen“ Putins mit Hitler 1938/39 (S. 234 ff.) und adressiert seine Botschaft auch an die linke SPD. Die „politische Kultur des Westens“ ist säkular und stößt mit ihrem „normativen“ Kern an kulturelle und konfessionelle Grenzen, meint Winkler in seinem Schlussbeitrag in alter Frische. Seine Sammlung ist hervorragend geeignet, einen ersten Eindruck und Überblick von der geschichtspolitischen Selbstausslegung der „Berliner Republik“ zu geben.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Alexander Graf Lambsdorff: „Wenn Elefanten kämpfen“. Deutschlands Rolle in den kalten Kriegen des 21. Jahrhunderts.

Berlin: Propyläen-Verlag, 2021, 278 S., ISBN 978-3-549100325

Wenn ein erfahrener liberaler Außenpolitiker wie Alexander Graf Lambsdorff zu einer Analyse der weltpolitischen Entwicklung ansetzt, lässt dies spannende neue Einsichten und Einblicke erwarten. Und der Leser wird auf den 278 Seiten des in einem ansprechenden und fesselnden Stil geschriebenen Buches nicht enttäuscht. Besonders faszinierend ist dabei, dass der Autor die Entwicklungen in der Welt mit seinen eigenen persönlichen Erfahrungen als Sohn eines Diplomaten, als Student und als gewiefter Außenpolitiker verknüpft.

An jeder Stelle des Werkes merkt der Leser profunden Erfahrungsschatz und polyglotte Bildung des Autors. Der Titel „Wenn Elefanten kämpfen“ nimmt bereits schon etwas von den Empfehlungen Lambsdorffs vorweg, die er Deutschland und Europa gibt. Denn um nicht im „Kampf der Elefanten“ wie Gras zertreten zu werden, sind – so seine Untertitel im letzten Kapitel des Buches – „mehr Offenheit“, „mehr Europa“, „mehr Westen“, „mehr Welt“ und „mehr Freiheit“ erforderlich.



Lambsdorff beginnt sein Buch mit einleitenden Überlegungen zum Begriff der Freiheit an sich. „Frei zu sein“, so der Autor, „heißt nicht, dass ich etwas tue, sondern es heißt: Ich *kann* etwas tun. Es gibt nichts, was mich hindert“ (S. 22). Viele Menschen überfordere diese Freiheit, die Erfolg wie auch Versagen in die eigene Verantwortung stellt. „Freiheit ist aber das Gegenteil von Klarheit“ (S. 33). Bereits am Anfang macht Lambsdorff deutlich, dass er fest auf dem Boden des Liberalismus steht.

Nach diesen eher grundsätzlichen Worten widmet sich der Autor im Folgenden der Geschichte der Freiheit, die nicht immer geradlinig und einfach verlief. Vielmehr war es ein bedeutender Kampf, dem sich die Freiheit in den letzten Jahrhunderten stellen musste und die im letzten Jahrhundert in den verschiedenen Sozialismen von rechts und links massiv bedroht worden war. Freiheit ist das Gegenteil von Eindeutigkeit, ewige Wahrheiten sind kaum zu finden, schon gar nicht in der Wissenschaft, so der Autor: „Deshalb besteht die Hauptaufgabe von Politikern darin, sich zu informieren“ (S. 51).

Dabei bleibt Lambsdorff optimistisch. „Es geht uns besser, als wir glauben“, beginnt er das folgende Kapitel und bezieht damit explizit Stellung gegen die diversen Untergangspropheten, die er sich nicht scheut, mit Namen zu nennen. Wir leben in der Europäischen Union, einem „Haus der Freiheit“. Diese Freiheit sei allerdings nicht selbstverständlich und musste nach dem 2. Weltkrieg erst aufgebaut werden, zumal unter dem Alpdruck der deutschen Teilung und der ethnischen Vertreibungen durch die Sieger in den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Der Kalte Krieg erfasste die ganze Gesellschaft. „Was

heute der Klimawandel ist, waren damals die Atomwaffen“ (S. 81). Nach Ende des Kalten Krieges präsentierte sich die Zeit zunächst „als das goldene Jahrzehnt der Weltpolitik“ (S. 80), wie Lambsdorff schreibt. Erst später habe dann die Ernüchterung eingesetzt. Lambsdorff ist seine kritische Sichtweise hoch anzurechnen. Auch der freie Westen ist für ihn nicht perfekt, allein schon aus der Tatsache heraus, dass keine Weltanschauung perfekt sein kann. So resümiert er beispielsweise „Der Irakkrieg von 2003 beruhte auf Lügen“ (S. 91). Dennoch bleibt es für ihn bei aller berechtigten Kritik wichtig, das erhaltenswerte humanistische Erbe Europas an künftige Generationen weiterzugeben.

Positiv ist auch, dass Lambsdorff als versierter Außenpolitiker im zweiten Teil seines Buches (ab S. 97) weiter ausholt und die außereuropäische Sichtweise in seine Überlegungen einbezieht, ohne jedoch in modisch-kulturrelativistischer Weise den Wert des eigenen kulturellen Erbes seines Heimatkontinents zu mindern. Japanische, chinesische, osmanische, wie auch russische (letztere zum großen Teil ebenfalls zu Europa gehörende) Sichtweisen werden herangezogen und ins Verhältnis zueinander gesetzt. Als Diplomaten und erfahrenem Außenpolitiker ist für den Autor jedoch klar: „In der Tradition Hans-Dietrich Genschers stehend steht für mich fest, dass Dialog auch in schwierigen Zeiten sinnvoll und möglich ist“ (S. 127). Dies hebt sich wohltuend von der derzeitigen, teils erratisch anmutenden „feministischen Außenpolitik“ ab, eine Haltung, welche – wie es einmal der malaiische Intellektuelle und ehemalige UN-Diplomat Jomo Kwame Sundaram treffend ausdrückte – an die vor-westfälische Zeit erinnere, in der, ebenfalls wertegeleitet, Konfessionen auf ihrem alleinigen Recht beharrten. Auch Lambsdorff ist dieser Grundsatz geläufig, und er beruft sich als Liberaler deshalb auf den Anspruch eines jeden modernen Staates auf Recht und Sicherheit (S. 156).

Im weiteren Verlauf seines Buches würdigt Lambsdorff ausdrücklich und mit Sympathie – ohne die Schwierigkeiten des europäischen Einigungsprojektes unter den Tisch zu kehren – die Bedeutung der EU als postmoderne Ordnung, welche den Europäern Frieden, Sicherheit und Wohlstand gewährt. Diese sei nicht nur eine Erfolgsgeschichte, sondern vielmehr auch eine Voraussetzung dafür, dass Europa und seine Werte nicht von anderen Großmächten, wie Gras von Elefanten, zertrampelt werde. Für Lambsdorff hat der Nationalstaat in Europa noch immer seinen Wert. Er sei „ein guter Rahmen für Gerechtigkeit und Freiheit einer Gesellschaft im Innern“. Gleichzeitig plädiert er dafür, „den alten Nationalpatriotismus um einen europäischen Aufklärungs- und Wertepatriotismus zu ergänzen“ (S. 250).

In der heutigen Zeit, wo kulturmarxistische Ideen wieder en vogue sind, staatliche Regelungswut und Allmachtphantasien eine Renaissance erleben, mimosenhaft Meinungskorridore eingeeengt werden sowie Öko-Sozialisten in Talkshows omnipräsent sind und Bestsellerlisten anführen, ist eine liberale Stimme wie die Graf Lambsdorffs wohltuend. Sein streitbares Buch kann deshalb jedem an Außenpolitik interessierten Leser vorbehaltlos empfohlen werden.

Hanoi/Vietnam

Andreas Stoffers



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit





Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Francis Fukuyama: Der Liberalismus und seine Feinde.

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Karlheinz Dürr. Hamburg: Hoffmann und Campe, 2022, 336 S., ISBN 978-3-455-01493-8

Liberalismus und liberale Politik stehen in der heutigen Welt von verschiedenen Seiten unter Druck – sowohl innerhalb vieler westlicher Gesellschaften als auch durch Staaten, die illiberale Modelle verfolgen. Diese – inzwischen weit verbreitete und breit diskutierte – Feststellung ist für Francis Fukuyama der Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Sie sollen einerseits den Liberalismus verteidigen, andererseits die Defizite und „Übertreibungen“ des Liberalismus diskutieren und in Vorschläge zu ihrer Behebung münden. Das Ergebnis ist nur teilweise überzeugend. Trotz vieler wichtiger Gedanken und interessanter Thesen, die das Buch lesenswert machen, gelingt dieses Vorhaben nur zum Teil.

Ein Grund dafür ist der in Kapitel 1 zugrunde gelegte, wenig trennscharfe Liberalismusbegriff (nach John Grays Buch „Liberalism“). Er betont das Individualistische und Universalistische aller subsummierten politischen Theorien, verzichtet jedoch auf eine wichtige Komponente – auf einen klaren Freiheitsbegriff. Nicht unproblematisch ist zudem die Methode, nach der sich Fukuyama mit verschiedenen Aspekten des Liberalismus und der Liberalismuskritik auseinandersetzt – insbesondere in der ersten Hälfte des Buches. Er gibt zunächst den aus seiner Sicht richtigen Kern liberalen Denkens bei einer bestimmten Denkschule oder auf einem bestimmten Politikfeld an. Seine Gedanken zur Geschichte des liberalen Denkens decken ein breites Spektrum gut ab. Anschließend kritisiert er, dass die jeweiligen Liberalen zu weit gegangen und ihre Politik und ihr Denken zu einseitig seien. Die Kapitel 2-5 argumentieren nach diesem Muster.

So setzt er sich z.B. ausführlich mit einem Phänomen auseinander, das er als Neoliberalismus bezeichnet. Er geht dabei nicht etwa von der Bedeutung des Begriffes aus, den ihm seine Schöpfer verliehen haben, sondern von dem Zerrbild, das Kritiker der Marktwirtschaft wirksam verbreiten. Fukuyama erkennt den grundsätzlichen Nutzen der Marktwirtschaft an, beschreibt aber Übertreibungen und Gefahren, die auch von ihr ausgehen können. Dabei wiederholt er unkritisch bestimmte Narrative, wenn er z.B. als Ursache der Finanzkrise von 2008/9 allein fehlende Regulierung und das Wirken ungezügelter Marktkräfte ausmacht. Die Rolle, die staatlich gewollte und durchgesetzte Kreditvergaben und die Zinspolitik gespielt haben, ignoriert er. Neoliberale Konzepte denunziert er als „eine Art Religion, in der jede staatliche Intervention aus Prinzip abgelehnt wurde“ (S. 39).

Das geht in zweierlei Hinsicht an den tatsächlichen Zusammenhängen vorbei: Die Theoretiker des Neoliberalismus waren nicht gegen staatliche Regulierungen – sie beschäftigten sich sehr intensiv damit, wie diese Regulierung aussehen sollte. In der politischen Realität waren es nicht zuerst besonders regulierungsfeindliche Ideologen, die zu den beschriebenen Krisenerscheinungen beigetragen haben,



sondern staatliche Bürokraten, die nicht zielführende, das System destabilisierende Regeln einführen. Die Frage nach richtiger, mit individueller Freiheit und gesellschaftlicher Stabilität vereinbarer Staatstätigkeit verschwindet bei Fukuyama hinter einem Feindbild, auf das er immer wieder einschlägt – auf diejenigen Liberalen, die in seiner Darstellung den Staat ganz abschaffen wollen. Ähnlich verlaufen seine Argumentationen in den folgenden Kapiteln, in denen er von einer Überbetonung persönlicher Autonomie und der Geringschätzung des sozialen Zusammenhalts durch bestimmte Liberale spricht. Wiederum lässt sich die Frage stellen, ob für die tatsächlichen Probleme vorrangig ein übertriebener und einseitiger Liberalismus verantwortlich sei, oder mindestens auch politische, staatliche Entscheidungen für Umverteilungs- und Interventionsmechanismen.

Fukuyama geht von realen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Problemen aus. Unzufriedenheit mit und Misstrauen gegenüber den Institutionen und den Grundwerten liberaler Demokratien ist weit verbreitet und politisch instrumentalisierbar. Doch die These, dass der Grund dafür die Übertreibung liberaler Ansätze sei, ist zumindest sehr unvollständig. Das gilt auch dann, wenn der Autor über die Übertreibungen in Bezug auf die individuelle Autonomie spricht oder sich Ansätzen wie Rawls' „Theorie der Gerechtigkeit“ widmet.

Seine Überlegungen in den Kapiteln 5-9, die sich verschiedenen weiteren Bedrohungen für eine liberaldemokratische Ordnung widmen, sind stärker in genuin liberalem Denken verankert. Der Autor argumentiert universalistisch und auf die Individuen bezogen, wenn es um Redefreiheit, den Schutz der Privatsphäre oder nationale und andere Identitäten geht. Interessanterweise stellt er sich hier den Argumenten derjenigen, die den Liberalismus attackieren, auf einer deutlich stärkeren normativen Basis entgegen. Auch was die politischen Schlussfolgerungen angeht, wird es hier konkreter.

Aufschlussreich ist, dass in einem mit großem geistesgeschichtlichen und theoretischen Anspruch daherkommenden Werk, das tatsächlich viele liberale Theoretiker zitiert, die Erkenntnisse der Verfassungsökonomik und der Public Choice-Theorie praktisch keine Rolle spielen. Fukuyama betont immer wieder die Bedeutung eines leistungsfähigen Staates, ohne auszuführen, worin genau denn diese Leistungen bestehen sollen und wie staatliche Institutionen strukturiert sein sollten. Die Formulierung „Es führt kein Weg an der Notwendigkeit eines leistungsfähigen Staates vorbei – das heißt, der Staat muss genügend menschliche und materielle Ressourcen zur Verfügung haben, um die notwendigen Dienstleistungen für seine Bevölkerung bereitstellen zu können.“ (S. 182) setzt einfach voraus, dass ein Staat, der über größere Ressourcen verfügt, automatisch bessere und zielgenauere Dienstleistungen bereitstellt und politische Probleme besser löst. Das widerspricht wesentlichen Erkenntnissen der modernen Ökonomie und Sozialwissenschaften, abgesehen davon, dass die modernen westlichen Staaten über gigantische Ressourcen verfügen.

Schließlich und folgerichtig sind die Vorschläge zu den „Prinzipien einer liberalen Gesellschaft“, die im abschließenden Kapitel gemacht werden, in vielfacher Hinsicht sinnvoll, aber doch manchmal beliebig. Positiv herauszuheben ist die klare Argumentation für das föderale Prinzip, um mit Unterschieden in Identitäten und Wertsystemen friedlich umgehen zu können. Letztlich bleibt der Eindruck, dass es dem Autor vor allem um eines geht: um Mäßigung und Besonnenheit.

Das Buch hält somit zu wenig von dem, was die auf dem Einband abgedruckten euphorischen Rezensionen aus dem englischen Sprachraum versprechen. Die Analyse verbleibt zu oft im Ungefähren und scheut pointierte Unterscheidungen. Der sehr weit und luftig gefasste Liberalismusbegriff führt dazu, dass viele Positionen und Stimmungen, die Unbehagen oder Kritik an politischen Institutionen ausdrücken, nicht analytisch seziert, sondern als wenigstens in abgeschwächter Form richtig unterstellt werden.

Fukuyama verteidigt nicht den Liberalismus, sondern die Stabilität und Zukunftsfähigkeit demokratischer Staaten und Gesellschaften, in denen auch liberale Grundsätze umgesetzt werden. Das ist nicht falsch und sicher auch notwendig, aber es ist eben etwas anderes als eine Verteidigung des Liberalismus. Dadurch, dass er die Argumente derer, die liberale und demokratische Ordnungen kritisieren, oft fast kritiklos übernimmt und höchstens abschwächt, wird sein Text an vielen Stellen zu beliebig. Gleichzeitig sind viele seiner Argumente wichtig und anregend, gerade aus liberaler Perspektive.

Die Übersetzung von Karlheinz Dürr ist präzise und hervorragend lesbar. Die Formulierungen sind hinsichtlich Struktur und Duktus der deutschen Sprache gut angepasst und vermeiden das „Denglisch“ im Satzbau, das Übersetzungen leider viel zu oft anhaftet. Problematisch und irreführend ist allerdings die Übertragung des Titels „Liberalism and its discontents“. Es bezieht sich nicht auf „Feinde“, sondern auf die Unzufriedenheit und das Unbehagen mit der liberalen Ordnung und die Argumente der Unzufriedenen. Fukuyama geht es im Wesentlichen um diese, und nicht vorrangig, schon gar nicht ausschließlich, um deren erklärte Feinde.

Berlin

Sascha Tamm



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Ulrike Ackermann: Die neue Schweigespirale. Wie die Politisierung der Wissenschaft unsere Freiheit einschränkt.

Darmstadt: wbg, 2022, 176 S., ISBN: 978-3-8062-4423-6

Schon 2020 hat sich Ulrike Ackermann, Gründungsdirektorin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung, in ihrer Streitschrift „Das Schweigen der Mitte“ an jene Intellektuellen in der Gesellschaft gewandt, die eigentlich für Freiheit streiten und für Toleranz und offenen Diskurs eintreten sollten, sich aber durch die Verengung des öffentlich-medial akzeptierten Meinungskorridors zunehmend zum Schweigen gedrängt sehen. Dabei griff sie das von Elisabeth Noelle-Neumann entwickelte Konzept der sogenannten „Schweigespirale“ auf, in der sie die gesellschaftliche Mitte bei kontroversen, emotional aufgeladenen Themen gefangen sieht, während Leitmedien aufgrund der Zersplitterung, Blasenbildung und Atomisierung der Öffentlichkeit im Internet keine integrierende Wirkung mehr entfalten und Minderheitenmeinungen lautstark und dynamisch in den sozialen Netzwerken mobilisieren können. Erkennbar wurde, dass die zunehmende Zuspitzung in der Hochschulpolitik Ackermann dabei besondere Sorge bereitete. Sie beobachtete, dass – ausgehend von Entwicklungen in den USA – Debatten mit streitbaren Menschen oder zu Themen, die sich nicht dem linken Meinungsspektrum zuordnen lassen, verhindert werden und die Auseinandersetzung mit bestimmten, auch historisch relevanten Texten schon gar nicht mehr stattfindet, weil sich einige Gruppen am Campus dadurch „getriggert“ fühlen könnten.



Und genau zu diesem Thema legt Ulrike Ackermann mit der „neuen Schweigespirale“ nun nach. Dabei soll dieses Buch dezidiert keine Streitschrift sein, wofür man es aufgrund des oft ins Polemische abgleitenden Tonfalls und der zum Teil simplifizierenden Argumentation halten könnte, wie sie dem Deutschlandfunk Kultur in einem Interview verraten hat.¹ Das Buch gehe auf ein „dreijähriges Forschungsprojekt über die Politisierung der Wissenschaft, vor allem der Sozialwissenschaften, der Kultur- und Geisteswissenschaften“ (ebd.) zurück und beschäftige sich mit der Frage, was unter der Überschrift der „Woke Culture“ an Hochschulen und im Wissenschaftsbetrieb passiert. Sie untersucht, wie sich die Identitätspolitik auch an deutschen Hochschulen und von dort ausgehend in der Gesellschaft immer mehr durchsetzt, wo ihre Ursprünge liegen, auf welchem theoretischen Fundament sie beruht und wie die Gewährsträger ihrer ideologischen Inhalte den offenen wissenschaftlichen Diskurs zerstören, die freie gesellschaftliche Debatte vergiften und unliebsame Inhalte und Personen „canceln“. Ackermann nimmt dabei – untermischt mit anschaulichen und nachhaltig irritierenden Beispielen – vor

¹ Ulrike Ackermann: „Die neue Schweigespirale“ – Identitätspolitik auf Abwegen, DLF Kultur, 07.06.2022, www.deutschlandfunkkultur.de/ulrike-ackermann-die-neue-schweigespirale-freiheit-wissenschaft-100.html, abgerufen am 12.02.2023.

allem die sogenannte „Cancel Culture“ in den Blick, wovon diese angetrieben wird und wie sie sich auf die Gesellschaft auswirkt.

Den Ausgangspunkt dieser Entwicklung macht sie dabei in den USA der 1980er-Jahre mit der *affirmative action* aus, bei der gezielt und mit emanzipatorischer Grundhaltung Gerechtigkeitslücken aufgezeigt und Minderheiten erforscht wurden – ein Grundimpuls, den Ackermann durchaus gutheißt. Nur stimmt sie das, was sich daraus über die Jahrzehnte entwickelt hat, sorgenvoll und, so lässt sich aus der Streitschrift, die keine sein will, herauslesen, wütend. Sie zeichnet in Grundzügen die Entstehung der Critical Race Theory, Postcolonial Studies und Gender Studies nach und zeigt, wie sich daraus das akademische und mittlerweile gesellschaftliche Programm der Dekolonialisierung und vor allem die Einteilung der Welt in Opfer, Angehörige von Minderheiten, auf der einen Seite und Täter, die männliche, weiße Mehrheitsgesellschaft, auf der anderen Seite entwickelt haben. In der Folge komme es nicht mehr auf die Kraft des Arguments im freien Diskurs an, sondern es entscheiden wieder – einem zivilisatorischen Rückschritt gleich – Herkunft, Aussehen, Geschlecht und Sexualität darüber, wer was sagen darf und Recht bekommt.

Hierin sieht Ulrike Ackermann einen Angriff auf die Aufklärung, ein grundsätzliches Infragestellen ihrer Errungenschaften. Im Kampf um die Freiheit der Wissenschaft bemüht sie Max Weber und Karl Popper, die sie Theodor W. Adorno, der Frankfurter Schule und der Kritischen Theorie, Foucault, Gramsci und Lyotard entgegenstellt. Dabei geht allerdings unter, dass es ein Anliegen der Frankfurter Schule war, zementierte Herrschaftsverhältnisse und Ideologien aufzulösen, wobei sie ausdrücklich auf den kritischen Vernunftbegriff Kants zurückgriff. Für die Freiheit an deutschen Universitäten, enthoben des „Muffs unter den Talaren“, und die gesellschaftlichen Emanzipationsbewegungen der 60er- und 70er-Jahre war dies ein enormer Fortschritt, der erst später, in der vereinfachten und vulgarisierten Form bei den Neuen Linken, den Grundstein für die Entwicklung legte, die Ackermann heute in eine „neue Schweigespirale“ münden sieht.

Das Neue an dieser Schweigespirale sei, so Ackermann, dass sie von Ideologien mit großem gesellschaftlichen Spaltungspotenzial angetrieben werde: Die Ideologien führten zu einem Auseinanderdriften akademischer Eliten mit ihren „Programmen“ einerseits und der mehrheitlichen Bürgergesellschaft andererseits, die sich von Versuchen der Sprach- und Denkerziehung gegängelt fühle. Dadurch entstehen Meinungsblasen, die keinen offenen und kritischen Diskurs mehr erlauben und die Wissenschaftsfreiheit einschränken. Besonders bedenklich findet Ackermann die zunehmende Entstehung von Safe Spaces im akademischen Betrieb, in denen Opfergruppen unter sich blieben und sich abschnitten. Ihrer Ansicht nach herrsche an Hochschulen und im öffentlichen Raum eine von Selbstzensur geprägte Atmosphäre des Konformitätsdrucks, gegen den sie sich als Kämpferin für die Meinungsfreiheit und Verteidigerin universaler Rechte wendet. Sonst würden die Studentinnen und Studenten nicht lernen, tatsächlich zu debattieren sowie unangenehme Erfahrungen und nicht-opportune Meinungen auszuhalten, was die gesellschaftliche Freiheit weiter unterminierte, denn in der Folge finde diese immer weniger Fürsprecherinnen und Fürsprecher, die wehrhaft und argumentativ gewappnet für sie streiten können.

Doch wie nun diese Schweigespirale anhalten, wie lässt sich die Freiheit angesichts der um sich greifenden Cancel Culture verteidigen? Ulrike Ackermann teilt nicht die Hoffnung, es könne sich hierbei um ein vorübergehendes Phänomen handeln. Die Antwort auf die Frage, wie sich Debattenräume zurückerobert lassen, ist dieselbe wie schon 2020: Die bürgerliche Mitte muss das Schweigen brechen und für Meinungsfreiheit eintreten. Ein neuer, antitotalitärer Konsens ohne identitären Kollektivismus, Opfer-Täter-Polarisierungen und moralische Schuld diskurse müsse in Debattierclubs, Präsenzlehre und Seminaren von Angesicht zu Angesicht entwickelt werden: Denken ohne Geländer, Argumentieren

ohne Tabus und Streiten ohne zumutungsfreie Schutzzonen, aber immer auf der Basis universeller Menschenrechte und der Kraft der Vernunft, den Idealen der Aufklärung verpflichtet.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Ruud Koopmans: Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg.

München: C.H.Beck, 2023, 269 S., ISBN 978-3-406797385

Ruud Koopmans ist Direktor der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin und Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität. Sein Buch erscheint bei C.H.Beck, einem Branchenführer im Sachbuchmarkt. Mehr institutionelle Garantie für Seriosität geht also kaum! Seine statistischen Befunde und starken Thesen werden vielen aber nicht gefallen. Die gegenwärtige Lage charakterisiert Koopmans so: „Europa wird nur dadurch ein Minimum an Kontrolle über die Migration behalten, dass es Migranten mit Gewalt von den Außengrenzen fernhält“ (S. 218). Er plädiert dagegen für eine Reform des Asylrechts und empfiehlt als „Gedankenspiel“ die „australische Lösung“ einer „Externalisierung von Asylverfahren“ (S. 216) in Drittstaaten, um die Pull-Faktoren oder Anreize für die Migration nach Europa zu reduzieren. Nüchtern stellt er fest: „Wir helfen allen, die es über die europäischen Grenzen schaffen, ganz unabhängig davon, ob sie triftige Asylgründe haben oder nicht, und wir helfen niemandem, der es nicht schafft, Europa zu erreichen, und auch das unabhängig davon, ob er Schutz benötigt oder nicht. Das europäische Asylsystem gleicht einer Lotterie auf Leben und Tod, um Freiheit und Unterdrückung – einer Lotterie freilich, bei der die Gewinnchancen ungleich verteilt sind“ (S. 10). Vor allem diejenigen schaffen es, die ihre Schlepper bezahlen können, nicht aber diejenigen, die wirklich gerettet werden müssten.



Koopmans untermauert geläufige Einschätzungen mit harten Fakten und Zahlen: Europa hat zu spät reagiert und macht sich heute von Autokraten (wie Erdogan) als Gatekeepern abhängig und erpressbar. Für unsere Sozialsysteme ist die Einwanderung teuer. Sie brachte nicht zuletzt gestiegene Kriminalität und Terror. Koopmans rechnet die „Überrepräsentation“ von Flüchtlingen als Tätern und auch Opfern in minutiöser Analyse der mehr oder weniger geschönten Statistiken vor und vermerkt dazu im Abspann: „Beim Bundeskriminalamt möchte ich mich ausdrücklich nicht bedanken, da meine wiederholten Fragen zur Kriminalitätsstatistik im Kontext von Zuwanderung nur ausweichend und damit gar nicht beantwortet wurden“ (S. 241). Auch das ist wohl nicht zuletzt ein Rechtsproblem: Auch hier konfliktieren die individuellen und liberalen Rechte mit dem gewaltigen Druck der Probleme. Bei der Sondierung des Terrors vermerkt Koopmans: „Alle Täter waren Muslime“ (S. 123). Das ist nicht trivial, weil eben nicht alle Migranten Muslime waren. Offenbar „bedurfte es einer extremistischen Ideologie, die ihrer Aggression und ihrem Hass die Richtung gab“ (S. 124). Zum Stichwort Willkommenskultur bemerkt er: „Mehrheitlich muslimische Länder fehlen ganz auf der Liste der Aufnahmeländer, mit Ausnahme des kleinen Albanien“ (S. 55). Koopmans setzt hier kritische Betrachtungen fort, die er 2020 in seinem Sachbuch-Bestseller „Das verfallene Haus des Islam“ eingehend ausführte. In einem empirisch noch sehr vorläufigen Kapitel stellt er Unterschiede zur Migration infolge des Ukraine-

Krieges heraus. Beiläufig bemerkt er: „Die Visumfreiheit für türkische Staatsbürger gibt es bis heute nicht, weil die Türkei die Bedingungen dafür weiterhin nicht erfüllt“ (S. 75). Das scheint sich nach der furchtbaren Erdbeben-Katastrophe vom Februar 2023 gerade zu ändern, was neue – aktuell noch kaum diskutierte – Flüchtlingsschübe geben dürfte.

Die Massenmigration der letzten Jahre ist (nicht nur) für die europäischen Gesellschaften ein gewaltiges, fast unlösbares Problem; das stellt Koopmans klar: nicht mehr und nicht weniger. Er versachlicht damit die Diskussion, auch wenn seine Befunde und Thesen Munition für den Rechtspopulismus geben. Sein Buch ist nicht ohne Provokationslust und Wirkungsabsicht geschrieben. Koopmans bietet aber vor allem einen statistischen Realitätsschock. Auch wenn er weiß, dass Statistiken methodologisch diskutabel und elastisch interpretierbar sind: An seinem zentralen Befund ist kaum zu rütteln: Massenmigration ist für Gesellschaften ein Problem. Dabei betont er, „dass Migration sehr wohl kontrollierbar ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist“ (S. 79). Dass auch die „australische Lösung“ der Externalisierung der Verfahren (möglichst auf entlegene Inseln) aber eigentlich keine wirkliche Lösung ist und extreme rechtsstaatliche und humanitäre Kosten und Härten verursacht, ist auch Koopmans klar, wenn er von einer „Utopie“ spricht, genauer von einer „realistischen Utopie“, die etwa in Magreb-Staaten realisierbar wäre.

Politisch erscheint mir das aktuell wenig aussichtsreich. Vielleicht hätte er auf sein „radikales Gedankenexperiment“ der australischen Lösung verzichten sollen, um die Diskussion nicht von den Zahlen in den Grundsatzstreit abzulenken. Gerne hätte ich auch mehr zu den direkten Corona-Folgen gehört, die den Einwanderungsstaaten eine migrationspolitische Atempause verschafften, die über das fortdauernde Problem hinwegtäuschte. Wo die Politik kaum noch Lösungen weiß, bleibt der Wissenschaftler seinem Ethos verpflichtet: realistische Analyse ohne blauäugige oder lügnerische Kosmetik! Auf die Rezeption und Diskussion von Koopmans beunruhigendem Buch darf man gespannt sein.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net